

In diesem Heft

Editorial 3

Essay

ANDREAS GRAF

Die Selbsterstörung der Revolution. Kronstadt 1921 4

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

WILLY BRANDT

Ein Brief aus dem Jahre 1946 10

ROLF BADSTÜBNER

Gründung der SED.

Zur Selbsterstörung einer Legende 17

ULLA PLENER

Kurt Schumacher und Kommunisten in den
Konzentrationslagern (1933-1943) 31

PDS-Debatte

MICHAIL NELKEN

Schwierigkeiten einer Emanzipation vom Stalinismus.
Zur Stalinismusdebatte in der PDS 41

Standorte

DETLEF JOSEPH

Die BRD - »einer der demokratischsten Staaten der Erde«? 49

KARL HARMS

Kampfeinsätze zur Befriedung lokaler Konflikte?
Aus militärischer Sicht betrachtet 60

Dokumentierte Geschichte

WOLFGANG HARICH

Ein autobiographisches Fragment.
Zum Gedenken an den Todestag 65

Konferenzen & Veranstaltungen

ARNOLD SCHÖLZEL
»Friedrich Engels - Savant et Révolutionnaire« 82

Bücher & Zeitschriften

Das Kommunistische Manifest
(Manifest der Kommunistischen Partei) von
Karl Marx und Friedrich Engels.
Von der Erstausgabe zur Leseausgabe.
Mit einem Editionsbericht von Thomas Kuczynski
(Schriften aus dem Karl-Marx-Haus Trier, Nr. 49),
Karl-Marx-Haus Trier 1995
(FRANÇOIS MELIS) 86

Wolfgang Dümcke, Fritz Vilmar (Hrsg.):
Kolonialisierung der DDR:
Kritische Analysen und Alternativen des
Einigungsprozesses,
Agenda-Verlag, Münster 1995
(JUDITH DELLHEIM) 88

Frank Beckenbach, Hans Diefenbacher (Hrsg.):
Zwischen Entropie und Selbstorganisation.
Perspektiven einer ökologischen Ökonomie,
Metropolis-Verlag Marburg 1994
Hans G. Nutzinger (Hrsg.):
Nachhaltige Wirtschaftsweise
und Energieversorgung,
Metropolis-Verlag Marburg 1995
(REINHARD GRIENIG) 90

Krisis.
beiträge zur kritik der warengesellschaft
1995, Heft 16/17
(GERD BEDSZENT) 93

Donald Filtzer:
Die Chruschtschow-Ära.
Aus dem Englischen von Theodor Bergmann,
Internationale Einführungsreihe
(Hrsg. von Richard Schwarz), Band 2,
Decaton Verlag Mainz 1995
(WOLFRAM ADOLPHI) 95

Hinweise an unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 96

Editorial

Anfang Februar dieses Jahres fand – seit Sommer 1995 vorbereitet – am Berliner Alexanderplatz die durch die Redaktionen von »Andere Zeiten«, »spw« und »UTOPIE kreativ« ausgerichtete »Crossover«-Konferenz statt. 250 Linke – geographisch und politisch aus verschiedenen Teilen Deutschlands stammend – taten, was in Deutschland Seltenheitswert besitzt: Sie hörten einander zu.

Auch nach der Veranstaltung, so scheint es, können sich Teilnehmer als auch Veranstalter noch leiden. Zumindest hat niemand gegen den vorher verabredeten Plan opponiert, die Ergebnisse in einer gemeinsamen Ausgabe zu publizieren. Für unsere Leser bedeutet dies, im April auf »UTOPIE kreativ« verzichten zu müssen – zumindest in der üblichen Form. Die Zeitschrift wird dann nicht nur im Format A 4 daherkommen, auch das Layout wird in nichts an das gewohnte Blatt erinnern. Dafür werden auf der ersten Umschlagseite die Titel aller drei Veranstalter zu finden sein.

Ab Mai geht es dann wieder im bisherigen Format weiter, allerdings mit dem neuen Umschlag, den wir erstmals im Februar – unkommentiert – verwendeten. Eigentlich sollte das schon im Januar geschehen und so unser 7. Jahrgang eröffnet werden. Doch die Entscheidung verzögerte sich, und sie verzögerte sich auch beim Februar-Heft – als wir uns endlich durchrangen, war das Heft schon gesetzt. Bleibt also der Grund für die Veränderung nachzutragen: 1990, als wir das erste Heft zusammenstellten, glaubte niemand an ein langes Leben dieser Zeitschrift. Deshalb entschieden wir uns für eine fortlaufende Nummerierung; und so trug die erste Ausgabe die Nummer 1 und nicht – wie es sich für ein »ordentliches« Blatt gehört hätte – die Nummer 9/1990. Die große Ziffer soll künftig die Übersichtlichkeit verbessern.

»UTOPIE kreativ« geht es also gut; die Redaktion richtet sich auf längere Zeit ein? Nein, »UTOPIE kreativ« geht es, wie fast immer in ihrer bisherigen Geschichte – finanziell – nicht gut. Um Kosten zu sparen, verzichten wir künftig sogar auf einen professionellen Setzer. Außerdem kommt die Zeitschrift dieses Jahr nur zehnmal: Im Juli/August und November/Dezember werden es die aus früheren Jahren bekannten – in der Herstellung billigeren! – Doppelhefte sein (Die Jahresseitenzahl verändert sich also nicht.).

Inhaltlich hingegen soll sich nichts verändern: Die Zeitschrift bleibt der »linken Ökumene« verpflichtet – auch in der vorliegenden Ausgabe.

JÖRN SCHÜTRUMPF

ANDREAS GRAF

Die Selbsterstörung der Revolution. Kronstadt 1921

Normalerweise würde ich sagen, wir haben Wichtigeres zu tun, als uns mit den nunmehr 75 Jahren zurückliegenden Vorgängen in und um Kronstadt zu befassen. Wir bedürfen ihrer nicht mehr, um zu wissen, daß eine Revolution ihre Kinder frißt. Wir bedürfen ihrer noch weniger, um uns sagen zu lassen, daß das Projekt der russischen Revolution sich selbst zerstört hat. Nach dem Ende des »Realsozialismus« ist überdies der Raum für Illusionen geschrumpft, die Wirkung propagandistischer Täuschung dahin, die Möglichkeit zur Selbsttäuschung geschwunden. Und dennoch: Das Schicksal des Kronstädter Aufstandes 1921 stellt wichtige Fragen: War »diese kleinbürgerliche Konterrevolution«, in der »das kleinbürgerliche, anarchistische Element« offenbar auch »das Proletariat« beeinflussen konnte, wirklich nur »ein ganz unbedeutender Zwischenfall«, freilich auch »gefährlicher als Denikin, Judenitsch und Koltshak zusammengenommen« und in summa »die politische Vorstufe des Weißgardistentums« (Lenin), ihre Niederwerfung mit hin »eine tragische Notwendigkeit« (Trotzki)? Oder befand sich der Wurm bereits in der Frucht? War das Projekt der russischen Revolution vielleicht von Anfang an zum Scheitern verurteilt – nicht erst aufgrund seiner speziellen »stalinistischen« Perversion?

Um darauf eine Antwort geben zu können, die über die genannten, inzwischen zum Gemeinplatz gewordenen Erkenntnisse hinausführt, ist das Dickicht exegetischer Feinessen und falscher Frontbildungen zu lüften.

Kronstadt: Seefestung, Garnison und Hafenstadt liegt auf der Insel Kotlin im Finnischen Meerbusen, etwa 25 Kilometer vor den Toren der alten Hauptstadt. Seine Bevölkerung setzte sich vor allem aus den Mannschaften der Baltischen Flotte, Garnisonssoldaten, Tausenden, meist in den Waffendepots beschäftigten Arbeitern, zahlreichen Offizieren, Beamten, Ladenbesitzern, Handwerkern – insgesamt etwa 50.000 Einwohnern – zusammen.

An allen revolutionären Bewegungen der Neuzeit, die Rußland erschüttert haben, war die Flotte entscheidend beteiligt. 1905 und 1917 standen die Matrosen der Baltischen Flotte und die Garnison von Kronstadt in der vordersten Reihe der revolutionären Bewegungen gegen die alte Gesellschaft. Nicht wenige Matrosen spielten eine wichtige Rolle an den Fronten und in den lokalen Sowjets. Kronstadt wurde zu einem Mythos. »Die Kronstädter Seeleute verwandelten sich in eine Art Kampforden der Revolution«, schrieb Trotzki, waren »Stolz und Ruhm der russischen Revolution«.

Andreas Graf – Jg. 1952,
Historiker, Dr. phil.,
Arbeiten zur Geschichte
des organisierten
Anarchismus, zur Medien-
politik und zur DDR-
Geschichte, z.Z. an der
Forschungsstelle
Widerstandsgeschichte der
Freien Universität Berlin.

Viele Faktoren haben dazu beigetragen. Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß sich das Marinepersonal nicht nur durch ein ausgeprägtes politisches Engagement, sondern auch durch ein höheres Bildungsniveau als das durchschnittliche der russischen Bevölkerung auszeichnete, da es sich teilweise aus der qualifizierten Arbeiterschaft rekrutierte. Hinzu kam die Nähe der Metropole mit ihrem intensiven politischen, intellektuellen und sozialen Leben. Petrograd hielt Kronstadt stetig in Atem.

Krieg, Revolution, Intervention und innere Kämpfe hatten Sowjetrußland erschöpft und sein Volk an den Rand der Verzweiflung gebracht. Die Waffen des »Kriegskommunismus« waren mit der Zeit stumpf geworden: Die Bauern waren nach der Niederlage des gemeinsamen Feindes nicht länger gewillt, Opfer zu bringen. Die Stadt hatte dem Land kaum noch Waren anzubieten; die Industrieproduktion war katastrophal gesunken. Schneestürme und Brennstoffmangel brachten den Transport von Lebensmitteln in die Städte zum Erliegen. Die Rationen mußten eingeschränkt werden. Die Bevölkerung großer Zentren, wie Petrograd und Moskau, ging auf die Hälfte und weniger zurück. Massenweise flohen die Arbeiter vor dem Hunger. »Das Steuer entgleitet den Händen«, seufzte Lenin. Und: »Wir sind zu dem Schluß gekommen, daß eine allgemeine Unzufriedenheit besteht. Diese Unzufriedenheit muß von unten her abgefangen werden; wenn das über die Sowjetbehörden nicht rasch möglich ist, dann direkt über die Organe der Partei.«

Nicht nur in Kronstadt, in Petrograd, Moskau und anderen Städten begann es zu grollen. Die allgemeine Misere führte im Februar 1921 zu Streiks, Protestversammlungen und Straßendemonstrationen. Gleichzeitig breiteten sich Bauernunruhen in einigen Gebieten Rußlands aus. Die ursprünglich rein ökonomischen Forderungen nahmen rasch auch politische Färbung an. Über Petrograd wird am 27. Februar der Belagerungszustand verhängt. Schon nach wenigen Tagen ist der Widerstand durch Drohungen und materielle Zugeständnisse gebrochen.

Inzwischen war jedoch der Funke auf Kronstadt überggesprungen. Am 28. Februar erklären sich die Matrosen des Panzerschiffes »Petropawlowsk« mit den Petrograder Streikenden solidarisch. Die Mannschaft des Panzerschiffes »Sewastopol« folgt. Am nächsten Tag, dem 1. März, nehmen 16 000 Menschen auf dem Ankerplatz , der Agora Kronstadts, die »Petropawlowsk-Resolution« an. Am 2. März konstituiert sich ein zunächst fünfköpfiges »Provisorisches Revolutionskomitee der Matrosen, Rotarmisten und Arbeiter der Stadt Kronstadt«, zwei Tage später werden zehn weitere Mitglieder gewählt.

Die Kronstädter fordern »unverzüglich Neuwahlen zu den Sowjets unter den Bedingungen geheimer Stimmabgabe und freier vorhergehender Wahlagitation [...]durchzuführen. [...] Rede- und Pressefreiheit für Arbeiter und Bauern, Anarchisten und linkssozialistische Parteien. [...] Versammlungsfreiheit, Freiheit der Gewerkschaften und Bauernvereinigungen.« Desweiteren verlangen sie »alle politischen Gefangenen, die sozialistischen Parteien angehören, zu befreien, ebenso wie alle Arbeiter und Bauern, Rotarmisten und Matrosen, die in Verbindung mit Arbeiter- und Bauern-

bewegungen eingesperrt wurden. [...] Jegliche Politischen Abteilungen«, d.h. kommunistische Überwachungs- und Propagandaorgane sollen, »da nicht eine einzige Partei Privilegien für die Propagierungen ihrer Ideen beanspruchen und vom Staat zu diesem Zweck Geld erhalten darf«, aufgelöst werden. Weitere Forderungen beziehen sich auf »gleiche Lebensmittelrationen für alle Werktätigen«, das Recht der Bauern, »über ihr ganzes Land so zu verfügen, wie sie es wünschen« sowie »freie handwerkliche Produktion auf der Basis von eigener Hände Arbeit«.

Über die soziale Zusammensetzung der Garnison beim Ausbruch des Aufstandes liegen nur unscharfe Nachrichten vor. Für die Bolschewiki waren aus dem hochgelobten »Kampforden der Revolution« unvermittelt schlicht Meuterer geworden, die nichts taugten und »in keine der Fronten des Bürgerkrieges hineinpaßten [...]; unter ihnen befand sich ein großer Prozentsatz von vollkommen demoralisierten Elementen, mit prunkenden Trompetenhosen und sportlichem Haarschnitt. [...] Die besten, aufopferungsvollsten Matrosen waren vollständig von Kronstadt abgezogen worden [...]. Übrig blieb die graue Masse mit großen Ansprüchen«, meinte Trotzki. Aber hat es diesen Traditionsbruch wirklich gegeben? Und wenn auch viele Seeleute gefallen oder zu anderer Verwendung abkommandiert waren, so ist das Fehlen blutiger Racheakte zu bedenken. Wichtig für den unblutigen Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in der Stadt war, daß die Parteiorganisationen der Bolschewiki in der Baltischen Flotte geringen Einfluß besaßen und teilweise selbst in Opposition zu den übergeordneten Parteinstanzen standen. Der Austritt von fast einem Drittel der Parteimitglieder in den Tagen des Aufstandes findet darin eine Erklärung. Menschewistische Einflüsse sind kaum nachzuweisen; daß die linken Sozialrevolutionäre wie auch Anarchisten unter den Kronstädtern Anhänger hatten, ist unstrittig. Petritschenko, der Vorsitzende des Provisorischen Revolutionskomitees, mag Anarchist gewesen sein, aber er selbst hat festgestellt, daß der Aufstand nicht durch den Willen irgendeiner politischen Organisation ausgelöst wurde, sondern daß er tatsächlich eine spontane Erhebung war, auf die keine Partei einen dominierenden Einfluß hatte. Tatsache ist, daß die Rebellen von Kronstadt jede Unterstützung von außen energisch zurückwiesen. Und als eine Anzahl konterrevolutionärer Offiziere in Paris den Kronstädtern in einem Radiogramm ihre Dienste anboten, antworteten diese ihnen auf demselben Wege: »Bleibt, wo Ihr seid! Wir haben keine Verwendung für Euresgleichen.«

Angesichts der Vorliebe für Verschwörungstheorien fiel es nicht schwer, den langen Arm des westlichen Imperialismus hinter dem Kronstädter Aufstand zu entdecken. Dzierzynski berichtete Lenin, die Rebellion sei Teil eines Plans, der von französischen Agenten in Riga dirigiert werde. Diese arbeiteten mit den Sozialrevolutionären zusammen, »um mit Unterstützung der Matrosen und der unzufriedenen arbeitenden Massen in Petrograd einen Putsch durchzuführen; danach will Frankreich seine Flotte in die Ostsee entsenden«. Lenin vermerkte seine Zustimmung. Die Denunziaton ersetzte die Argumentation. Die Lüge übernahm die Last des Beweises.

Das Verlangen nach freien Wahlen zu den Sowjets bildet den politischen Kern der Kronstädter Forderungen und zieht sich wie ein roter Faden seit dem 28. Februar durch alle Proklamationen der Aufständischen: »Unsere Sowjets dürfen nicht den Willen der Partei verkörpern, sondern müssen den Willen der Wähler zum Ausdruck bringen.« – »Alle Macht den Sowjets!« – »Wir sind für die Macht der Sowjets und nicht der Parteien, für eine frei gewählte Vertretung der Werktätigen.« Für Lenin kaum »etwas Festgeformtes, Klares, Bestimmtes«, nur »nebelhafte Losungen«. Und für Trotzki verbarg sich dahinter der »Wunsch, bevorzugt Nahrungsmittelrationen zu bekommen«. Die Verleumdung wurde zur Groteske.

Was die Kronstädter wollten, war eine Aktivierung der Sowjets, ihre Funktionsfähigkeit im Sinne der Räte Demokratie. In der thesenartigen Entgegensetzung von Sowjets und Parteien brach die dem Rätegedanken eigene prinzipielle Spannung auf. Die Räteidee wurde zu dem, was sie ihrem Wesen nach ist: Revolutionärer Steuermechanismus und freiheitlicher Verwaltungsgrundsatz abseits jeglicher Parteiherrschaft. Aus den schriftlichen Kundgebungen der Kronstädter spricht eine schon fast unirdische Kraft des Wollens. Die »Dritte Revolution« sollte »die letzten Ketten von den werktätigen Massen nehmen und zerbrechen und [...] einen neuen breiten Weg zu schöpferischer Tätigkeit im Geiste des Sozialismus freilegen« und damit »die Konstituante mit ihrer bürgerlichen Ordnung ebenso hinter sich [lassen] wie die Diktatur der kommunistischen Partei mit ihrer Tscheka und ihrem Staatskapitalismus«. Ist das die Sprache von Konterrevolutionären?

»Das ist der Thermidor. Aber wir werden uns nicht guillotiniert lassen. Wir machen selbst Thermidor!«, soll Lenin gesagt haben. »Glauben Sie mir, in Rußland sind nur zwei Regierungen möglich: entweder eine zaristische oder die Sowjetregierung«. Macht versus Demokratie. Es ging um pure Macht. Hatte Lenin schon am 8. März, bei Eröffnung des X. Parteitages der Kommunistischen Partei in seinem Bericht zugegeben, daß die Kronstädter »scheinbar nur ein klein wenig rechter als die Bolschewiki, ja vielleicht sogar auch ›linker‹ als die Bolschewiki« seien, so sagte er am 15. März, über »die Kronstädter Erfahrung« sprechend: »Dort will man die Weißgardisten nicht, will man unsere Macht nicht – eine andere Macht gibt es aber nicht [...]«. Einen Augenblick lang hatte Lenin in die Sonne der Revolution gesehen – das Feuer blendete ihn. Und im Namen historisch-materialistischer Selbstgewißheit setzte die Parteidiktatur Trotzki an die Spitze einer Strafexpedition, die die gegen diese Diktatur rebellierenden Matrosen, Soldaten und Arbeiter brutal niederkartätschte. Vor allem mußte der Trotz der Festung gebrochen werden. Ihre Radiostation durfte nicht mehr funken, im Chor so vieler Unzufriedener nicht weiter Hoffnungen erwecken. Die Abrechnung begann. Zehn Tage hielten die Kronstädter dem Ansturm einer wachsenden Übermacht stand. Wie sehr fühlten sie, daß es ihre Revolution war. Sie wußten, warum sie die Patronen ins Gewehr schoben. Zehn Tage dachten sie, die Welt sehe auf sie; aber am 18. März war alles zu Ende. Kronstadt fiel. Über die Stadt streckten sich allein 3.000 Leichen; sie lagen da mit ihren Trinkfla-

LITERATUR:

Johannes Agnoli, Cajo Brendel, Ida Mett: Die revolutionären Aktionen der russischen Arbeiter und Bauern. Die Kommune von Kronstadt, Berlin 1981.

Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur, hrsg. von Frits Kool und Erwin Oberländer, eingeleitet von Oskar Anweiler, 2 Bde., (München 1972). (Dokumente der Weltrevolution, 2.)

Paul Avrich: Kronstadt 1921, Princeton, N.J. 1970.

Alexander Berkman: Die Kronstadt Rebellion, Berlin 1923.

Anton Ciliga: The Kronstadt Revolt, in: The Raven, Nr. 8 (1989), S. 330-337.

Dossier I: Kronstadt 1921 oder die Dritte Revolution, in: Kursbuch 9 (Juni 1967): Vermutungen über die Revolution. Kontroversen über den Protest.

Emma Goldman: My Disillusionment in Russia, Garden City - New York 1923.

Kronstadt. Texte von W. I. Lenin, L. Trotzki und V. Serge, (Frankfurt am Main 1981).

Der Kronstädter Aufstand. »Alle Macht den Sowjets - keine Macht der Partei«. Zu den Hintergründen des Kronstädter Matrosenaufstandes im März 1921 und seiner Niederschlagung durch die Regierung der Sowjetunion, Moers 1991. (Materialien der FAU-IAA, 1.)

W. I. Lenin: X. Parteitag der KPR(B). 8.-16. März 1921, in: W. I. Lenin: Werke, Bd. 32, Berlin 1961, S. 163-277.

Erich Mühsam: Kronstadt. Auszüge aus meinem Festungstagebuch, in: Erich Mühsam, Scheinwerfer oder Färbt ein weißes Blütenblatt sich schwarz. Politische Essays, Gedichte, Briefe, Flugblätter, hrsg. von Fidus, Berlin 1978, S. 101.

Rudolf Rocker: Der Bankerott des russischen Staatskommunismus, Berlin 1921.

Alfred Rosmer: Moskau zu Lenins Zeiten, (Frankfurt am Main 1989).

Victor Serge: Beruf: Revolutionär. Erinnerungen 1901-1917-1941, (Frankfurt am Main 1967).

[Jsaak] Steinberg: Gewalt und Terror in der Revolution. (Oktoberrevolution oder Bolschewismus), Berlin 1931.

Leo Trotzki: Geschichte der russischen Revolution, (Frankfurt am Main 1983). Voline [V. M. Eichenbaum]: Die unvollendete Revolution, 3 Bde., Hamburg 1975.

schen ... stumm, für immer gekühlte Leidenschaft für ein ganz simples Ideal, die Freiheit, so lagen sie in den Gossen ihrer Stadt. An den Überlebenden verrichteten Standgerichte und Straflager ihre Arbeit. Die Revolution schwamm im Brustschweiß der Henker.

Kronstadt wurde nicht zum Fanal für die »Dritte Revolution«. Das Echo auf die Ereignisse blieb verhältnismäßig schwach. Das »erschöpfte Land«, schrieb Victor Serge, hatte »nicht mehr die moralischen Ressourcen und nicht mehr die materiellen Ressourcen, weder die Menschen noch die Ideen für eine neue, sozialistische Revolution [...] Das aufständische Kronstadt war nicht konterrevolutionär, doch sein Sieg hätte – unausbleiblich – die Konterrevolution herbeigeführt. [...] Das dachten wir, Kommunisten von der Basis [...]« Dagegen meinte Paul Levi, »die Art, wie der Kronstädter Aufstand niedergeworfen wurde, sei eigentlich schon der Beginn der Konterrevolution gewesen«.

Haben die Zeitgenossen, hat Lenin geahnt, daß die Niederwerfung Kronstadts die Voraussetzungen für den Aufbau einer totalitären Gesellschaft schuf? Hier haben wir wieder die Frage nach den Alternativen. Auffallend ist, daß es vor allem Anarchisten gewesen sind, die frühzeitig die Niederrichtung Kronstadts als Zeugnis eines »tartarischen Despotismus der kommunistischen Diktatur«, einer »durch nichts gemilderte[n] Tyrannei und Reaktion« (Alexander Berkman) gewertet haben. Der deutsche Anarcho-Syndikalist Rudolf Rocker verfaßte 1921 die Broschüre »Der Bankerott des russischen Staatskommunismus«, in der es heißt: »Unter der »Diktatur des Proletariats« verwandelte sich Rußland in einen Riesenkerker, in dem jede Spur von Freiheit systematisch ausgegiltet wurde, ohne daß man dadurch dem ursprünglichen Ziele der Revolution nähergekommen wäre.« Rocker weist ausdrücklich darauf hin, daß man »schon nicht mehr« von »der Diktatur einer Partei« reden könne, sondern »höchstens von der Diktatur einer Handvoll Männer, auf welche auch die Partei keinerlei Einfluß mehr« habe. Und: »Der Parvenü der Macht ist in der Regel noch abstoßender und gefährlicher als der Parvenü des Besitzes«.

Kronstadt war im Recht. Seine Bedeutung kann kaum überschätzt werden. Die Insurgenten versuchten, der Agonie der Revolution und ihrer Selbsterstörung Einhalt zu gebieten, sie vor ihrer Verstaatlichung zu retten. Kronstadt richtete sich gegen den Versuch, die Perspektive einer Revolution zu ändern. Seine Niederschlagung vernichtete diese echte Chance, löschte den Impuls der Oktoberrevolution. Stalin brauchte diesem Weg nur zu folgen. Die Morgenröte wich dunstigem Alltag. Die Revolution verdämmerte, versank gar im GULAG. Nach all dem ist es eigentlich nicht überraschend, daß die Opfer im Laufe der Zeit vergessen wurden, begraben unter viel theoretischem Schutt, historischen Legenden, Tabus und Fälschungen. Kronstadts Tragödie wiederholte sich: 1937 in Barcelona, 1953 in Berlin, 1956 in Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei. Eine latente Kronstadt-Atmosphäre herrschte in Polen. Äußerungen und Haltungen von Dissidenten und Oppositionellen atmeten den Geist von Kronstadt. Nein, keine Rehabilitation, nur Gerechtigkeit – und Einspruch gegen den Gedächtnisverlust. Kronstadt ist mehr als eine historische Reminiszenz.

WILLY BRANDT

Ein Brief aus dem Jahre 1946

WILLY BRANDT

Oslo, den 10. Juni 1946
Pensjon Themis, Pilestredet 15 B

Lieber Jim!

Ich habe Dein Schreiben vom 30.4. und Euern Ende April datierten Rundbrief erhalten. Inzwischen hat mir einer unserer Freunde einen Teil der Beantwortung abgenommen. Ich meine Gen. Adolf Ehlers, der zusammen mit dem zweiten Vertreter der KPD im Bremer Senat, Hermann Wolters, Mitte Mai zur SPD übergetreten ist.

Die Genossen Ehlers und Wolters haben ihren Austritt aus der KPD in einer Erklärung begründet, in der es heißt: "Die Demokratie wird in der KPD mit Füßen getreten, und selbständig denkenden Kommunisten wird ein Schweigegebot auferlegt, weil sie versuchen, innerhalb der Partei für eine Politik einzutreten, die nach ihrer ehrlichen Auffassung den Interessen der deutschen Arbeiter entspricht." Es wird weiter ausgeführt, dass sich an den Methoden der früheren Zeit in der KPD nichts geändert habe: "Wichtige politische Entscheidungen werden nicht diskutiert, sondern von oben wird eine fertige Meinung dekretiert." Wer widerspräche, werde als Parteischädling und als Helfer der Reaktion abgestempelt.

Ehlers und Wolters wenden sich gegen den schematischen Zentralismus des kommunistischen Parteiapparats, dessen tiefere Ursache sie auf die aussenpolitische Abhängigkeit der Partei zurückführen. "Die KPD", so schreiben sie, "führt eine Politik der mechanischen Übertragung politischer Direktiven, die unvereinbar sind mit den Grundsätzen einer selbständigen sozialistischen Politik." Eine sozialistische Partei in Deutschland stehe vor der Aufgabe, eine völlig unabhängige sozialistische Politik zu führen. Sie müsse frei sein von allen fremden Einflüssen und dürfe unter keinen Umständen ein Instrument der Aussenpolitik eines anderen Staates sein. "Eine sozialistische Partei in Deutschland darf nicht in einseitiger Weise für die

»Bei Willy Brandt hat er (Schumacher) Vorbehalte, auch wenn er seiner Karriere nichts in den Weg legt, die ja damit beginnt, daß er ihn 1948 als Beauftragten des Parteivorstandes nach Berlin entsendet. »Und so etwas nennst Du Deinen Freund?«, sagt er ironisch zu Hermsdorf, als einmal von Brandt die Rede ist. Mit Brandts Engagement für die linke SAP 1932 kann dies kaum zusammenhängen, da er schon 1945 SAP-Mitglieder wie Otto Brenner willkommen geheißen hat. Eher spielen Berichte über Brandts linkssozialistische Verbindungen im norwegischen Exil eine Rolle, auch seine Nähe zu Jakob Walcher, einem früheren schwäbischen Metallarbeiter, der... aus der... KPD ausgeschlossen wurde und danach zur SAP gestoßen ist. Noch im Ausland entscheidet sich Walcher für die SED; als Brandt für die norwegische Militärmission

wirtschaftliche, politische und nationale Einheit in den westlichen Gebieten eintreten und vor den gleichen Fragen in der östlichen Zone stumm resignieren. Man kann auch nicht einer Demontage der lebensnotwendigen Betriebe im Osten weitgehende Unterstützung leihen und im Westen eine gegenteilige Politik betreiben."

Weiter heisst es, dass eine sozialistische Einheitspartei nur auf der Grundlage des freiwilligen Zusammenschlusses der Mitglieder entstehen könne. Ihren Übertritt zur Sozialdemokratie begründen die beiden Genossen zusammenfassend damit, dass für eine Politik der internationalen Verständigung und der gegenseitigen Hilfe aller Sozialisten heute nur Platz in den Reihen der SPD sei. Sie schliessen ihre Erklärung mit der Aufforderung: "Aus diesen Gründen erklären wir unseren Austritt aus der KPD und fordern unsere Freunde auf, mit uns gemeinsam in die SPD einzutreten und diese Partei zu stärken für die sozialistischen Aufgaben."

Es kann kaum geleugnet werden, dass dem Schritt der Gen. Ehlers und Wolters eine gewisse Bedeutung beizumessen ist. Zu diesem Urteil über die Zustände innerhalb der KPD sind sie nicht am grünen Tisch gekommen, sondern auf Grund praktischer Erfahrungen. Du solltest auch nicht übersehen, dass zu diesem Thema eine Menge früheren Erfahrungsmaterials vorliegt. Dieses Material berechtigt kaum zu Deiner optimistischen Annahme, die Ausarbeitung von Losungen geschehe bei der KPD in 99 von 100 Fällen "ganz ähnlich, wie es etwa bei uns geschah, d.h. durch ernsthafte, gründliche und zuweilen auch heftige Diskussionen". Besonders wundere ich mich aber über Deine Feststellung, die Kommunisten würden "im gemeinsamen Rahmen jedem willig Gehör schenken und Anregungen und Vorschläge von ihnen entgegennehmen, wenn sie den Eindruck haben, dass es den Betreffenden darum zu tun ist, der gemeinsamen Sache am besten zu dienen. Unzugänglich, abweisend und rücksichtslos werden sie sich stets dann verhalten, wenn sie glauben, dass jemand Nebenabsichten verfolgt und sich gern ein extra-Süppchen kochen möchte." Das heisst doch im Grunde nichts anderes, als dass alles gut ist, solange man mitmacht und dass es schief geht, wenn einer gegen den Stachel löckt. Du akzeptierst jetzt in Wirklichkeit den Führungsanspruch von seiten der KPD und schliesst damit die Möglichkeit aus, dass es ja auch auf ihrer Seite Leute geben kann, die Nebenabsichten verfolgen und sich ein extra-Süppchen kochen möchten.

Ich muss demgegenüber noch einmal die Auffassung unterstreichen, die ich in meinem Brief vom 30. April zum Ausdruck brachte: "Die Freude über strukturell fortschrittliche Veränderungen in der Ostzone wird

in Berlin arbeitet, kommt es zu gelegentlichen Treffen zwischen beiden. Ehe er nach Berlin geht, muß Brandt sich gegen Versuche wehren, ihn wegen der Kontakte zu Walcher anzuschwärzen.« Peter Merseburger: Der schwierige Deutsche. Kurt Schumacher. Eine Biographie, Stuttgart 1995, S.472.

» Heute bekam ich den dokumentarischen Beweis dafür, daß Willy Brandt in Schweden versucht, in der sozialdemokratischen Presse Artikel unterzubringen, in denen er Schumacher vorwirft, daß dieser außenpolitisch einseitig sei und »seine Haltung zur Sammlung ist rein negativ«. Vorsicht ist dringend geboten. Bitte berichte den angestrichenen Absatz nach Hannover.«

Kurt Heinig, Stockholm, am 13. März 1946 an Wilhelm Sander, in: AsD, Bestand Kurt Schumacher, Mapped 65.

»Lübecker Sozialdemokraten führen nach Hannover, wo Kurt Schumacher die SPD wiederbegründet und mit eiserner Hand und ergebene Helfern auf Kurs gebracht hatte. Und wo ich, Parteitag Mai 1946, selbst gewesen war, ohne daß sich eine Perspektive gezeigt und ich das Gefühl bekommen hätte, ich würde erwartet.

Wog die linkssozialistische Vergangenheit zu meinen Lasten? Kaum, denn andere Mitglieder früherer Sondergruppen standen längst in Ansehen und wurden gebraucht... Und tatsächlich verlockte diese Vergangenheit niemanden zu einer spitzen Bemerkung. Zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gab es keinen Raum mehr und keine Illusionen. Man war hierhin gegangen oder dahin, wie Jakob Walcher, der sich noch im amerikanischen Exil für den Osten entschieden hatte und folgerichtig in der SED landete. Er suchte noch, mich zu bereden, holte sich aber, in den Tagen nach der sowjetischen Zwangsvereinigung von SPD und KPD, eine deutliche Abfuhr. Entscheidend sei, so schrieb ich ihm, daß die Einheit »mit undemokratischen Mitteln und teilweise sogar mit gewalttätigen Methoden vorangetrieben worden ist«. Die demokratischen Grundrechte und die Demokratie innerhalb der Arbeiterbewegung seien »nicht Fragen der Zweckmäßigkeit. Sie sind grundsätzliche Fragen erster Ordnung.«

Willy Brandt: Erinnerungen, Frankfurt a.M. 1989, S. 147.

dadurch wesentlich getrübt, dass jene "Demokratie neuen Typs" praktiziert wird, die mit den demokratischen Grundrechten herzlich wenig gemein hat und sogar die elementaren Forderungen der demokratischen Meinungsbildung innerhalb der Arbeiterbewegung beiseiteschiebt. Die demokratischen Grundrechte und die Demokratie innerhalb der Arbeiterbewegung sind aber nicht Fragen der Zweckmäßigkeit. Sie sind grundsätzliche Fragen erster Ordnung."

Selbstverständlich fliegen Späne, wenn gehobelt wird. Natürlich darf man nicht zulassen, dass sich Nazis und Besitzbürger hinter der Fahne der Freiheit verstecken. Du hast auch ganz recht wenn Du feststellst, dass Freiheit, Demokratie und Humanität sich im neuen Deutschland niemals werden wirklich entfalten können, wenn es der Arbeiterklasse nicht gelingt, das Land gründlich von den Nazis und ihren Hintermännern zu säubern, einen verlässlichen Staats- und Verwaltungsapparat aufzubauen und die Struktur der Wirtschaft grundlegend zu ändern. Aber es kommt darüber hinaus noch darauf an, dass man weiss, was "Freiheit, Menschenwürde und andere schöne Dinge" beinhalten, dass man an diesem Inhalt mit fanatischer Entschlossenheit festhält und sich auf diese Weise dagegen sichert, im revolutionären Prozess zur Abtötung dessen beizutragen, was zu erkämpfen man sich vorgenommen hatte.

Darum kann ich mich nicht Eurer Forderung anschließen, "wir sollen uns nicht durch Rasonnieren über die zur Anwendung gelangten Methoden vom Begreifen des Kerns der Sache abhalten lassen". Diese "Methoden", über die jetzt nicht mehr rasonniert werden soll, waren es doch, die seinerzeit dazu führten, dass für Dich und Deinesgleichen in der Komintern kein Platz mehr war. Inzwischen ist viel Wasser den Berg hinabgelaufen. Zwei Kernpunkte, die Du damals und während der Jahre unserer Zusammenarbeit immer wieder betont hast, haben jedoch an Aktualität nicht verloren. Ich meine die Frage der Demokratie innerhalb der Arbeiterbewegung und die ihrer Unabhängigkeit und Bodenständigkeit.

Damit sind wir bei der Haltung zur SU angelangt. Mir will scheinen, dass unsere Auffassungen in diesem Punkt in der Tat beträchtlich voneinander abweichen. Für Dich repräsentiert die SU das sozialistische Moment in der internationalen Politik. Von daher gelangst Du in der Gesamtlinie zu einer Unterordnung der internationalen - in unserem Fall der deutschen - Arbeiterbewegung unter die Interessen der SU. Ich gehe demhingegen nicht von einer einfachen Interessensolidarität zwischen der SU und der deutschen resp. internationalen Arbeiterbewegung aus. Gewiss gibt es objektiv eine Masse gemeinsamer Interessen. Diese

lassen sich aber auf Grund der geschichtlichen Gegebenheiten, vor allem auch auf Grund der russischen Eigenentwicklung, nur in beschränktem Masse durchsetzen.

Es ist hier nicht der Platz, die Entwicklung innerhalb der SU zu analysieren. Mit dem, was dazu vor 14 Jahren formuliert wurde, kommen wir jedenfalls nicht mehr aus. Inzwischen hat sich doch allerlei zugetragen. Der russische Aufbau ist weiter fortgeschritten, und die Sowjetmacht hat die Belastungsprobe des 2. Weltkrieges in bewundernswerter Weise bestanden. Die axiomatische Behauptung, dass die kollektive Umformung der Wirtschaft zwangsläufig eine Befreiung des Menschen nach sich ziehen werde, ist jedoch durch die Entwicklung nicht bestätigt worden. Es ist offenbar, dass die Verstaatlichung der Produktionsmittel (oder andere Formen der Kollektivierung) nicht automatisch zu "höheren Formen der Demokratie" führt, sondern dass es dazu einer besonderen und ganz entschiednen willensmässigen Anstrengung bedarf. Man kann hoffen, dass es auf der Basis der veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse im Laufe der Zeit in der sowjetischen Welt gelingen wird, die Eigen- und Rückentwicklung im "Überbau" zu überwinden und durch eine freiheitliche, humanistische Entwicklung abzulösen.

Wir stehen jedoch vor der Frage, ob wir - über das hinaus, was sich während der vergangenen 13 Jahre abgespielt hat - erst die Entwertung uns wesentlicher menschlicher und sittlicher Werte durchmachen müssen oder ob wir von einer höheren Stufe aus zum Sozialismus gelangen und in ihm die Elemente des Kollektivismus und der Freiheit vereinigen können. Ich weiss nicht, ob das gelingen wird. Aber der Versuch muss gemacht werden. Daraus ergibt sich keine Feindschaft gegenüber der SU und erst recht kein primitiver Antibolschewismus. Aber es bedarf einer unabhängigen sozialistischen Politik, einer Politik, die dem Osten lässt was ihm gebührt, die aber keineswegs auf den Anschluss an die sozialistischen und fortschrittlichen Kräfte des Westens verzichtet. Es ist doch eine unerlaubte und falsche Vereinfachung, wenn man im Westen nichts als Reaktion und kapitalistische Ausbeutung sieht.

An den Schluss meiner Ausarbeitung zur Krise der neuen deutschen Arbeiterbewegung stellte ich die Forderung, dass es gälte, von den neuen Verhältnissen aus und befreit von Dogmen und Vorurteilen, eine planwirtschaftlich-freiheitliche, demokratisch-sozialistische Konzeption für die deutsche, europäische und internationale Arbeiterbewegung zu entwickeln. Und ich fügte dem hinzu: "Die Grossmächte mögen sich durch militärische Okkupation gegen reale oder vermeintliche Gefahren sichern. Das gibt ihnen kein Recht, das

»An der russischen Revolution, der Stellung zu den Bolschewiki schieden sich die Geister sowohl in der SPD (von ihr spaltete sich 1931 die SAP ab, die den Vorgängen in Sowjetrußland im wesentlichen positiv gegenüberstand) ebenso wie in der KPD (Ende 1928 die KPO gegründet, die sich kritisch zur KPdSU und der Komintern, vor allem nach deren VI. Kongreß 1928, verhielt).«

Otto Wahl, Stuttgart, in einem Gespräch am 8. Dezember 1995, Tonbandabschrift, Privatarchiv.

»Zwei Tage vor Weihnachten kam (Erich) Brost und berichtete, in Hannover seien Zweifel aufgetaucht, ob man recht daran tue, mich mit der Aufgabe (des PV-Beauftragten in Berlin - U.P.) zu betrauen. Ich setzte mich hin und schickte unter dem Datum des 23. Dezember 1947 Schumacher ein paar deutliche Worte:

»Lassen Sie mich in unmißverständlicher Weise erklären: Ich stehe zu den Grundsätzen des demokratischen Sozialismus im allgemeinen und zur Politik der deutschen Sozialdemokratie im besonderen. Ich behalte mir vor, mir über neu auftauchende Fragen selbst den Kopf zu zerbrechen. Und ich werde nie im voraus ja sagen zu jeder Einzelformulierung, auch wenn sie von dem ersten Mann der Partei geprägt wird. Tradition bedeute viel. Aber die Ehrfurcht vor dem Überlieferten dürfe nie so weit gehen, daß man Fehler und Irrtümer der Vergangenheit nicht eingestehen wolle. »Wie sollte dann eine Partei innerlich wachsen können? Und wie sollte sie den Kampf um die junge Generation mit Erfolg bestehen können? Ich erinnerte daran, daß ich meine norwegische Stellung »und noch einiges mehr« aufgegeben hätte, doch daß ich mich nicht aufdränge und keine Veranlassung sähe, mich zu verteidigen. Der Brief wirkte...«

Willy Brandt, Erinnerungen, a.a.O., S. 150.

wiederentstehende demokratische Leben der Deutschen zu okkupieren. Solchen Ansprüchen ist das Selbstbestimmungsrecht des werktätigen deutschen Volkes gegenüberzustellen. Es gilt, die Unabhängigkeit der deutschen Arbeiterbewegung zu verteidigen. Denn nur, wenn die deutsche Arbeiterbewegung auf eigenen Beinen steht, kann sie die Elemente der Freiheit und des Sozialismus in sich und für Deutschland vereinigen.“

Es kann doch gar keinem Zweifel unterliegen, dass auch der SU am besten mit der selbständigen Entwicklung des europäischen Sozialismus gedient wäre. Jetzt ist es so, dass die Russen nur dort sicher sind bzw. sich sicher fühlen, wo sie sich durch die Rote Armee gesichert haben. In der übrigen Welt ist ihre Position im Laufe des letzten Jahres phantastisch geschwächt geworden. Für Deutschland hat sich das bestätigt, was ich in meiner Ausarbeitung feststellte: »Die bisherige Entwicklung des Einheitsproblems hat die Gegensätze verschärft und den Kräften Vorschub geleistet, die keine gesamt-deutsche Lösung wollen. Die Stabilisierung der zonenmässigen Zerstückelung widerspricht aber den Regeln elementarster wirtschaftlicher Vernunft. Sie ist ein Unglück für die Deutschen, aber nicht nur für sie. Eine andauernde Kolonisierung Deutschlands, mit allen Friktionen, die gerade sie nach sich zieht, beinhaltet eine Gefährdung des Weltfriedens.« In meinem vorigen Brief fügte ich dem hinzu: »Es ist auch festzustellen, dass durch die Art, wie die Einheitspolitik vorangetrieben worden ist, der Einheitswille des übergrossen Teils der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in sein Gegenteil umgekehrt wurde. Die KP begegnet heute in allen westlichen Zonen, aber nicht nur dort, einem Misstrauen, das nicht unberechtigt ist und das teilweise bereits in offene Feindschaft umgeschlagen ist. Eine der Folgen ist auch, dass eine Stärkung der reaktionären Einflüsse festgestellt werden kann. Die Zwangseinheit trägt zweifellos dazu bei, dass die Zonengrenzen sich versteifen. Diese Wirkung wird nicht durch noch so viele SED-Aufrufe aufgehoben. Für die Westmächte, aber auch für die westliche Arbeiterbewegung, stellt sich die SED-Politik als eine Funktion der russischen Aussenpolitik dar. Sie fordert zu Gegenmassnahmen heraus. Das Ergebnis wird tiefere Zerklüftung statt der so notwendigen stärkeren Vereinheitlichung sein.«

Trotzdem bin ich natürlich mit Dir darin einig, dass es weiterhin eine gebieterische Notwendigkeit ist, die grösstmögliche Geschlossenheit innerhalb der Arbeiterbewegung herzustellen und einer einheitlichen sozialistischen Partei zuzustreben. Ich kann jedoch nicht einsehen, dass der Erreichung dieses Ziels durch die forcierte Bildung der SED im Osten gedient wurde.

»Selbstverständlich kann

Lass uns doch noch mal festhalten, dass es vor einem Jahr möglich gewesen wäre, die Einheit zu verwirklichen, wenn die KPD-Führung das gewollt und der Bildung einer unabhängigen deutschen Arbeiterpartei zugestimmt hätte. Nun wirst Du fragen, warum denn dann nicht die SPD mitgemacht hat, als die KPD-Führung ihren Kurswechsel vornahm. Nun, ich verleugne keineswegs, dass es meiner Meinung nach negative Momente in der sozialdemokratischen Politik gab. Entscheidend ist doch aber andererseits, dass die KPD umschwenkte, als sie ihren Apparat in der Ostzone ausgebaut und die Gewähr für die Beherrschung der SED in der Hand zu haben glaubte. Während zuvor und auch noch in der Entschliessung vom Dezember vorigen Jahres viel von der so notwendigen ideologischen Klärung gesprochen wurde, war es plötzlich sehr eilig geworden. Durch die Art, wie nun im Osten die SED zusammengebracht wurde, ist in der Tat das Einheitsproblem der deutschen Arbeiterbewegung nicht gelöst worden. Im Osten hat man es äusserlich gelöst, im Westen - und zwischen dem Osten und Westen - sind die Gegensätze gewachsen.

Man kann nun auf zweierlei Weise an das vorliegende Problem herangehen. Man kann meinen, im Osten seien die zielweisenden Lösungen gefunden worden und von dort aus müsse das übrige Deutschland durchdrungen oder erobert werden. Oder man kann der Auffassung sein, dass es weiterhin zwei Hauptlager der deutschen Arbeiterbewegung gibt, deren Verhältnis zueinander auf der Basis der Anständigkeit geregelt werden sollte. Ich bekenne mich zu der letztgenannten Auffassung. Die erstere würde die Festlegung auf eine einseitige "östliche" Regelung bedeuten, bei der kaum viel Gutes herauskommen kann. So wie sich die Dinge entwickelt haben, halte ich es für angebracht, noch einmal den Satz in meinem Brief vom 30.4. zu unterstreichen, dass es darauf ankomme, "die SPD im Westen so stark wie möglich werden zu lassen und in ihrem Rahmen für eine möglichst fortschrittliche Politik zu wirken".

Du weist, dass ich dem sozialdemokratischen Parteitag in Hannover im vorigen Monat beiwohnte. Ich nehme an, dass Du von den Beschlüssen und vom Referat des Gen. Schumacher bereits auf andere Weise Kenntnis genommen hast. Du wirst daraus ersehen haben, wie abwegig die Auffassung ist, Schumacher sei "Helfer und Vertrauensmann von Kräften, die willens sind, die Reaktion zu stützen und jede strukturelle Änderung der Gesellschaft in sozialistischer Richtung unmöglich zu machen".

Ich bin weit davon entfernt, jedem Wort zuzujubeln, das in Hannover ausgesprochen wurde. Dort wurde gewiss noch nicht das letzte Wort zu den heute vorliegenden Fragen gesprochen. Die Tagung stellte jedoch eine

die Sozialdemokratie von den einmal gewonnenen und in vielen Gedächtnissen gespeicherten Erfahrungen aus den vergangenen Jahren nicht völlig absehen. Aber wir werden nicht Gefangene gelernter und eingeschliffener Verhaltensmuster und Denkschemata sein, wenn die Welt vor unseren Augen sich wandelt und die alte Betrachtungsweise sich überlebt. Nichts wäre erfreulicher, als wenn auch hier nicht alle alten Schlachten immer neu geschlagen werden müßten.«
Willy Brandt: Die SPD in der deutschen Geschichte, in: Susanne Miller/Malte Ristau (Hg.): Erben deutscher Geschichte. DDR-BRD: Protokolle einer historischen Begegnung, Reinbek bei Hamburg 1988, S.17.
(Es handelt sich um die von der Historischen Kommission des SPD-Vorstandes am 12.-13. März 1987 veranstaltete Diskussion zwischen Historikern der BRD und der DDR.)

wichtige Etappe dar. Zu zentralen Gegenwartsaufgaben wurde in positiver Weise Stellung genommen. Es wurde die Konzeption eines revolutionären und demokratischen Sozialismus zumindest andeutungsweise entwickelt. Entscheidend waren der Appell und das Gelöbnis zu unmittelbarer sozialistischer Initiative. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Praxis gestalten wird. Es wird vielleicht notwendig werden, an das Schumacher-Wort zu erinnern, dass es niemals mehr zu einer blossen Herrschaft des Apparats kommen dürfe. Es wird vor allem notwendig sein, an Hand der heute stehenden Probleme aufzuzeigen, in welchem Ausmass eine Kooperation mit der KPD einerseits und den linken Christen andererseits möglich ist.

Schon jetzt möchte ich aber der vereinfachten Darstellung widersprechen, dass im Osten bereits all das verwirklicht sei, was die SPD im Westen erst fordere. Gewiss, in der Ostzone sind grundlegende Veränderungen durchgeführt worden. Die Schlussbilanz lässt sich aber heute noch nicht ziehen. Es ist nicht alles Gold, was glänzt. Der Kampf um die demokratisch-sozialistische Umgestaltung Deutschlands ist nicht abgeschlossen, er hat erst begonnen.

Dieser Kampf wird erleichtert werden, wenn es gelingt, eine möglichst breite Front gegen die Reaktion zustandezubringen. Er wird nicht gefördert durch die Übertragung totalitärer Formen und Ansprüche in die Reihen der Arbeiterbewegung. Die Einheit, die es zu erstreben gilt, verliert ihren Wert, wenn sie nicht auf unabhängiger, demokratischer Basis geschaffen wird.

Mit bestem Gruss!

Quelle: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Bestand Kurt Schumacher, Mappe 64.

- 1 Jakob Walcher (1887-1970), Dreher. 1906 Eintritt in die SPD, in der er zum linken Flügel gehört. 1910/1911 Parteischule der SPD in Berlin, an der u.a. Rosa Luxemburg lehrte. 1911 Redakteur der »Schwäbischen Tagwacht«, Stuttgart, wird 1915 zusammen mit allen Linken aus der Redaktion entfernt. Während des Krieges Mitglied der Spartakusgruppe. 1918 Delegierter und einer der Vorsitzenden des Gründungsparteitages der KPD. 1919-1923 Mitglied ihrer Zentrale, verantwortlich für Gewerkschaftsarbeit. 1924 als »Rechter« nicht wiedergewählt, geht nach Moskau, da von der Polizei gesucht. Kehrt 1926 zurück und arbeitet in der Gewerkschaftsabteilung des ZK. Wird 1928 als »Rechtsabweichler« aus der KPD ausgeschlossen, ist Mitbegründer der KPD/Opposition und Mitglied ihrer Reichsleitung. 1931/1932 Haupt sprecher der KPO-Minderheit und geht mit ihr zur SAP. Emigriert 1933 nach Frankreich, ist dort Sekretär der SAP. Geht 1941 in die USA, kehrt 1946 - in die SBZ - zurück und wird Mitglied der SED. Ende der 40er Jahre erneut gemäßregelt und als »alter Rechter« aus der SED ausgeschlossen. 1956 rehabilitiert. Nach Theodor Bergmann: Gegen den Strom. Die Geschichte der Kommunistischen-Partei-Opposition, Hamburg 1987, S.439.
- 2 Adolf Ehlers (1898-1978), nach kaufmännischer Lehre 1916-1918 Soldat, danach Metallarbeiter, Mitglied der KPD, Funktionen in KJVD und KPD, 1924 Delegierter ihres illegalen Parteitages. Anfang 1925 wegen Widerstandes gegen den ultralinken Kurs ausgeschlossen - und Ende 1925 wiederaufgenommen; u.a. Gewerkschaftsfunktionen. 1929 als »Rechtsabweichler« aus der KPD wieder ausgeschlossen, anschließend aktiver Funktionär der KPD/Opposition. Ging 1932 mit der KPO-Minderheit zur SAP, war deren Bezirksleiter Nordwest. Nach 1933 illegal für die SAP tätig. 1945 Mitglied der KPD, Senator in Bremen. Am 15. Mai 1946 Übertritt zur SPD, 1948/1949 Mitglied des Parlamentarischen Rates, 1959-1963 2. Bürgermeister von Bremen, 1962-1964 Mitglied des Bundesvorstandes, 1967-1969 des Bremer Landesvorstandes der SPD.
- 3 Hermann Wolters (1911-1974), von Beruf Matrose, 1929 Eintritt in den KJVD und die KPD, 1932 Mitglied des Bezirksvorstandes Wasserkante des KJVD. 1933 verhaftet, seit 1939 bei dem Borgward-Automobilwerk in Bremen beschäftigt. 1945 Mitglied der Kampfgemeinschaft gegen Faschismus (KGF) und der KPD-Bezirksleitung Bremen. 1946 Übertritt zur SPD, 1945-58 Mitglied des Bremer Senats, zuständig zunächst für Ernährung und Arbeitsbeschaffung, später für Wirtschaft.

Wir danken dem Archiv der sozialen Demokratie für die freundliche Genehmigung, das Dokument zu veröffentlichen.

ROLF BADSTÜBNER

Gründung der SED.

Zur Selbstzerstörung einer Legende

Alle diejenigen ehemaligen DDR-Bürger und insbesondere Historiker, welche einerseits zu Recht die derzeit in der Bundesrepublik vorherrschende pauschale Verurteilung und Verketzerung der Geschichte der DDR zurückweisen, denen aber andererseits eine vorurteilslose radikal-kritische Erforschung und Darstellung eben dieser Geschichte echtes Anliegen und inneres Bedürfnis ist, sind im Vorfeld des 50. Jahrestages der Konstituierung der SED aufs äußerste herausgefordert. Geht es doch um die radikale Überwindung einseitiger Positionen und auch direkt falscher Sichtweisen; denn offensichtlich sind im Hinblick auf diesen Vorgang von der SED-Führung Leitbilder und Sichtweisen vorgegeben und auch direkt in die geschichtswissenschaftliche Arbeit hineingetragen¹ worden, die nicht der Realität entsprachen – und die als Gralshüter institutionalisierte Parteiministere sorgten unter Errichtung eines Forschungs- und Deutungsmonopols² dafür, daß niemand im eigenen Lager die zurechtgezimmerten Legenden beschädigte oder gar zerstörte.

Aus heutiger Befindlichkeit kann man eigentlich nur kopfschüttelnd feststellen, daß man geradezu mit Blindheit geschlagen war³; denn auch ohne weitergehende Quellenkenntnisse hätte ein Hemmschwellen überwindendes kritisches Hinterfragen zu vertiefenden Problemsichten und neuen Einsichten führen können – wenngleich nur in begrenztem Rahmen.

Erst der seit 1989 ungehinderte Zugang zu allen relevanten KPD- und SED-Quellen, inzwischen herausgegebene Quellenveröffentlichungen⁴ und seitdem erzielte Forschungsergebnisse ermöglichen – unbeschadet der noch in den Anfängen steckenden Erschließung sowjetischer Quellen⁵ – und erfordern – jedenfalls für ehemalige DDR-Historiker⁶ – einen wirklichen Durchbruch zu grundlegend neuer Sicht und Wertung. Und es erscheint zweifelhaft, ob dafür eine mehr den Eindruck einer unentschiedenen Gratwanderung zwischen »Jubel und Verdammnis« erweckende Behandlung ausreicht.⁷

Aus der veränderten Konstellation am Ende unseres Jahrhunderts und der daraus resultierenden geschärften Problemsicht ergibt sich nunmehr auch ein anderer, relativierender Blick auf das vor allem im Kampf gegen den Faschismus und seine restlose Überwindung sowohl von Kommunisten als auch von Sozialdemokraten in den dreißiger und vierziger Jahren in einer Reihe von Ländern mit unterschiedlichen Intentionen und Intensität verfolgte Ziel, die Spaltung der Arbeiterbewegung nicht nur in Form der Zusammenarbeit

Rolf Badstübner – Jg. 1928, Professor der neueren Geschichte, ist seit den 60er Jahren mit Publikationen zur deutschen Nachkriegsgeschichte hervorgetreten, zuletzt erschien gemeinsam mit Wilfried Loth (Hrsg.): Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994.

1 Vor allem die direkte Einflußnahme Walter Ulbrichts mittels des schon 1955 unter seinem Namen erschienenen Buches »Zur Geschichte der Neuesten Zeit« und dann als Vorsitzender(!) des Autorenkollektivs der 1966 erschienenen achtbändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Er lancierte auf diesem Wege wider sein besseres Wissen das nicht nur geschönte, sondern direkt wahrheitswidrige Bild einer relativ un-

abhängig und eigenständig handelnden KPD bzw. SED. Bei der Darstellung der Entstehungsgeschichte der SED traten Stalin und die sowjetische Besatzungsmacht kaum in Erscheinung.

2 Relevante Akten, die ein anderes Bild hätten vermitteln können, wurden unter Verschluss gehalten. Auch dem Verfasser – als Leiter der Autorengruppe von Band 9 der Deutschen Geschichte – wurden sie vorenthalten.

3 Diese Feststellung bezieht der Verfasser nicht zuletzt auf sich selbst, hat er doch den entsprechenden Abschnitt im 1981 erschienenen Hochschullehrbuch der Geschichte der DDR in enger und unkritischer Anlehnung an den zuvor publizierten Abriß der Geschichte der SED verfaßt und später als Leiter der Autorengruppe eine bedauerlicherweise ebenfalls unkritische Darstellung im Band 9 der Deutschen Geschichte mitzuverantworten.

4 Im Kontext des Themas vor allem: Rolf Badstübner, Wilfried Loth (Hrsg.): Wilhelm Pieck - Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945 bis 1953, Berlin 1994 (fortan: »Pieck-Notizen«); Andreas Malycha: Auf dem Wege zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Eine Quellenedition, Bonn 1995; Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Reihe 1945/46, hrsg. v. Günter Benser u. Hans-Joachim Krusch, Bd.1-3, München/Providence/London/Paris 1993ff.; Gerhard Keiderling:

und einer Aktionseinheit, sondern auch organisatorisch zu überwinden. Dieses Ziel wurde mit geschichtlichen Lehren begründet, mit hohen Idealen in Verbindung gebracht und erlangte so ein politisch-moralisches Ansehen, das kritisches Hinterfragen oft erschwerte. War seine Realisierung aber wirklich so »zwingend« notwendig und unabweisbar, wie viele glaubten und argumentierten? Und wenn ja, für die zu bewältigenden Gegenwartsaufgaben oder noch mehr für die darüberhinausgreifenden epochenalternativen sozialistischen Perspektiven?

Waren für eine solche Vereinigung tatsächlich die Voraussetzungen entstanden, etwa durch eine Renaissance des Marxismus bzw. die tendenzielle politische Radikalisierung in vielen sozialdemokratischen Parteien auf der einen, die kommunistische Volks- oder Einheitsfrontpolitik mit Ansätzen neuen Denkens auf der anderen Seite?

Oder hatten diejenigen Sozialdemokraten und Sozialisten Recht, die der Idee einer Vereinigung mit kommunistischen Parteien von Anfang an eine prinzipielle Absage erteilten? Beispielsweise war für die Labourparty eine solche Vereinigung kein Thema. Und der von Attlee und Bevin verfolgte Sozialisierungskurs, verbunden mit dem Konzept der Formierung eines demokratisch-sozialistischen (West)Europa als »dritter Kraft« zwischen Dollarkapitalismus und russischem Staatssozialismus, grenzte sich überdies deutlich von den Kommunisten und der Sowjetunion ab und repräsentierte damit die eindeutige Mehrheitsmeinung gegenüber dem linken Flügel um Harold Laski. – Mit Kurt Schumacher begann sich über die Konferenz von Wennigsen Anfang Oktober 1945 auch in der SPD der Westzonen Deutschlands ein solcher politischer Kurs gegenüber Annäherungsbemühungen an die KPD durchzusetzen.

Für die kommunistischen Parteien hatten sich mit der aus den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Komintern entwickelten Einheits- und Volksfrontpolitik und mit der Auflösung der Komintern größere Freiräume für die Praktizierung einer nationalkommunistischen Politik ergeben, die eine Lockerung der stringenten Bindung an Moskau einschloß.

Das geschah im Einvernehmen mit Stalin, es korrespondierte mit seiner »vaterländischen« Kriegführung und mit seinem Sicheinstellen auf die neuen Konstellationen und Gegebenheiten, die sich mit der Antihitlerkoalition und der beschlossenen Fortsetzung des Kriegs Bündnisses in einer Kooperation für Friedensregelung, -gestaltung und -sicherung herausgebildet hatten.

Dabei bewies Stalin durchaus taktisches Geschick, wirkte mäßigend auf die kommunistischen Parteien in der Interessensphäre der Westalliierten ein und erwartete dafür die Respektierung des im Ergebnis des Krieges riesig ausgedehnten sowjetischen Einflußbereiches, in welchem aber die berechnete Wahrnehmung sowjetischer Sicherheitsinteressen immer mehr – und in Wechselwirkung mit dem Kalten Krieg dann vollends – in sowjetische Hegemonial-, Interventions- und auch Unterdrückungspolitik hinüberwuchs. Das war verbunden mit einer erneuten Einengung nationalkommunistischer Freiräume.⁸

In der SBZ allerdings wurde die Fusion von KPD und SPD zu

einem Zeitpunkt durchgeführt, an dem die nationalkommunistische Strategie noch grünes Licht hatte, andererseits ein Besatzungsstatus in Deutschland bestand, die Sowjetunion Besatzungsherrschaft ausübte und die KPdSU dadurch unmittelbar auf die KPD einwirken konnte.

Ihre Rolle im antifaschistischen Kampf begründete ein beträchtliches politisch-moralisches Prestige der KPD und wies ihr einen festen, nicht zur Diskussion stehenden Platz im Parteiensystem zu, das im Rahmen der Vier-Mächte-Verwaltung Deutschlands und eines alliierten Grundkonsenses in allen Besatzungszonen legalisiert wurde.

Aber es war 1945 nicht einfach, sich ein klares Bild von der KPD zu machen. Die kommunistische Bewegung hatte sich mit und seit dem VII. Weltkongreß 1935 fast ausschließlich auf die Gegenwarts- und unmittelbaren Nachkriegsaufgaben konzentriert. Das zeigte sich auch in der Vorbereitung der Nachkriegspolitik der KPD durch ihre Moskauer Führung. Der bedeutsame, in Moskau erarbeitete und Hinweise Stalins⁹ integrierende Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 legte die wichtigsten Gegenwartsaufgaben in einer sozusagen parteiübergreifenden Sicht dar. In diesem Kontext schien es vielen so, als ob sich die KPD geändert und wichtige historische Lehren gezogen habe. So trat sie erstaunlich gemäßigt auf, wollte das Sowjetsystem nicht einführen, vermied es sogar gänzlich, das sozialistische Ziel auch nur zu erwähnen und formulierte »bürgerlich-demokratische«, antifaschistische und antimilitaristische Aufgaben.

Die KPD-Führung schwieg sich in und mit ihrem Aufruf über ihre weitergehenden und tatsächlichen Ziele gänzlich aus. Doch wenn sie nichts anderes wollte, als das, was sie in ihrem Aufruf erklärte, dann war damit ihre Existenzberechtigung neben der SPD nicht überzeugend begründet, wie beispielsweise Schumacher argumentierte.¹⁰

Welches waren denn nun aber die eigentlichen kommunistischen Positionen, wie weit reichte das neue Denken und wie tief griffen die Veränderungen im kommunistischen Denkgebäude tatsächlich? Im Auftrage der KPD-Führung, aber auch abgedeckt durch einen entsprechenden Hinweis Stalins¹¹, baute Anton Ackermann in seinem Artikel in der ersten Nummer der »Einheit« vom Februar 1946 Ansätze neuen Denkens zu einem »besonderen deutschen Weg zum Sozialismus« aus. Darin wurde – mit Rekurs auf Marx und Engels, zurückhaltend aber auch auf Lenin – die Möglichkeit eines demokratischen und friedlichen Weges zum Sozialismus gemäß den deutschen Bedingungen begründet.

Im Oktober 1946 ging Ackermann – allerdings schon nicht mehr unwidersprochen – noch weiter, indem er die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats mit den spezifisch russischen Bedingungen in Verbindung brachte, während in Ländern, in denen die Arbeiterklasse die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bildet, demokratische Wege und Herrschaftsmethoden möglich und geboten seien.¹²

Doch reichten diese Ansätze schon aus? Mußten nicht auch die sozialistischen Zielvorstellungen gründlich überprüft werden?

»Gruppe Ulbricht« in Berlin. April bis Juni 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1993; »Nach Hitler kommen wir«. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, hrsg. v. Peter Erler, Horst Laude u. Manfred Wilcke, Berlin 1994.

5 Hier liegt inzwischen eine Reihe Artikel - allerdings nicht direkt zur Thematik SED-Gründung, aber teilweise sie tangierend - vor, die auf der Auswertung neuer sowjetischer Quellen beruhen, wie von Jochen Laufer u.a., vor allem aber ist das jüngst erschienene umfangreiche Werk des US-Historikers Naimark zu nennen: Norman N. Naimark: The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation 1945-1949, Cambridge/London 1995. Die Entstehung der SED wird hier unter Auswertung von Quellen aus dem ZK der KPdSU, die das aus dem Zentralen Parteiarchiv der SED zu rekonstruierende Bild ergänzen und untermauern, auf den Seiten 271 bis 284 behandelt.

6 Demgegenüber können sich viele altbundesrepublikanische Autoren, wie Hermann Weber, Dietrich Staritz, Werner Müller etc. sowie auch Harold Hurwitz in ihren früheren Darstellungen durch die neuen Quellen weithin bestätigt fühlen - zumindest, was die negativen oder problematischen Aspekte der Entstehung der SED angeht.

7 Was m.E. zu den zweifellos anspruchsvollen jüngsten Darlegungen von G. Benser kritisch anzumerken wäre: Günter Benser: Zusammenschluß von KPD

und SPD 1946. Erklärungsversuche jenseits von Jubel und Verdammnis, Berlin 1995 (hefte zur ddr - geschichte 27). Gleiches trifft auch aus der Sicht des Verf. auf die auf einer Ausarbeitung Bensers basierende »Erklärung der Historischen Kommission der PDS«
 »Zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD« (Neues Deutschland, 18.12.1995, S.11/12) zu.

8 Siehe Einheitsfront-Einheitspartei. Kommunisten und Sozialdemokraten in Ost- und Westeuropa, hrsg. v. D.Staritz u.H.Weber, Köln 1989.

9 Siehe »Pieck-Notizen«, S. 50.

10 Denn die darin enthaltenen Aufgaben und Ziele wurden 1945/46 in den programmatischen Plattformen der SPD ebenfalls anvisiert und darüber hinaus noch in einen weiteren, systemverändernden sozialistischen Kontext gestellt.

11 Siehe »Pieck-Notizen«, S. 68.

12 Siehe Stenogr. Niederschrift von der 6.Tagung des Parteivorstandes der SED ... (2. Teil), in: SAPMO Barch ZPA IV 2/1/5, Bl. 2, 15ff.

13 Denn gemäß der alliierten Handhabung zunächst regional bzw. zonal getrennter Parteienentwicklung war an gesamtdeutsche Zusammenschlüsse nicht zu denken - jedenfalls im Zeitraum von 1945/46 nicht!

14 Stenographische Niederschrift der 13.(27.) Tagung des Parteivorstandes der SED am 15./16.9.1948 in Berlin. SAPMO Barch

Aber war die KPD-Führung tatsächlich bereit, ideologisch entsprechend disponiert und politisch in der Lage, ihre dogmatische leninistisch-stalinistische Weltanschauung einer radikalen Kritik zu unterziehen, Positionen eines deutschen Reformkommunismus sowie Sozialismuskonzepte zu entwickeln, die den Bedingungen eines fortgeschrittenen Industrielandes wie Deutschland und den damit korrelierenden modernen Sozialstrukturen und Mentalitäten angemessen waren?

Doch bevor dies weiter verfolgt wird, erscheint es im Vorfeld notwendig, einer anderen Frage nachzugehen, deren Beantwortung möglicherweise die Entstehung der SED in einem anderen Licht erscheinen läßt. Welche Ziele verfolgten KPdSU/SMAD und KPD tatsächlich, als sie in der zweiten Septemberhälfte 1945 eine forcierte Fusion von KPD und SPD – und das bedeutete von Anfang an: gesondert für die SBZ!¹³ – auf die politische Tagesordnung setzten und den Zentralauschuß der SPD in diesem Sinne zu bedrängen begannen? Zur Beantwortung dieser Frage reichen m.E. – bei einer taktisch so beweglichen Partei wie der KPD (von Stalin ganz zu schweigen!) – mehr oder weniger allgemeine Argumentations- und Erklärungsmuster nicht aus, da sie nicht beantworten, warum der Fusionskurs so früh und nun unter Ignorierung der bisherigen kommunistischen Forderung nach vorausgehenden ausreichenden ideologischen Klärungsprozessen in Angriff genommen wurde. Wilhelm Pieck 1948 hierzu rückblickend: »Die Vereinigung der beiden Parteien erfolgte noch unter sehr ungünstigen Bedingungen, und dabei war mehr der Wille maßgebend als die Einsicht und die feste Überzeugung von der Notwendigkeit der Vereinigung.«¹⁴

Warum mußte die Fusion zu diesem Zeitpunkt unter »ungünstigen Bedingungen« forciert werden? Im Interesse der Weiterentwicklung in der SBZ jedenfalls war der Kurs auf eine forcierte Fusion von KPD und SPD keineswegs zwingend; denn die Arbeitsgemeinschaft von KPD und SPD sowie die Blockpolitik hatten sich bewährt und waren zweifellos entwicklungs- und ausbaufähig.

Warum mußte man also die außerordentlich anstrengenden und komplizierten Umgestaltungs- und Aufbauprozesse in der SBZ zusätzlich mit solch schwierigen Problemen belasten, die auf jeden Fall mit einer forcierten Vereinigung verbunden waren? Und warum sahen sich die sowjetisch-kommunistischen Entscheidungsträger zu diesem Schritt veranlaßt, obwohl Aus- und Folgewirkungen zumindest das hohe Risiko in sich bargen, eine Ost-West-Teilung Deutschlands zu befördern, die man eigentlich oder andererseits nicht wollte?

Als im Herbst 1945 seitens KPdSU, sowjetischer Besatzungsmacht und KPD die Weichenstellung in Richtung Einheitspartei erfolgte, geschah das zu einem Zeitpunkt, als die Vereinigungseuphorie in der ostzonalen SPD weitgehend verfliegen war und sich Skepsis, Unzufriedenheit und selbst Erbitterung über eine allenthalben festzustellende kommunistische Rigorosität sowie über Benachteiligung und Diskreditierung von Sozialdemokraten breit machten, die SPD aber dennoch einen deutlichen Aufschwung verspürte und sich neues sozialdemokratisches Selbstbewußtsein artikuliert.¹⁵ Grotewohl formulierte daher in seiner Rede vom 14.

September 1945 sozialdemokratische Führungsansprüche, erachtete die Zeit für eine organisatorische Vereinigung als bei weitem noch nicht reif und forderte eine Gleichbehandlung der SPD durch die Besatzungsmacht ein.¹⁶ Der anwesende Wilhelm Pieck zeigte sich darüber äußerst beunruhigt und verärgert. Ein Sieg der SPD bei den auch in der SBZ früher oder später anstehenden Wahlen war nicht auszuschließen, er wurde dann nach den Wahlniederlagen der Kommunisten in Ungarn und Österreich im November 1945 sogar sehr wahrscheinlich. Und die Entwicklung in den Westzonen Deutschlands verlief auch nicht zur sowjetisch-kommunistischen Zufriedenheit. – Das war das (engere)¹⁷ Umfeld, aus dem heraus der Entschluß zur forcierten Fusion mit der SPD der SBZ erwuchs.

Eine forcierte Fusion ergab sich zwingend somit vor allem aus dem Interesse kommunistischer Machterhaltung und weiteren Machtausbaus im sowjetischen Einflußbereich. Für KPdSU und KPD war es offensichtlich nicht denkbar sowie unakzeptabel, daß die KPD Machtpositionen, die sie im Zuge sowjetischer Besetzung errungen hatte, auch nur zum Teil wieder einbüßen oder gar preisgeben könnte. Genau diese Gefahr erhob sich jetzt – mit Blick auf zukünftige Wahlen – durch eine erstarkende und selbstbewußte Sozialdemokratie in der SBZ.

Ihr versuchte man seitens SU und KPD durch eine Doppelstrategie zu begehen:

erstens forcierte Fusion der KPD mit der SPD in der SBZ vor anstehenden Wahlen oder – wenn das nicht klappte –

zweitens gemeinsame Wahllisten von KPD und SPD nach einem vorher festgelegten Proporzverhältnis.

Die »60er Konferenz« sollte, wie die eingebrachten Konferenzpapiere der KPD auswiesen¹⁸, der Erreichung dieser beiden Ziele bzw. entsprechenden Beschlußannahmen dienen. Dieser Konferenz kam daher für die Entstehung der SED eine Schlüsselrolle zu. Schon im Vorfeld verstärkte die sowjetische Besatzungsmacht zugunsten einer schnellen Fusion mit der KPD systematisch ihre Einflußnahme auf die SPD. Sie reichte von Versprechungen und der Gewährung von Vergünstigungen für sozialdemokratische Funktionäre, aber auch massiver Druckausübung und Bedrohung oder Versammlungs- und Veröffentlichungsverboten bis zur Inhaftierung von Einheitsgegnern.¹⁹

Bei der Vorbereitung und Durchführung der »60er Konferenz« verfolgte die KPD eine Überrumpfungstaktik. So hatte sie die SPD zunächst über ihre weitergehenden Konferenzziele im unklaren gelassen. Erst 15 Stunden²⁰ vor Beginn der Konferenz erhielt der ZA den Beschlußentwurf der KPD. Weder der ZA selbst hatte nun noch die Möglichkeit, sich darauf einzustellen, wie es erforderlich gewesen wäre, und schon gar nicht war noch eine Meinungsbildung mit den Bezirksvertretern und überhaupt deren Information zu werkstelligen, so daß diese von der kommunistischen Zielstellung völlig überrascht wurden.

Zwar bekräftigte auch der Zentralauschuß der SPD in seiner Beratungsgrundlage das Ziel einer »organisatorischen Vereinigung der sozialistischen Parteien«²¹, aber im Sinne einer längerfristigen,

ZPA IV 1/2/26, Bl.64/65.

15 Siehe hierzu die zahlreichen aussagekräftigen Belege bei Malycha: Auf dem Wege..., Einleitung, S. LXVff.und Quellen, S. 117ff.

16 Otto Grotewohl: Wo stehen wir, wohin gehen wir? Berlin 1945.

17 Darüber hinausgehende globale Aspekte müssen hier ausgeklammert werden.

18 Siehe Hans-Joachim Krusch/Andreas Malycha: Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung? Die Sechziger-Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946, Berlin 1990, S.40ff.

19 Siehe Malycha: Auf dem Wege..., Einleitung, S.LXXIf. sowie Quellen S.117ff.,153ff., 165ff., 186ff.

20 Siehe Harold Hurwitz: Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, 4 Bde., Köln 1983-1990, Bd. 4/Teil 2, S. 668.

21 Krusch, Malycha, a.a.O., S. 50.

22 Und dies nahm im Referat Grotewohls breiten Raum ein und stand auch in den Beiträgen von Dahren-dorf, Klingelhöfer und Thape im Mittelpunkt.

23 Die Westalliierten machten von ihrer Möglichkeit, der Konferenz beizu- wohnen, keinen Gebrauch - wie sie sich überhaupt in bezug auf die Entstehung der SED zurückhielten!

24 Hurwitz 4/2, S. 675.

25 Siehe auch jüngst ein Streitgespräch hierüber, an dem Benser, Heimann, Ma- lycha, Wilke u.a. teilnahmen. Bericht: Neues Deutschland, 16./17. Dezember 1995, S. 5. Ohne eine nächtliche »Einflußnahme« seitens SMAD/KPD auf Grotewohl etc. ist das jedoch kaum verständlich!

26 Gemeinsame Wahllis- ten und die Orientierung auf regionale Vereinigungen betreffend.

27 M.E. ist die Feststellung Bensers nicht akzeptabel, wenn er in einem Artikel über die »60er Konferenz« schreibt: »Der erste Tag verlief kontrovers, am zweiten ging es hingegen harmo- nisch zu.« Neues Deutsch- land, 30./31.12.1995, S. 11.

28 Siehe Krusch, Malycha, a.a.O., S.172f.

nur im Reichsmaßstab zu verwirklichenden Aufgabe. Zonale oder regionale Zusammenschlüsse lehnte er ebenso ab wie gemeinsame Wahllisten. Beratungsschwerpunkt der Konferenz sollte demge- genüber das Ausräumen von Problemen sein, die die Zusammenar- beit von KPD und SPD in der SBZ belasteten,²² sowie verbindliche Festlegungen zur Verbesserung und Intensivierung der weiteren Zusammenarbeit.

Aus sozialdemokratischer Sicht galt es, im Hinblick auf das Ziel einer organisatorischen Vereinigung – sozusagen im Vorfeld – eine Reihe wichtiger Fragen zu klären, beispielsweise, ob die KPD tatsächlich als Interessenvertreterin der deutschen Arbeiterklasse fungieren könne, was ja eine gewisse Unabhängigkeit von Moskau voraussetzte, oder die Frage nach dem Verhältnis der KPD zur De- mokratie.

Die kritischen sozialdemokratischen Ausführungen führten zu heftigen kommunistischen Gegenreaktionen, die Gesichter der zahlreich anwesenden sowjetischen Offiziere²³ wurden immer fin- sterer, so daß sich »viele Bezirksvertreter besorgt« fragen mußten, »was sie von der Sowjetkommandantur nach ihrer Rückkehr zu er- warten hatten.«²⁴ Und zweifellos verfehlten auch das zielstrebige- massive Auftreten der KPD-Vertreter und deren gezielte, alle Be- denken und Einwände »wegwischende« Argumentation auf viele Sozialdemokraten ihre Wirkung nicht.

Dennoch ist bis heute nicht zureichend erforscht und geklärt,²⁵ wie es am zweiten Verhandlungstag ohne nochmalige nennenswer- te Diskussion dazu kommen konnte, daß die SPD-Vertreter dem Entschließungsentwurf des ZK der KPD, in dem lediglich zwei Streichungen erfolgten²⁶, ihre Zustimmung gaben. Wie auch im- mer, der gefaßte Beschluß war keinesfalls das Ergebnis eines ech- ten Verhandlungs- und Verständigungsprozesses. Die SPD-Vertre- ter waren so oder anders genötigt und »überfahren« worden.²⁷

Der Zentralausschuß versuchte im nachhinein eine Schadensbe- grenzung vorzunehmen, u.a. mit seiner Entschließung vom 15. Ja- nuar 1946, in der er mit Nachdruck betonte, daß eine Vereinigung nur über einen Reichsparteitag möglich sei, und in der er sich de- zidiert gegen regionale Vereinigungen wandte.²⁸ Doch die sowjeti- sche Pressezensur verhinderte den Druck dieser und aller anderen SPD-Bekundungen, wenn sie nicht voll auf der Linie des Vereini- gungskurses lagen.

Im Ergebnis der 60er-Konferenz wies die SMAD ihre Komman- danturen an, mit allen Mitteln den Vereinigungsprozeß zu »för- dern«.²⁹ Das führte zu immer massiveren Einwirkungen auf solche Sozialdemokraten, die widerstrebten, sich zögerlich zeigten oder auch nur Bedenken gegen Tempo und Modalitäten der Vereinigung vorbrachten.³⁰

Der Vereinigungsprozeß vollzog sich also eindeutig unter unmit- telbarer und massiver Einflußnahme seitens KPdSU und SMAD. Fortlaufend fanden Besprechungen in Karlshorst statt, in denen je- weils die nächsten Schritte festgelegt wurden.³¹ Die endgültige Ent- scheidung über die Modalitäten der Gründung der SED fiel bei Sta- lin – im Ergebnis einer geheimgehaltenen Reise Walter Ulbrichts nach Moskau in der Zeit zwischen 28. Januar und 6. Februar 1946.³²

Unter den Wirkungen der massiven kommunistischen Vereinigungskampagne stehend, die kaum noch Raum für vernünftige Problemdiskussionen ließ, vor allem aber unter dem sowjetischen Druck und dem der faktischen politischen Isolierung sah sich der ZA der SPD schließlich – wie man gegenüber westalliierten Gesprächspartnern deutlich machte³³ – in einer ausweglosen Situation. Am deutlichsten artikulierten Grotewohl und Dahrendorf das in einem Gespräch mit Christopher Steel, dem Leiter der politischen Abteilung der britischen Militärregierung, Anfang Februar 1946. Steel berichtete hierüber nach London: »Was sie sagten, war nicht ermutigend... Grotewohl sagte..., sie würden nicht nur persönlich unter stärksten Druck gesetzt (er sagte, sie würden von russischen Bajonetten gekitzelt), ihre Organisation in den Ländern sei vollkommen unterwandert. Männer, die ihm noch vor vier Tagen versichert hätten, sie seien entschlossen, Widerstand zu leisten, flehten ihn nun an, die Sache hinter sich zu bringen. Auf diese Leute sei jede nur mögliche Art von Druck ausgeübt worden, von dem Versprechen, ihnen einen Arbeitsplatz zu besorgen bis zur Entführung am helllichten Tag, und wenn er, Grotewohl, zusammen mit dem Zentrallausschuß den Widerstand fortführen würde, dann würden sie ganz einfach abgesetzt und durch Provinzausschüsse ersetzt werden. Im übrigen habe weiterer Widerstand auch keinen Sinn mehr, da sie sich von uns keine Hilfe mehr erhofften.

Auf meine Frage, was er damit meine, sagte Grotewohl, offensichtlich sei der »Eiserne Vorhang« (er gebrauchte diesen Ausdruck) unverrückbar. Die Franzosen würden jeden Ansatz zur Einheit Deutschlands abblocken, und unter diesen Umständen sei jede Unterstützung wirkungslos... Dahrendorf sprach davon, sie hätten bis zum Einsatz ihres Lebens Widerstand geleistet...«³⁴

In der entscheidenden Sitzung des Zentrallausschusses mit den Bezirks- bzw. Ländervertretern am 11. Februar 1945 gaben schließlich diese den Ausschlag für eine Fusion im Rahmen der SBZ. Es ist in diesem Zusammenhang meist darauf abgehoben worden, daß in den Ländern der SBZ offensichtlich die Mehrheit der Sozialdemokraten für eine solche Fusion gewesen sei – doch sicher ist das nicht, wie nicht zuletzt aus der nach wie vor heftigen Kritik an der KPD und geäußerten sozialdemokratischen Befürchtungen wahrscheinlicher Dominierung der Einheitspartei durch die KPD sowie dem starken Wunsch nach einer Urabstimmung auch noch zu diesem Zeitpunkt hervorgeht.³⁵

»Aber sage mir um Himmelswillen«, schrieb am 23. Januar 1946 in diesem Zusammenhang auch ein solch unbeirrter Verfechter der Einheitspartei wie Otto Buchwitz an Grotewohl, »wenn die ganze Abstimmungsmaschinerie negativ stimmt, verzichten wir dann darauf, unsere geschichtliche Aufgabe zu erfüllen?«³⁶ – Doch selbst wenn letztlich eine sozialdemokratische Mehrheit in der SBZ für die Vereinigung zustandegekommen wäre, wäre dies noch kein aussagekräftiger Fakt und könnte unter den gegebenen Bedingungen und Umständen nicht als ein Ergebnis demokratischer, freier Willensbildung und Entscheidung gewertet werden.

Der ZA und immer mehr Sozialdemokraten in der SBZ mußten im Laufe des Februar und März 1946 erkennen, daß sie nun mit der

29 Bockow: »Anweisung der Kommandanten auf ortsruppenmäßige Vereinigung.« (sic!) »Pieck-Notizen«, S.67. Siehe auch Hurwitz 4/2, S. 681.

30 Siehe Malycha: Auf dem Wege..., S. 367ff.

31 Siehe »Pieck-Notizen«, S.62-73.

32 Siehe ebenda, S. 68/9.

33 Siehe verschiedene Belege bei Hurwitz 4/2, S. 696ff.

34 Public Record Office, London, FO 371/55360/C 1480/2/18. Zit. nach Rolf Steininger: Deutsche Geschichte 1945-1961, Bd.1, Frankf.a.M. 1983, S.164.

35 Siehe Malycha: Auf dem Wege..., Einleitung, S. CIIIf. sowie Quellen, S. 367ff.

36 Malycha: Auf dem Wege..., S. 312.

KPD in einem Boot saßen, aus dem sie nicht wieder heraus konnten. Und es gab keine Rettungsringe! Der Möglichkeit einer Urabstimmung wie in (West)Berlin beraubt, traten immer mehr der ursprünglich Ablehnenden oder Zögernden die Flucht nach vorn an – in Richtung auf einen nun wenigstens innerhalb der künftigen SED herzustellenden starken sozialdemokratischen Einfluß, d.h. die Vereinigung war, trotz alledem, auch mit hohen sozialdemokratischen Hoffnungen und Erwartungen verbunden.

Die Dialektik der damaligen historischen Situation und die Kräftekonstellation brachten es mit sich, daß die KPD zum einen beachtliche reformkommunistische Positionen entwickelte, zum anderen Zugeständnisse machen mußte und/oder die SPD programmatisch viel Eigenständiges in den Vereinigungsprozeß einbringen konnte.

Es existierten zu berücksichtigende Vierzonen- und Viermächtegegebenheiten, der Partner der KPD war eine starke SPD-Organisation als Teilpartei, die über Selbstbewußtsein verfügte und auf tief verwurzelte Parteitraditionen zurückblicken konnte. Das Unterfangen, diese SPD auf den programmatischen Boden des Lenismus zu »bugsieren«, der von Sozialdemokraten traditionell als eine spezifisch russische Angelegenheit angesehen wurde, war aussichtslos – dafür hätten auch Zwang und Druck nicht ausgereicht!

Im Ergebnis definierte sich schließlich die SED gemäß den Beschlüßdokumenten des Vereinigungsparteitages³⁷ als eine »unabhängige«, »nationale« und zugleich »demokratische und sozialistische« Partei, deren Gegenwartsziel eine »antifaschistisch-demokratische, parlamentarische Republik« mit Gewissens-, Glaubens-, Meinungsfreiheit, umfassenden sozialen und Menschenrechten sei, bekannte sich zu einem »demokratischen Weg zum Sozialismus« in Verbindung mit der »Erkämpfung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse«³⁸, zu einer »sozialistischen Gesellschaftsordnung« mit einer »sozialistischen Warenwirtschaft«, in der auch »Klein- und Mittelbesitzer« ihren Platz haben, die eine »voll entfaltete Demokratie«, »ein Reich wahrer Freiheit und Menschlichkeit« schafft.

So erschien die SED-Gründung als die Schaffung einer wirklich neuen Partei, die die jeweiligen Schwächen und Einseitigkeiten von KPD und SPD überwinden, ihre besten Traditionen, Eigenschaften und jeweiligen Stärken zum Tragen bringen sollte. Programmatisch und zum Teil auch organisatorisch präsentierte sich die SED bei ihrer Gründung somit keinesfalls als bloße Fortsetzung der KPD.

Ganz im Gegenteil: Von der KPD der Weimarer Republik hatte sich oder schien die SED ziemlich weit entfernt und auf der Position eines »konsequenten Marxismus« näher an die westzonale Sozialdemokratie herangerückt.

Zwischen den Beschlüßdokumenten der SED-Gründungsveranstaltung und denen des Hannoverschen Parteitages der westzonalen SPD vom Mai 1946 gab es beispielsweise sehr weitgehende gesellschaftspolitische Entsprechungen. Und auch in der Demokratiefrage schienen die Unterschiede geringer zu sein, als sie es tatsächlich waren.

37 In den Grundsätzen und Zielen und im ebenfalls vom Vereinigungsparteitag angenommenen »Manifest an das Deutsche Volk«. Siehe Dokumente der SED, Bd.I, Berlin 1951, S. 5ff.

38 An diesem Punkte zeigten sich das grundlegende Demokratiedefizit des Marxismus (Habermas) bzw. die Grenzen des Demokratieverständnisses der KPD. Es bestand offensichtlich in der Vorstellung, daß die Arbeiterklasse auf demokratischem Wege die Macht erobert, um sie dann zur Ausübung ihrer historischen Mission auf unbestimmte Zeit und unabhängig von wechselnden Mehrheitsmeinungen zu nutzen. Diese Position teilten aber offensichtlich auch Sozialdemokraten wie Helmut Lehmann in seinem Artikel in H. 1 der Einheit u.a. Gerhard Eisler sprach das 1949 direkt aus: »denn als Marxisten müssen wir wissen, wenn wir eine Regierung gründen, ge-

Die einheitswilligen Sozialdemokraten, reformwilligen Kommunisten, insbesondere Mitglieder der KPD, die erst nach 1945 zu ihr gestoßen waren und denen der Leninismus so fremd war wie den Sozialdemokraten, stellten sich auf den Boden der Gründungsdokumente der SED, knüpften daran große Hoffnungen und erwarteten auch künftig das Beschreiten neuer Wege, bekannten sich deshalb zur Einheitspartei und engagierten sich mit gutem Gewissen im Sinne dieser Ziele und humanistischen Ideale. Der die Vereinigung begleitende oder gar überhaupt ermöglichende Zwang wurde mehrheitlich teils nicht gesehen, teils ignoriert, bagatellisiert oder mit »Bauchschmerzen« verdrängt, außerdem waren die Vereinigungsparteitage auch geprägt von Emotionen und viel Überzeugung, das Richtige zu tun und etwas Bedeutendes zu erleben.

Trotz der schweren Hypothek, die infolge der sowjetischen Druck- und Zwangsmaßnahmen und der kommunistischen Pressions- und Überraschungstaktiken auf der Gründung der SED lastete, verband sich mit ihr vielleicht doch auch eine historische Chance, wie das die übergroße Mehrheit ihrer Mitglieder reflektierte – eine historische Chance für die Fortsetzung einer zwar konsequenten und zum Teil radikalen, aber zugleich um Mehrheiten und gemeinsame Blockbeschlüsse bemühten Politik antifaschistisch-demokratischer Umgestaltungen und demokratischen Neuaufbaus, die sich im Rahmen des alliierten Deutschlandkonsenses hielt und sich als Teilschritt auf dem Wege zu einer Vier-Mächte-Regelung der deutschen Frage verstand?

Und diese Chance wurde auch tatsächlich, zumindest partiell, genutzt: über die Enteignung der »Nazi- und Kriegsverbrecher« wurde in einem Volksentscheid demokratisch entschieden, die Landtagswahlen 1946 wurden mit getrennten Parteilisten alles in allem als (soweit unter Besatzungsbedingungen möglich) freie und geheime Wahlen durchgeführt, an deutsches Staatsrecht anknüpfende demokratische Länderverfassungen entstanden.

In diesem Sinne hervorzuheben ist auch die Arbeit des Deutschen Volksrates und seiner Ausschüsse. So orientierte Otto Grotewohl auf der 4. Tagung des Deutschen Volksrates im Zusammenhang mit den zu verabschiedenden Richtlinien für eine Verfassung darauf, daß das Verfassungswerk »aus spezifisch deutschen geschichtlichen Erfahrungen geschöpft werden« müsse, »es kann nicht nach den Auffassungen unserer Besatzungsmächte wachsen, sondern es muß sich völlig unabhängig nach deutschen Gesichtspunkten orientieren«, auf einer »für ganz Deutschland tragbaren mittleren Linie...«³⁹ Daraus entstand die pluralistisch-«realdemokratisch« ausgerichtete Verfassung für eine deutsche demokratische Republik, die dann durch eine Reihe besonderer Umstände zur ersten Verfassung der DDR, für die sie eigentlich gar nicht vorgesehen war, avancierte. Von den Gründungspositionen der SED führte weiter eine Entwicklungslinie zum dezentralisiertem Landeseigentum der enteigneten Großbetriebe und zum Konzept der Mehrsektorenwirtschaft, zur Fortsetzung der Blockpolitik, zu relativer kulturpolitischer Weite und Vielfalt, was sich in Literatur, Kunst und Film widerspiegelte, zum Anknüpfen an die deutsche Reformpädagogik in der Schul- und Bildungsreform, zu kommu-

ben wir sie niemals wieder auf, weder durch Wahlen noch durch andere Methoden. (Walter Ulbricht: Das haben einige noch nicht verstanden.)«.

Stenogr. Niederschr. von der 22.(36.) Tagung des Parteivorstandes der SED am 4.10.1949. SAPMO Barch ZPA IV 2/1/36, Bl. 39.

39 Deutschlands Stimme, 8.8.1948, S.5. Die SMAD reagierte prompt mit dem Vorwurf des »Objektivismus«. Siehe »Pieck-Notizen«, S. 236f.

40 Und es gilt auch für die spätere Entwicklung zu bedenken, daß der Bruch, der 1948 eingeleitet wurde, zwar einschneidend, aber nicht total war. Allerdings waren mit der Einführung des sowjetischen »Grundmodells« in Wirtschaft und politischem System Rahmenbedingungen gesetzt, die Reformbemühungen nunmehr erschwerten und in ihren Möglichkeiten beträchtlich einengten.

41 Z.B. willkürliche Inhaftierungen, Methoden in den Internierungslagern und deren Umfunktionierung etc.

42 Das weisen die unkorrigierten (!) Wortprotokolle der Vorstandssitzungen in den ersten Jahren deutlich aus.

nal- und sozialpolitischen Aktivitäten, in denen auch sozialdemokratisches Gedankengut und sozialdemokratische Traditionen ihre gewandelte Fortführung fanden.⁴⁰

Zugleich aber machte die Fusion von KPD und SPD wie in einem Brennglas tiefgreifende Antinomien deutlich, von denen die sowjetische Deutschland- und Besatzungspolitik und korrespondierend damit auch die Politik der Führung der KPD gekennzeichnet waren. Denn gleichzeitig und an Einfluß zunehmend wirkten solche Komponenten, die in Richtung auf unbedingte Absicherung sowjetisch-kommunistischer Herrschaft in der SBZ zielten, die mit leninistisch-stalinistischen Denkmodellen und Praktiken⁴¹ zusammenhängen und Tendenzen oktroyierter Sowjetisierung und von Selbstsowjetisierung hervorbrachten. Die SED bot zwar anfangs und noch einige Zeit das Bild von zwei Parteien in einer, es gab ein reges innerparteiliches Leben mit offenen und zum Teil kontrovers geführten Diskussionen – selbst im Parteivorstand.⁴² Aber es gelang den KPD-Kadern zunehmend, gestützt auf die sowjetische Besatzungsherrschaft, ihre Organisationserfahrung, Geschlossenheit etc., die SED und insbesondere auch deren Führung zu dominieren. Für die SMAD und Stalin erschien es offensichtlich selbstverständlich, daß sich die Beziehungen zur SED genauso gestalteten, wie bisher zur KPD. Der entscheidende Beratungs- und Weisungsstrang von Moskau/SMAD zur SED führte in erster Linie über Pieck und dann über Ulbricht. Das war äußerst gravierend. Es gab nun in der SBZ keine Arbeiterpartei mehr, die, wie die SPD 1945/46, zwar der sowjetischen Besatzungsgewalt unterworfen, aber der KPdSU gegenüber unabhängig war! Für die KPD-Führung – und noch weniger für Stalin – konnte – aus ihrer Welt- und ihrem Selbstverständnis heraus – die anvisierte SED offensichtlich niemals etwas anderes als eine modifizierte Fortsetzung der KPD sein. Das hing sicher auch mit nicht oder nur teilweise überwundenen alten – berechtigten, aber auch unberechtigten und selbstgerechten – kommunistischen Anti-SPD-Einstellungen zusammen, die im Hinblick auf die Nachkriegssozialdemokratie und insbesondere auf die SPD der SBZ schon gar nicht gerechtfertigt waren. Die durch die Komintern geschulden und »gestählten« Kader konnten aus ihrer Haut nicht heraus. Zudem waren sie gezeichnet von den in Moskau erlebten stalinschen »Säuberungen« und Prozessen und mußten außerdem in der SBZ unter direkter sowjetischer Herrschaft wirken. Wenn man unter sich war, ließ man an der beabsichtigten Dominierung der SED keinerlei Zweifel aufkommen.

So erklärte Wilhelm Pieck in einer erweiterten Sitzung des Sekretariats des ZK der KPD am 22. Dezember 1945: »Wir werden dann – darüber besteht kein Zweifel – den bestimmenden Einfluß in der gemeinsamen Partei haben, was auch selbstverständlich ist.«⁴³ Ganz in diesem Sinne tadelte Wilhelm Pieck den thüringischen Landesvorsitzenden der KPD, Werner Eggerath, weil dieser auf dem letzten Landesparteitag sein Referat mit der Feststellung beendet hatte, daß die KPD nunmehr, mit dem Eintritt in die SED, ihr ruhmreiches Banner einziehen und dafür das größere Banner der Einheitspartei aufziehen werde. Pieck stellte vor den Delegierten

43 Siehe Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Bd.2, a.a.O., S.380.

klar, »daß die Kommunisten niemals ihr Banner einziehen würden, ja nicht einziehen könnten, denn ihr Banner sei ihre wissenschaftliche Weltanschauung, der Marxismus-Leninismus. Diese Wissenschaft gelte es nun in der vereinigten Arbeiterpartei zur Grundlage allen Handelns, zum weithin leuchtenden Panier zu machen.«⁴⁴ Und Hermann Matern äußerte sich im internen Kreis sächsischer KPD-Sekretäre am 14. Februar 1946 ähnlich. Mit Blick auf die Entwicklung in Rußland von Februar bis Oktober 1917, wo es den Kommunisten gelungen sei, »Reformismus« und »Paktierertum« in der Arbeiterbewegung auszuschalten, stellte er fest: »Unser Weg ist etwas anders, aber im Wesen derselbe. Unser Weg ist die Einheit der Arbeiterklasse herzustellen durch die Vereinigung von zwei Arbeiterparteien, um auf diesem Wege den reformistischen, opportunistischen und Paktierereinfluß in der Arbeiterbewegung auszuschalten. Aber, Genossen, das müssen wir verstehen, das ist ein Prozeß, der sich auch nach der Vereinigung fortsetzt. Ich weiß nicht, ob ihr mich verstanden habt, Genossen?«⁴⁵ Mit der Gründung der SED setzten KPD und KPdSU ihre unmittelbaren Ziele durch: Über eine von den KPD-Kadern dominierte SED konnten die kommunistischen Machtpositionen in der SBZ nicht nur gesichert, sondern ausgebaut werden. Die Gefahr einer Wahlniederlage der KPD war gebannt; die SED erlitt zwar bei den Wahlen in Berlin eine empfindliche Schlappe⁴⁶, erreichte aber bei den Wahlen in den Ländern der SBZ beachtliche Ergebnisse – und das sicher nicht zuletzt durch die Wähler, die sonst SPD gewählt hätten! Bereits der 2. Parteitag der SED im September 1947 lief unter der Präsidentschaft von Hermann Matern weitgehend wie ein kommunistischer Parteitag ab und stieß viele Sozialdemokraten vor den Kopf. Der sozialdemokratische Unmut äußerte sich auf der 1. Tagung des Parteivorstandes am 25. September und auch im Zentralsekretariat am 13. Oktober 1947. Nach den handschriftlichen Notizen Wilhelm Piecks gaben ehemalige Sozialdemokraten den sozialdemokratischen »Mißstimmungen« mit folgenden Worten Ausdruck: »Sozialdemokratische Genossen sagen – So haben wir uns [das] nicht vorgestellt wir sind überfahren worden jetzt haben uns die Kommunisten, wohin sie uns haben wollten, jetzt sind wir nur noch die komm. Partei« (Meier); »wie Katholikentag org.« (Lehmann); »wir haben den Kampf verloren« (Gniffke); »Auftreten sowj. Delegation u. Begrüßung nicht als Höhepunkt Hoch auf KPdSU und ›Führer‹ Stalin Matern als Präsident des Parteitages zu sehr auf Osten festgelegt Parteitag gebe nicht Massenstimmung wider in Partei Apathie, Resignation Unzufriedenheit bei SPD-Genossen Personalpolitik Mißtrauen gegen Osten« (Litke).⁴⁷ Und über »Stimmungen« im Zentralsekretariat notierte Pieck: »K.sehen Parteitag im Übergang zur KP an« (Behling); »zu sehr komm. Methoden« (Karsten); »›Führer‹ Stalin mißfallen« (Käthe Kern).⁴⁸ Hier wurde durchaus richtig benannt, was vor sich ging. Aber die ehemaligen Sozialdemokraten konnten sich gegenüber den Kommunisten nicht behaupten. Ihre Kräfte wurden auch durch den scharfen Konfrontationskurs der Schumacher-SPD zur SED und den daraus erwachsenden Kampf der SED gegen »den Sozialdemokratismus« paralyisiert.

44 Werner Eggerath: Die fröhliche Beichte. Ein Jahr meines Lebens, Berlin 1975, S. 399.

45 Zit. nach Malycha: Auf dem Wege..., Einleitung, S. XCVIII.

46 Dadurch sahen sich KPdSU und die KPD-Kader in ihrem Drängen auf Einheitswahllisten bestärkt, wie sie dann vor den nächsten, auf 1950 verschobenen Wahlen gegenüber den anderen Blockparteien durchgedrückt wurden. Siehe »Pieck-Notizen«, S. 339f.

47 SAPMO Barch ZPA 36/556, Bl.47/48.

48 Ebenda, Bl. 195/96.

49 So beschwerte sich Friedrich Ebert Anfang Juni 1953 in einer der wenigen Politbürositzungen, in der es zu einem offenen Meinungsaustausch kam, darüber, daß es offensichtlich »2 Gruppen von Politbüromitgliedern« gebe und daß er sich » nicht genug gleichberechtigt« fühle. Nach den handschriftl. Aufzeichnungen Grotewohls. SAPMO Barch ZPA NL 90/699, Bl.35.

50 Siehe »Pieck-Notizen«, S. 216ff.

51 13.Tagung (Anm.14), Bl.191.

52 Ebenda, Bl.218.

53 Ebenda, Bl. 184

54 Ebenda, Bl.36ff.

55 »Pieck-Notizen«, S. 256. Davon abweichend, konnten dann in den 50er

Viele ehemalige Sozialdemokraten konnten und wollten diese Entwicklung nicht mitvollziehen; sie verließen die SBZ, die Prominentesten unter ihnen Gniffke und Thape, oder wurden meist Opfer von »Parteisäuberungen« oder gar von sowjetischen Militärtribunalen. Andere ordneten sich unter oder paßten sich an, wurden zu »Leninisten«, denen aber weiterhin ihre sozialdemokratische Vergangenheit, sie irgendwie herabstufend, »anhing«⁴⁹ oder die von ihr »eingeholt« wurden, wie Max Fechner 1953, als er im besten sozialdemokratischen Verständnis und mit Bezug auf die DDR-Verfassung (!) das Streikrecht der Arbeiter öffentlich anerkannte.

Die kommunistische Dominierung der SED und ihre allmähliche Transformierung zu einer kommunistischen Partei schloß natürlich ein, daß KPdSU und SMAD auch weiterhin einen unmittelbaren, über die bloße Wahrnehmung von Besatzungsgewalt hinausgehenden starken Einfluß ausübten und insbesondere den Weisungen des »Führers« Stalin unbedingt Folge geleistet wurde. So ging die von den KPD-Kadern seit Sommer/Herbst 1948 betriebene – und von Grotewohl u.a. ehemaligen Sozialdemokraten mitgetragene »Weiterentwicklung« der SED zur »Partei neuen Typus«, zu einer bolschewistischen Partei, auf Forderungen Tulpanows zurück, die er in einem Memorandum bzw. Vortrag im Mai 1948 entwickelt hatte⁵⁰ und ergab sich außerdem aus der Einbeziehung der SED in die scharfen Auseinandersetzungen Stalins bzw. des Kominform mit Tito und »nationalistischen Abweichungen« in Polen. Und das hatte auch weitgehende inhaltliche Konsequenzen. Konzept und Begriff des »besonderen deutschen Weges zum Sozialismus« wurden in scharfen Auseinandersetzungen schließlich von Anfang an für falsch erklärt, und in reuiger Zerknirschung stellte Ackermann selbst fest: »Und nun möchte ich offen und ohne jede Einschränkung erklären: die These von einem besonderen deutschen Weg zum Sozialismus ist eine falsche, gefährliche und faule Theorie, die wir ausmerzen müssen.«⁵¹ Wilhelm Pieck wies in diesem Zusammenhang auch darauf hin, daß die im Aufruf der KPD gebrauchte Formulierung, nicht das Sowjetsystem einführen oder gar aufzwingen zu wollen, in Übereinstimmung mit Stalin taktisch »für zweckmäßig erachtet« worden war und fuhr fort, »heute würden wir das niemals mehr schreiben können.«⁵² Und quasi als Fazit interpretierte Oelsner die erarbeiteten Thesen zur Novemberrevolution: »Es wird daher aufgezeigt, daß unser Weg selbst unter Berücksichtigung der Besonderheiten prinzipiell der gleiche revolutionäre Weg des Marxismus-Leninismus ist, ein Weg, der nur über die politische Herrschaft der Arbeiterklasse, d.h. über die Diktatur des Proletariats, zum Sozialismus führt.«⁵³ Mit dem sowjetischen Weg wurde zugleich von Walter Ulbricht die (falsche und schädliche) Stalinsche These von dem sich gesetzmäßig verschärfenden Klassenkampf beim Übergang zum Sozialismus auch für die SBZ übernommen.⁵⁴

Und Wilhelm Pieck formulierte in seinem Redemanuskript für die Beratung bei Stalin im Dezember 1948: »Wir denken noch nicht, zur allg. Enteignung der Betriebe überzugehen.«⁵⁵ Die SED mutierte zur faktischen Fortsetzung der KPD, die nun nur – und unter Einverleibung der Sozialdemokraten – unter einem neuen Namen

firmierte. Allerdings, ohne das einzugestehen, und es gab kein neues Parteiprogramm. Schließlich wurde auch mit Zentralkomitee und Politbüro die kommunistische Parteiorganisation »wiederhergestellt«.

Von diesen Vorgängen aus betrachtet, scheint es so gewesen zu sein, daß die reformkommunistischen Ansätze offensichtlich auch bei denen, die sie besonders stark verfolgt haben, das fortbestehende leninistisch/stalinistische Denkgebäude und Selbstverständnis nicht entscheidend aufgebrochen haben. Beides stand ambivalent nebeneinander, wobei man sich dieser Ambivalenz vielleicht gar nicht bewußt war oder sich schizophoren darüber hinwegtäuschte. So, wenn man sich beispielsweise vergegenwärtigt, daß die Beschlüsse über die »Partei neuen Typus« mit der Arbeit des Deutschen Volksrates und seiner Ausschüsse parallel liefen und zugleich – gemäß der Forderung Stalins⁵⁶ – verbunden wurden mit einer entschiedenen Verstärkung der gesamtdeutschen Ausrichtung der Politik der SED und dem formulierten Ziel, »daß wir in der Ostzone eine solche Politik verwirklichen, die in ganz Deutschland realisierbar ist, von der die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland überzeugt werden kann.«⁵⁷ Bleibt als Fazit: Die Entstehung der SED ist somit als ein äußerst komplexes und widersprüchliches historisches Ereignis anzusehen, das sich nicht nur auf die taktischen Absichten und Maßnahmen sowjetisch-kommunistischer Provenienz reduzieren läßt⁵⁸, aber doch davon überschattet und schwer beschädigt wurde. Äußerst negativ wirkten kommunistische Hybris und Machtpolitik, eine sowjetische Besatzungsgewalt, die sich in diesem Fall nicht gegen Faschisten und Militaristen richtete und legitimierte, sondern gegen Sozialdemokraten und damit gegen Potentiale von Antifaschismus und Demokratie in Deutschland – und das war nicht zu rechtfertigen, mit welchen Gründen und Argumenten auch immer. Und das gilt auch dann, wenn man die Zuspitzungen der damaligen Ausnahme-, Not- und unentschiedenen Umbruchsituation zwischen Nationalsozialismus, Krieg und Nachkrieg in Rechnung stellt. Die Gründung der SED vertiefte den Graben zwischen Ostzone und Westzonen und die Gegensätze in Berlin ungemein. Wenn es Stalin mit der Herstellung der Einheit Deutschlands als erstem sowjetischen Prioritätsziel ernst war⁵⁹, dann hatte er mit der praktizierten Beförderung der SED und dem aufbrechenden Konflikt mit der westdeutschen SPD die Erreichung dieses Zieles selbst untergraben und einen Beitrag zur Ost-West-Teilung geleistet. Das erkannte er offensichtlich nachträglich selbst und deshalb offerierte er, um eine Vier-Mächte-Regelung der deutschen Frage zu erleichtern, seit Herbst 1946 eine Wiederezulassung der SPD in der SBZ.⁶⁰ Darauf stellte sich die SED-Führung nur sehr widerwillig ein⁶¹, und zu ihrer Erleichterung zeigte Schumacher – schon fest auf die (zeitweilige) Abschreibung der Ostzone und auf einen westdeutschen Alleingang im Rahmen des Konturen annehmenden Westblocks fixiert – daran kein Interesse.

So kam es nicht zur Wiederezulassung der SPD in der SBZ⁶², wodurch eine wesentlich geänderte Lage entstanden wäre. Aber auch ohne darüber zu spekulieren, relativiert allein diese faktische Möglichkeit die Gründung der SED und vor allem eine Sicht auf diese

Jahren bekanntlich doch eigenständige Wege beschritten werden.

56 Siehe ebenda, S. 259ff.

57 Stenogr. Niederschrift von der 17.(31.) Tagung des Parteivorstandes der SED am 9./10.3.1949. SAPMO Barch ZPA IV 2/1/13, Bl.7f.

58 Und damit auch nicht auf den Begriff der Zwangsvereinigung, der die berechnete Sicht der Einheitsgegner auf die SED-Gründung zum Ausdruck bringt, aber die Komplexität nicht abdeckt.

59 Was nach wie vor kontrovers diskutiert wird, wofür aber vieles spricht. Siehe Wilfried Loth: Stalin, die deutsche Frage und die DDR. Eine Antwort an meine Kritiker, in: Deutschland-Archiv 3/1995, S.290ff. Die Position des Verf. hierzu: Rolf Badstübner: Die sowjetische Deutschlandpolitik im Lichte neuer Quellen, in: Die deutsche Frage in der Nachkriegszeit, hrsg. v. Wilfried Loth, Berlin 1994, S. 74-107.

60 Erstmals über Karlshorst im Dezember 1946 und dann im Januar 1947 in Moskau unmittelbar. Siehe »Pieck-Notizen«, S. 95/96 u. 112.

61 Siehe Stenogr. Niederschrift von der 11. Tagung des Parteivorstandes der SED am 21./22.Mai 1947. SAPMO Barch IV 2/1/10, Bl. 20. Siehe auch »Pieck-Notizen«, S. 128.

62 In Berlin konnte aufgrund eines Kompromisses zwischen den Alliierten die SPD in Ostberlin fortbestehen, wofür die SED in Westberlin zugelassen wurde.

Gründung im Sinne geschichtlicher »Gesetzmäßigkeit« und Unausweichlichkeit. Davon ausgehend, drängt sich am Ende sogar die Frage auf: Wäre es unter den gegebenen Umständen und Möglichkeiten für die SBZ/DDR zweifellos nicht günstiger gewesen, wenn eine auf dem Boden eines »konsequenten Marxismus« stehende SPD in der SBZ weiterexistiert hätte, d.h., wenn KPD und SPD lediglich ihre enge Zusammenarbeit fortgeführt hätten?

ULLA PLENER

Kurt Schumacher und Kommunisten in den Konzentrationslagern (1933-1943)

Am 1. Februar 1933, zwei Tage nachdem Hitler Reichskanzler wurde und damit die faschistische Herrschaft über Deutschland begonnen hatte, rief Kurt Schumacher auf der antifaschistischen Kundgebung der Eisernen Front in Stuttgart aus: »In der Stunde der Gefahr wenden wir uns auch an die kommunistischen Arbeiter, denn nicht Bruderkampf, sondern Klassenkampf tut not... Die neue Epoche des Kampfes gegen den Faschismus sollte auch ein neues Verhältnis zwischen uns und den Kommunisten einleiten.« Fünf Monate später wurde Schumacher in Berlin verhaftet und für zehn lange Jahre in die faschistischen Konzentrationslager Heuberg, Oberer Kuhberg (1933-1935) und Dachau (1935-1943) gesperrt. Tausende andere Sozialdemokraten und noch viel mehr Kommunisten traf das gleiche Schicksal. Sehr viele von ihnen führte das gemeinsam Erlebte zu dem festen Entschluß: Nie wieder Bruderkrieg. Für viele hieß das: die organisatorische Spaltung überwinden, sich zusammenschließen, eine gemeinsame Partei schaffen. Kurt Schumacher gehörte nicht zu ihnen. Seine »einmal gewonnenen« und in seinem Gedächtnis »gespeicherten Erfahrungen aus den vergangenen Jahren« (W. Brandt) ließen ihn nicht los, er konnte und wollte nichts vergessen.

Unparteiische Zeitzeugen wie Propst Heinrich Grüber, 1940-1941 in Sachsenhausen, 1941-1943 in Dachau inhaftiert, erinnerten sich an »die unerfreulichen Situationen im Lager«, die auf das in der Weimarer Zeit gewachsene gegenseitige Mißtrauen von Kommunisten und Sozialdemokraten zurückgingen.¹ In der Schumacher-Biographie wird weitgehend übereinstimmend hervorgehoben, er habe sich in den KZ den Kommunisten gegenüber abweisend verhalten, jeden Kontakt abgelehnt; auch Kommunisten sollen ihn weiterhin als einen Feind behandelt haben. Nicht wenige Quellen vermitteln ein differenzierteres Bild. Die Fakten sollen an dieser Stelle mitgeteilt werden, da sie in anderen Darstellungen kaum, meistens gar nicht vorkommen.

Lebensrettende menschliche Anteilnahme

Als einarmiger Kriegsinvalid war Schumacher besonders auf die menschliche Solidarität der Mithäftlinge angewiesen. Peter Merseburger vermerkt als einer der wenigen Biographen, auch mitgefangene Kommunisten hätten ihm diese nicht versagt: »Junge kommunistische Häftlinge ›bauen‹ ihm das Bett, putzen das Aluminiumgeschirr und halten seine Kleider sauber...«² Doch verschweigt

Ulla Plener – Jg. 1933,
Historikerin, Berlin.

E. Roßmann nach 26 Stunden Aufenthalts im KZ Heuberg: »Ich war am Zusammenbrechen. Als die kommunistischen Kameraden es

bemerkten, nahmen sie sich meiner mit rührender Fürsorge an. Von den kärglichen Vorräten reichte mir der eine einen Schluck Kaffee, der andere ein Stück Brot, der dritte eine Messerspitze Butter, der vierte einen Rest Käse. Der Älteste von ihnen, ein Schreinergehilfe aus Stuttgart, ... hatte mir das Bett gerichtet. Die Namen der meisten Kameraden in dieser Stube habe ich vergessen. Unvergessen aber bleibt das reine Menschentum, das sie am Abend dieses schweren Tages mir gegenüber offenbarten.« E. Roßmann: Ein Leben für Sozialismus und Demokratie, Stuttgart und Tübingen 1947, S. 71/72.

er (wie andere Autoren auch) darüber hinausgehende Informationen über das Verhalten von Kommunisten den Sozialdemokraten gegenüber, so wenn er aus den Erinnerungen Erich Roßmanns über das Erlebte im KZ Heuberg nur zitiert, wie Schumacher (er war dort von Juli bis Dezember 1933) auf dem Kasernenhof herumgejagt wurde und mit seinem einen Arm auf dem ausgedehnten Gelände des Lagers kleine Kieselsteine in einen Eimer sammeln mußte, um sie dann am anderen Ende des Hofes wieder auszuschütten; Roßmanns Beschreibung der Hilfe, die Kommunisten ihm erwiesen (siehe nebenstehend), läßt er weg. Roßmann gehörte als einer der Spitzenpolitiker der SPD in Württemberg zu den von Kommunisten stets scharf angegriffenen »Bonzen« und hatte – ganz anders als Schumacher, und das war in Württemberg bekannt – vor den Nazis schon im März 1933 kapituliert, den Widerstand gegen sie gar nicht erst aufgenommen (was Schumacher ihm nie verziehen hatte); er schrieb seine Erinnerungen 1946/1947 in der amerikanischen Zone, hatte also keinen Grund, sich Kommunisten »anzubiedern«. Sollte ein Kurt Schumacher im KZ Heuberg anders als Roßmann von den Kommunisten behandelt worden sein? Der Mannheimer Kommunist Willi Hunzinger zollte Schumacher hohen Respekt, als dieser (im Unterschied zu Roßmann) es in Heuberg im Oktober 1933 abgelehnt hatte, dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund per Unterschrift zuzustimmen: Schumacher habe erklärt, er weigere sich, sich selbst und seine Weltanschauung zu diskriminieren ->»einwandfrei, das muß man sagen, was wahr ist, ist wahr«.³

Ähnlich in dem KZ Oberer Kuhberg bei Ulm. Tatsachen dazu finden sich in der von Silvester Lechner, dem Leiter der dortigen KZ-Gedenkstätte, 1995 anlässlich des 100. Geburtstages von Kurt Schumacher vorgelegten Dokumentation.⁴ Bei der Eröffnung einer diesem Anlaß gewidmeten Ausstellung auf dem Kuhberg am 19. November 1995 würdigte Lechner »zugleich seine (Schumachers) kommunistischen Mithäftlinge, die ihn von der ersten Stunde an als Kameraden und Leidensgenossen anerkannten und in den Lagern Heuberg, Kuhberg und Dachau dafür sorgten, daß der einarmige Kriegsversehrte durch unermüdliche Solidaritätshilfe das Lagerleben überstand.«⁵ In seiner Ansprache nannte Lechner für das KZ Kuhberg die Kommunisten Alfred Haag, Ludwig Herr (wie Schumacher einarmiger Kriegsinvalid und zusammen mit ihm in gleicher Weise gepeinigt) und dessen Sohn Fritz. In der Literatur werden auch Julius Schätzle und Alfred Lauterwasser genannt. S. Lechner schreibt in der Einleitung zur genannten Dokumentation: Wie auf dem Kuhberg so auch in Dachau »hätte er nicht überlebt, wenn sozialdemokratische und auch kommunistische Häftlinge mit ihm nicht Solidarität geübt hätten.«⁶

Wie Alfred Haag und weitere Häftlinge wurde Schumacher am 11. Juli 1935 vom Kuhberg nach Dachau verlegt und blieb dort bis zum 16. März 1943. Als das KZ Dachau zeitweilig vom Oktober 1939 bis Anfang März 1940 geräumt wurde, war er mit weiteren Dachau-Häftlingen im KZ Flossenbürg inhaftiert. In Dachau und Flossenbürg war es vor allen anderen der Jungkommunist Karl Bergmann (1906-1977), der Schumachers Bett »baute« u.a.m. Er

war sein »Bursche«, erzählt Otto Wahl, der »ihm in allen praktischen Lebensdingen beistand, die Schumacher mit nur einem Arm nicht gut verrichten konnte, die aber unbedingt gemacht werden mußten, auch um einer Strafe zu entgehen: sich waschen, das Bett richten (»wie mit einem Lineal gezogen mußte das Bett tagsüber aussehen«⁷), Kleidung in Ordnung halten (vor Kriegsbeginn achtete die SS im Lager sehr streng auf Ordnung und Reinlichkeit). Bergmann war politisch nicht besonders gut gebildet, machte aber bei allen kommunistischen Aktionen mit. Er war ein richtiger Kerl und hatte ein gutes Herz. Er blieb bis zum Schluß in Dachau... Nach 1945 war er Kommunist und Mitglied der KPD geblieben.«⁸

Lebensrettend muß für Schumacher die Hilfe der kommunistischen Häftlinge gewesen sein, die in Dachau im Krankenbau tätig waren. (Nach einem Zeugnis von Propst Heinrich Grüber waren zu seiner Zeit im Dachauer Krankenrevier hauptsächlich Kommunisten beschäftigt, während die sogenannte Lagerselbstverwaltung im wesentlichen in Händen von, vor allem österreichischen, Sozialdemokraten gelegen habe.⁹) Genannt wird vor allem der Münchener Ludwig Wörl (1906-1967, in Dachau von Mai 1934 bis August 1942, anschließend und bis zum Schluß in Auschwitz), der vielen Menschen, darunter Juden, das Leben rettete. 1965 wurde er nach einem Bericht der »Süddeutschen Zeitung« von einem staatlichen Institut nach Israel eingeladen und gewürdigt. Die »Süddeutsche« teilte außerdem mit: »Zu seinen Dachauer Patienten gehörte auch Kurt Schumacher, der... mit aus der SS-Apotheke gestohlenen Medikamenten behandelt werden konnte.«¹⁰ Das Blatt verschwieg allerdings, daß Wörl Kommunist war und es bis zu seinem Tode blieb. (1995 wurde in München eine Straße nach ihm benannt...) Nach Aussage von Werner Brusckke, einem Sozialdemokraten, der 1945/1946 in Sachsen-Anhalt die Vereinigung mit der KPD aktiv betrieb, habe Schumacher in Dachau auch selbst zugegeben, »daß er den Kommunisten sein Leben verdanke«.¹¹

Es gab nicht wenige Gespräche

Die Quellen sagen auch aus, daß es nicht bei der Solidarität von Mensch zu Mensch geblieben war. Es gab auch, und wohl doch nicht wenige, Gespräche zwischen Schumacher und Kommunisten. Peter Merseburger berichtet: »Als er erfährt, daß junge kommunistische Widerstandskämpfer ins Lager eingeliefert wurden, bittet er einige von ihnen zu einem Gespräch. ›Ein Kamerad kam und sagte, Kurt Schumacher will dich sprechen‹, erinnert sich der ›Neuzugang‹ Hans Gasparitsch, Schriftsetzerlehrling und mit 19 Jahren einer der jüngsten politischen Häftlinge in Dachau. ›Da saß er in einer leeren Stube, wir zwei ihm gegenüber. Er hat uns ausführlich ausgehört über die politische Lage, über die Motivation unserer Gruppe, er wollte wissen, wer wir sind und woher wir kommen.«¹² Daß Schumacher mit Alfred Haag in Dachau viel gesprochen hat, bemerkte in einem Brief (1966) Paul Ströbel.¹³

Der Kommunist Otto Wahl hatte während seiner Dachauer Zeit (Mai 1938-September 1939) zwei längere Gespräche mit Schumacher. Initiiert wurden sie von Karl Wilhelm, einem politisch sehr interessierten Kommunisten und Kumpel von Otto Wahl, der nach

Otto Wahl erinnert sich besonders an drei von Schumachers Aussagen
1938/1939:
1. Schumacher sagte, er sei

vor 1933 nicht in allem mit der offiziellen SPD einig gewesen. Seine weltanschauliche Position liefe auf den Austromarxismus hinaus, die eine linkere war als bei den maßgebenden SPD-Führern.

2. Zur (organisatorischen) Einheit von Kommunisten und Sozialdemokraten sagte er, diese könne nicht zustandekommen, weil Positionen und Verhalten der Kommunisten von Moskau aus bestimmt würden. Solange das so sei, könne es auch keine Einheitsfront geben.

3. Schumacher war ein sehr überzeugter Antifaschist, aber auch Antikommunist. Wobei er von sich sagte, daß er eher ein Antibolschewist sei. Er unterschied zwischen KPdSU und den kommunistischen Parteien anderer Länder, zwischen Antibolschewismus und Antikommunismus. Schumacher befürwortete die russische Februar-Revolution, aber nicht die bolschewistische Oktober-Revolution. Die Bolschewiki hätten die Februar-Revolution nach Kerenski zum Schaden der Entwicklung in Rußland weitergeführt. Auf der Tagesordnung habe aber in Rußland die parlamentarische demokratische Republik gestanden, nicht eine sozialistische Republik, die zum Bürgerkrieg führte und viel Blutvergießen kostete. Schumacher war ein absoluter Gegner des Bürgerkrieges. Gespräch mit Otto Wahl am 8. Dezember 1995.

seiner Einlieferung ins Lager (Herbst 1938) mit Schumacher darüber reden wollte, daß und wie die Einheit der Arbeiterbewegung nach dem Sieg über den Faschismus (daß dieser Sieg kommen wird – davon waren die meisten politischen Häftlinge überzeugt) hergestellt werden sollte. Otto Wahl hatte die Gespräche vermittelt. Sie fanden, erzählt er, im Bereich des Appellplatzes im Hin- und Hergehen statt, und dabei wurden verschiedene Themen berührt: Schumachers vor 1933 vom Vorstand der SPD abweichende Position; seine ablehnende Haltung zur organisatorischen Einheit mit Kommunisten wegen deren Abhängigkeit von Moskau; seine vor allem antibolschewistischen Auffassungen, die seinen Antikommunismus erst begründeten (siehe nebenstehend). Gespräche politischen Inhalts, und zwar mit positiven Aussagen zur Einheit, muß es auch in Flossenbürg gegeben haben. Daran erinnert sich heute noch Franz-Josef Fischer, der zusammen mit Schumacher dort war, mit ihm an einem Tisch saß und noch dessen Worte im Ohr hat: Wenn der Krieg zu Ende ist, dürfe es keinen Bruderkampf mehr geben.¹⁴

An solche Gespräche – und die solidarische Hilfe der Kommunisten für Schumacher – erinnerten ihn sechs Münchener Kommunisten – Hans Kaltenbacher, Ludwig Wörl, Matthias Keller, August Baumann, Karl Frey und Roman Gebler, alle ehemalige Dachau-Häftlinge – in einem Offenen Brief vom 15. Januar 1946. Sie schrieben u.a.: »Kannst Du Dich vielleicht nicht mehr erinnern, daß es die Einheitsfront der Antifaschisten war, die vielen unserer besten Kameraden die Kraft gegeben hat, all das Schwere im KZ in der festen Gewißheit einer frohen und glücklichen Zukunft ohne Parteihader zu ertragen? Hast Du Flossenbürg vergessen? Hast Du vergessen die Zeichen wunderbarer und erhebender Kameradschaft, als wir 1940 nach Dachau zurückkamen, nicht mehr menschengleich? Waren es nicht Kommunisten, die Tag für Tag Dein Bett gemacht haben? Waren es nicht Kommunisten, die, ohne die Frage der Parteizugehörigkeit zu stellen, als Du schwerkrank und dem Erblinden nahe im Revier lagst, Dich mit aufopferungsvoller Liebe pflegten? Waren es nicht auch Kommunisten, die sich den letzten Bissen vom Munde sparten, die alles in Bewegung setzten und jede Gefahr der Bestrafung auf sich nahmen, nur um Dir Gutes zu erweisen? Und wir können uns noch gut erinnern, Kurt, daß Du in verschiedenen Diskussionen zugegeben hast, daß auch von der Sozialdemokratie Fehler gemacht wurden. Und weißt Du noch den Sonntag, als wir drei Stunden die Lagerstraße auf und ab gingen und zum Schluß das Gelöbnis ablegten, in der Zukunft nur einer Sache zu dienen? Und diese heißt die Einheit des Proletariats. ...«¹⁵

Es gab keine Antwort, aber auch kein Dementi auf diesen Brief aus dem »Büro Dr. Schumacher« (ab Februar 1946 »Büro der Westzonen«) in Hannover. Es gab eine Stellungnahme dazu vom 9. April 1946 von einem Hermann Peters aus Göttingerode/Harzburg, einem Sozialdemokraten, der 12 Jahre in KZ, darunter auch in Dachau, verbracht hatte. Auf den (aus den Reihen der KPD oder Kreisen der SMA initiierten) Anlaß der Stellungnahme wird unten noch eingegangen. An dieser Stelle sei daraus nur die Auskunft über die Unterzeichner des Offenen Briefes zitiert: »Diese Schrift

war unterschrieben von ehrlichen Genossen«. Und für Hermann Peters selbst hatte sich Schumacher in einem Brief vom 3. Mai 1946 »hundertprozentig befürwortend ausgesprochen«; er ging auch auf dessen Stellungnahme ein, ohne die sechs Münchener zu erwähnen, widersprach aber auch nicht ihrer Einschätzung durch Peters...¹⁶

Freunde unter Kommunisten

Es seien noch einige Zeugnisse für das in Einzelfällen freundschaftliche und warmherzige Verhältnis Schumachers zu Kommunisten angeführt – auch um auf eine in der Schumacher-Biographie sehr vernachlässigte Seite seiner Gefühlswelt hinzuweisen.

Das eine ist enthalten in einer Unbedenklichkeitsbescheinigung, die Schumacher einem Dachauer Leidensgenossen und Parteifreund im Juni 1947 ausstellte. Darin heißt es gleich zu Beginn: »Mit dieser Bescheinigung nehme ich erst zum zweiten Mal für einen früheren Schutzhaftgefangenen dokumentarisch Stellung. In dem ersten Fall handelte es sich um einen kommunistischen Lagerinsassen, dessen menschliche Anständigkeit und Sauberkeit in mehr als 10 Jahren Konzentrationslager erwiesen sind.«¹⁷ Annemarie Renger berichtet in ihren Erinnerungen: »Auch im KZ hat er (Schumacher) Gemeinsamkeiten mit den Kommunisten abgelehnt. Er erzählte mir von dem einzigen kommunistischen Mitgefangenen, den er zu seinen Freunden zählte. Von diesem Mithäftling hatte er gehofft, er würde sich nach dem Krieg zu den Sozialdemokraten bekennen. Als dies nicht geschah, war Schumacher sehr enttäuscht.«¹⁸ Vielleicht ging es hier um denselben Kommunisten.

Zu den Mitunterzeichnern des Briefes vom 15. Januar 1946 gehörte Robert Gebler (1896-?, in Dachau von November 1935 bis Juli 1944). Er war ein überaus musisch veranlagter Mensch: von Beruf Kunstmaler, schrieb Gedichte, auch in Dachau.¹⁹ 1946 war er noch Mitglied der KPD und unterzeichnete den Brief offensichtlich als Augen- und Ohrenzeuge der Fakten, die darin angeführt wurden. Im April 1947 teilte er Schumacher seinen Austritt aus der KPD mit, nachdem diese (im Februar 1947) beschlossen hatte, sich mit der SED zu vereinen: »Ich habe die Überzeugung gewonnen, daß die Einheit aller Schaffenden heute wie vor Jahrzehnten sich sobald nicht erfüllen kann, solange Haß und Unrecht, Intoleranz und Dummheit sich als Volksbeglucker aufspielen.«²⁰

Schumacher antwortete am 7. Mai 1947 mit einem sehr herzlich gehaltenen Brief.²¹ Er schrieb: »Lieber Mikky! Es hat mich sehr gefreut, daß Du im Malen doch wieder die Bejahung Deiner Persönlichkeit und Deines Menschturns gefunden hast. Wenn mich in den Jahren unseres Beisammenseins etwas bei Dir besorgt machte, dann war es die Frage, ob Du Dich von den Eindrücken von Dachau und des Dritten Reiches überhaupt noch einmal soweit erholen würdest, um die für das künstlerische Schaffen notwendige Unbefangenheit zurückzubekommen. Nun hat sich an Dir erwiesen, daß die Zeit, wenn auch nicht alle, so doch viele Wunden heilt. Es war mir klar, daß ein Mensch, der seine Zeit so intensiv erlebt hat wie Du, auch von den politischen Ereignissen nicht unberührt bleiben würde.« Und zu dem Politischen – zur Frage SPD oder KPD

Otto Wahl über Schumacher in Dachau:

Schumacher war kein Typ eines proletarischen Kumpels. Um ihn herum war so etwas wie ein Vakuum. Im Lager lief er meistens alleine umher - seltener mal mit dem einen, mal dem anderen Häftling. Erst 1938, als österreichische Sozialdemokraten nach Dachau kamen, hatte sich im Lager eine sozialdemokratische Gruppe gebildet. Es waren aber im Vergleich zu Kommunisten wenige Sozialdemokraten da, etwa im Verhältnis 500 zu 15 oder 100 zu 10. Gespräch mit Otto Wahl, a.a.O.

Propst Heinrich Grüber:
Schumacher litt, wie ich bei

den Machtkämpfen im Lager Dachau beobachtet hatte, unter einem antikommunistischen Komplex, der besonders gefährlich war, weil er ihn sich nicht eingestand. Dazu kamen seine ständige Gereiztheit, die durch körperliche Schmerzen bedingt war, und eine oft bis zur Gehässigkeit gehende Schärfe in der Diskussion. Heinrich Grüber: Erinnerungen..., a.a.O., S.252.

(denn nur um ein Entweder-Oder konnte es bei Schumacher gehen): »Jeder, der nicht der Gefangene alter gesellschaftlicher Vorstellungen war, mußte vor die Frage SPD oder KPD gestellt werden. Dabei war es gerade bei einem künstlerischen Menschen selbstverständlich, daß er die Dinge mehr intuitiv erleben würde. Ihn mit politischen Argumenten nach der einen oder anderen Richtung zu modeln oder zu überzeugen, ist mir immer zwecklos erschienen. Jeder mußte seine eigenen Gedanken und sein eigenes Schicksal erleben. Bei Dir war es mir von vornherein klar, daß Du auf dem kommunistischen Weg Steine finden würdest.« Schumacher hoffte, den Adressaten »auch für die Zukunft gesund und lebensfroh zu sehen« und grüßte ihn »in alter Kameradschaft« als »Dein Kurt Schumacher«.²²

In der Literatur wird über ein weiteres, ähnliches Beispiel berichtet: Leo Oesterle, seit 1935 als Kommunist in Dachau, wird vom Kommunisten Anton während dessen Unterhaltung mit Schumacher diesem vorgestellt und als Leser »unserer Lagerbibliothek« empfohlen. Schumacher habe »Interesse an dem jungen wissensdurstigen Häftling gefaßt«, führte ihn durch die Bücherei »und hielt ihm dabei sogar einen kleinen Einführungsvortrag über Literatur, über Bücher, die man hier ausleihen konnte, und über solche, die nicht in den Regalen der Lagerbücherei standen. Vor allem sprach er viel über sogenannte sozialkritische Literatur...« Der von Schumacher empfohlene »Ulenspiegel« Charles de Costers war dann das erste Buch, das Leo seit seiner Verurteilung in den Händen hielt. Schumacher sei für Leo »in diesen Monaten zu einem väterlichen Freund, mit dem er sich über seine geistigen und künstlerischen Interessen aussprechen konnte, vor allem auch über seine Neigung zu Malerei«, geworden. Aus irgendwelchen Quellen habe er Leo sogar Papier und Kohle zukommen lassen, und Leo konnte nunmehr mit dem Zeichnen beginnen...²³

Propst Heinrich Grüber:
»Kurt Schumacher hat schon früh die Entwicklung der VVN zu hindern versucht. Obwohl er im Lager Dachau keine besondere Funktion bekleidete, sondern mit anderen SPD-Leuten in der Bibliothek gearbeitet hatte, war er bereits dort einer der wichtigsten Männer. Seine Genossen hörten auf ihn. In allen Gesprächen mit ihm merkte man immer wieder eine immense Voreingenommenheit gegen die KPD. Meine letzten Auseinandersetzungen mit ihm, und zwar über die VVN, führten zu einem völligen Bruch zwischen uns, der von seiner Umgebung begrüßt wurde.«
Heinrich Grüber: Erinnerungen..., a.a.O., S.256.

Ein weiteres Zeugnis betrifft Alfred Haag (1904-1982), den Leidensgefährten auf dem Oberen Kuhberg und in Dachau. Auf dem Kuhberg war er neben Schumacher der zweite »Prominenz-Häftling«, »wie Schumacher ein Intimfeind der Nazis und von 1931 bis 1933 jüngster württembergischer Landtagsabgeordneter« (für die KPD) und wie dieser in einem der beiden käfigartigen Strafbunker eingesperrt.²⁴ Vor 1933 war er einer der verantwortlichen Herausgeber der Stuttgarter kommunistischen »Süddeutschen Arbeiterzeitung«, mit der Schumacher als Redakteur der »Schwäbischen Tagwacht« oft genug schneidend und unversöhnlich die publizistische Klinge gekreuzt hatte. Otto Wahl beschreibt ihn als einen »in jeder Hinsicht sehr radikalen Kommunisten«; als in Dachau 1939 der Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes bekannt wurde, habe er auf dem Appell-Platz ausgerufen, »wir seien verraten worden, und er sähe den Tag kommen, an dem Hitler und Stalin aus einem Krug saufen würden«. Möglicherweise hatte Schumacher (anders als Otto Wahl es annimmt) einen solchen Standpunkt registriert und mit Alfred Haag darüber gesprochen. In einem Brief an einen Parteifreund und »Dachauer« vom 26. November 1948 schrieb er: »Gefreut hat mich Deine Information über Alfred Haag. Hoffentlich geht es ihm erträglich. Seine Frau hat sich ja sehr für seine Rückkehr ange-

strengt. Wenn Du ihn siehst, dann grüße ihn von mir. Er war einmal eine Hoffnung der württembergischen Kommunisten. Dann haben ihm die primitiven Linientreuen seine anständige, offene und meist recht gescheite Kritik so sehr ins Wachs gedrückt, daß sie ihn am liebsten vernichten wollten. Ich glaube aber, daß er ein Mensch ist, der nicht kapitulieren will, und sein solider schwäbischer Dickkopf sträubt sich gegen die Uniformierung und Gleichschaltung. Hoffentlich war das, was er in den letzten Jahren in Rußland durchmachen mußte, nicht so sehr schwer für ihn.«²⁵

Es gab also mehr Beziehungen zwischen Schumacher und Kommunisten, als bislang in der Literatur berichtet wurde.

Erfahrungen von vor 1933 wogen schwerer

Nach 1945 lehnte es Schumacher stets ab, sich an Erinnerungsschriften über die Dachauer Zeit zu beteiligen. So schlug er in einem Brief an Roman Gebler vom 12. Januar 1949 ein solches Angebot aus.²⁶ Hans Gasparitsch findet es heute noch völlig unverständlich und verwerflich, daß Schumacher nach der Befreiung niemals an den internationalen Lagerfeiern teilgenommen hat. Wollte er nur nicht an die Leidensjahre erinnert werden? Oder wollte er vor allem nicht auf seine kommunistischen Lebensretter treffen, auch weil sie die Vorwürfe vom Januar 1946 wiederholen würden? Hinderte ihn sein Entweder-Oder-Denken? Seinen davon geprägten Standpunkt formulierte er, auf sich selbst bezogen (und in einem anderen Zusammenhang), in dem oben zitierten Brief an Roman Gebler 1947 so: »Aber entweder konzentriert man sich auf die von einer großen Partei gestellte Aufgabe, oder man lebt nur sein persönliches Leben. Beides verbinden läßt sich gerade in solchen Fällen nicht.« Die KZ-Erlebnisse, auch mit Kommunisten dort, waren sein »persönliches Leben« – und nach 1945 konzentrierte er sich ganz auf die sich selbst gestellte Aufgabe des Führers der SPD, die er neu begründen und zur führenden politischen Kraft in Deutschland gestalten wollte.

Für sein politisches Verhalten den Kommunisten gegenüber (oder sollte es genauer heißen: gegenüber der KPD, dem Parteikommunismus?) blieben die Erkenntnisse und Erfahrungen maßgebend, die er vor 1933 gewonnen hatte und die er bei Kommunisten für unumstößlich hielt: Ganz allgemein waren es ihre vorbehaltlose Bindung an das »primitive und imperialistische« Sowjetrußland, auch nachdem die Sowjetarmee das faschistische Deutschland vernichtend geschlagen hatte; das dogmatische und subjektivistische »revolutionäre« Weltbild, das ihrer voluntaristischen Praxis vor 1933 zugrundelag; das sektiererische und vom angemessenen Wahrheitsmonopol bestimmte Selbstverständnis der Parteiführung und des Parteiapparats; der damit verbundene persönlichkeitsverachtende Umgang mit dem einzelnen Parteimitglied. Im besonderen warf er den Kommunisten vor, durch ihren Kampf gegen die Weimarer Republik und gegen die Sozialdemokraten den Machtantritt des Faschismus gefördert zu haben.

Charakteristisch für Schumacher, den Entweder-Oder-Denker: Zu einer selbstkritischen Beurteilung der SPD-Politik vor 1933 blieb er unfähig, und die Einheit der Arbeiterbewegung konnte er

Leben (Dachau 1933)

Ich will es ertragen

Und in mir behalten, was du mir gebracht.

Dem einsamen Raunen in dämmernder Nacht

Nur will ich es sagen. -

Ich werd' es ertragen,

Denn noch ist in mir nicht das Hoffen zerbrochen.

Noch hör' ich die Stimme, die in mir gesprochen:

Du mußt es ertragen...

Robert Gebler: Aus

dämmernden Nächten,

a.a.O., S.13.

Niemands Knecht

...

Einmal schwindet auch die
Nacht,
die du sorgenvoll durch-
wacht.
Darum auf, vergiß es nicht,
Kämpfe, bis dein Leid zer-
bricht!
Denke, daß du niemand's
Knecht,
Denke, daß auch du ein
Recht
Endlich habest, frei zu
sein...
Rober Gebler, ebenda, S.
28.

sich ausschließlich organisatorisch und nur im Rahmen der sozialdemokratischen Partei vorstellen. In den ersten Januar-Tagen 1946 führte er zum wiederholten Male als Argument gegen die Vereinigung von SPD und KPD an: »Die Periode der Einheit gegen den Nazismus ist vorüber. Sie war und ist nur eine Einheit in der Negation. Jetzt, nach dem Sturz des Nazismus, muß der Weg zur Einheit im Positiven gefunden werden. Es müssen dafür zunächst die politischen Voraussetzungen vorhanden sein, d.h. eine gemeinsame ideologische Ausrichtung in den Zielen und in den dafür einzuschlagenden Wegen. Klar zu erkennen ist, daß die KPD-Leitung nach dem Zusammenbruch des Nazismus dem zweifellos vorhandenen Willen zur Einheit in den Massen der deutschen Arbeiterschaft nicht nachgab und sich nicht bereit fand, auf die Neugruppierung einer KPD im Interesse einer einheitlichen Arbeiterpartei zu verzichten.«²⁷

Schumacher dachte und handelte in dieser Frage genauso wie die KPD-Leitung. Schon im April/Mai 1945 begann er von Hannover aus²⁸ – gegen den auch von ihm eingestandenen Einheitswillen – mit dem Wiederaufbau der SPD, ebenso wie die Moskauer Führung der KPD gegen die organisatorischen Einheitsbestrebungen sofort ihre Partei wiederaufzurichten begann. Nicht anders als die Großmächte, die die 1945 gegebenen Chancen für einen Neuanfang in den internationalen Beziehungen sehr bald verworfen hatten, verbauten Schumacher und die KPD-Führung die damals vorhandenen Möglichkeiten für einen neuen Beginn der Arbeiterbewegung. Auf Schumachers Anteil daran soll in einem anderen Beitrag eingegangen werden.²⁹

An dieser Stelle muß aber noch, da es um Schumachers KZ-Jahre geht, auf eine schändliche, Mitte März 1946 (als die Vorbereitungen für die Einheitspartei in der SBZ auf Hochtouren liefen) gegen ihn persönlich gestartete Aktion eingegangen werden, die aus dem Arsenal der kommunistischen KI-Tradition stammte (ob auf Initiative der KPD oder der SMA, müßte noch erkundet werden) und die zeigte, wie begründet seine Warnungen vor den alten verwerflichen Methoden der KPD-Führungen waren, den Gegner nicht politisch, sondern mit Lügen zu bekämpfen. In einigen Regionalzeitungen der SBZ (gerade solchen, die als sozialdemokratische galten) und in der Moskauer »Izvestija« wurden verschiedene »Offene Briefe« ehemaliger Insassen des KZ Dachau veröffentlicht, für Flugschriften verwendet (eine davon wurde 1946/1947 z.B. an einer Parteischule der SED verbreitet³⁰) und in Versammlungen kolportiert, in denen nachweisbar unwahre Behauptungen aufgestellt waren, Schumacher sei in Dachau für die Vernichtung von kommunistischen und sowjetischen Häftlingen mitverantwortlich gewesen.

Es gab daraufhin mehrere öffentliche Gegendarstellungen und Protestbriefe aus der SPD der Westzonen. Das war der Anlaß für den oben zitierten Brief von Hermann Peters (vielleicht als Zugschrift an die »Thüringer Volkszeitung« gedacht, dort aber nicht veröffentlicht?), in dem er – wohl kein Gegner der Einheit – die »unerhörten Unwahrheiten über Dr. Schumacher« widerlegte und ausrief: »Klassengenossen, Proleten, Freunde der Einheitspartei, so

geht das nicht!... Das ist nicht der Sinn der Einheitspartei, den Bruderkampf noch häßlicher zu führen als früher, zur Freude der Reaktion. Einheitsfront, Front gegen rechts, ist die wichtigere Aufgabe.« Schumacher »war länger Häftling und hat schwerer gelitten als Tausende, die erst 1946 ihr Klassenbewußtsein wiederentdeckten, und hat es deshalb nicht verdient, mit Lügen bekämpft zu werden, selbst wenn er jetzt in der englischen Zone gegen die Verschmelzung ist.³¹ Und nun, Genossen, werbt und wirkt weiter mit saubereren Mitteln für die Einheitspartei und bis zu ihrer Verwirklichung für die Einheitsfront scharf gegen rechts.« Richtigstellungen zu den verleumderischen Anwürfen kamen auch aus kommunistischen Kreisen.³²

Die Anwürfe wurden auch international bekannt. Benedikt Kautsky schrieb an Schumacher am 3. Juni 1946 und informierte ihn über die konkreten Anschuldigungen seitens eines österreichischen ehemaligen Häftlings (der inzwischen Kommunist geworden war). Schumacher antwortete: »Die konkreten Vorwürfe, die zuerst in Ostdeutschland und einem Teil der russischen Presse gegen mich erhoben wurden, sind dadurch widerlegt worden, das all das, dessen ich beschuldigt wurde, in einer Zeit geschehen ist, in der ich gar nicht in Dachau war.« Und zu den Auswirkungen: »Bei dem Kampf um die Eroberung der SPD durch die KPD sind diese Attacken (Pieck) für uns Sozialdemokraten von außerordentlichem Nutzen gewesen, denn sie haben unseren Leuten gezeigt, daß hier ein gewisser rotlackierter Faschismus als Methode angewendet wurde.«³³ An Gerhart H. Seger in New York schrieb er: Die Aktion der Kommunisten »hat mich nicht überrascht. Sie haben zwar ein ganzes Jahr nach der Eroberung von Dachau dazu gebraucht, um herauszufinden, was für ein schlechter Kerl ich bin. Wenn ich ihren Fusionsrummel mitgemacht hätte, dann wäre ich heute in ihren Augen sicher der Stellvertreter des ›lieben Gottes‹. Aber beide Positionen sind ohne Reiz und ohne Abschreckung für mich.«³⁴

Mit hartem Griffel hast du
eingeschrieben
Ins Antlitz uns der Leiden
lange Zahl.
O Zeit, die du von Haß und
Wahn getrieben,
Halt ein. O, Schöpfer, ende
diese Qual!
Ist doch die Freiheit in uns
wach geblieben
Und neu belebt vom schwachen
Hoffnungsstrahl.
Robert Gebler, ebenda,
S. 51.

Freiheit

...
Mach dich doch frei von
dem Zwang und den Ketten,
Vertraue der Zukunft, der
neuen Zeit.
Wenn du nicht willst, kann
kein Mensch dich retten.
Mach selber dich frei, dann
bist du befreit!
Robert Gebler, ebenda,
S.27.

- 1 Vgl. Heinrich Grüber: Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten, Köln/Berlin 1968, S.252/253. Nach der Befreiung 1945 war Propst H. Grüber in Berlin aktiv an der Gründung der VVN beteiligt, trat aber Anfang September 1948 aus ihrer Leitung aus, als er wahrnahm, daß die SMAD die VVN für den Kalten Krieg instrumentalisieren wollte. 1958 zwang ihn die Politik der SED-Führung zum Bruch mit der DDR. Zu Schumachers Mißtrauensquellen vgl. Ulla Plener: Kurt Schumacher über Demokratie und Kommunisten. Auf der Suche nach Gründen einer lebenslangen Feindschaft: die zwanziger und beginnenden dreißiger Jahre, in: Utopie kreativ, H. 60, Oktober 1995. Das Eingangszitat ist der Schwäbischen Tagwacht, Stuttgart, vom 2. Februar 1933 entnommen. Vgl. Kurt Schumacher in der »Schwäbischen Tagwacht« über Demokratie und Kommunisten. Aufsätze und Redeberichte (1926-1933). Ausgewählt und kommentiert von U. Plener, Berlin 1995, ISBN 3-930412-79-9.
- 2 Peter Merseburger: Der schwierige Deutsche. Kurt Schumacher. Eine Biographie, Stuttgart 1995, S. 184.
- 3 Archiv der VVN-Bund der Antifaschisten, Landesverband Baden-Württemberg e.V., Akte D 911. Hunzinger erzählte eine weitere – zutiefst menschliche – Begebenheit: Er habe in demselben Bau gegessen wie Kurt Schumacher, wo gearbeitet werden mußte, und wurde einmal in der Küche eingesetzt. »Und da hat mich Kurt Schumacher gebeten, ihm doch eine Zwiebel mitzubringen, weil er so gerne Zwiebeln aß. Da habe ich eine Zwiebel geklaut und in meinen Galoschen hereinbefördert.« Bei der zweiten Untersuchung wurde die Zwiebel gefunden. »Auf die Frage, für wen ich diese Zwiebel habe, sagte ich: ›Für mich‹. Das hat mir Kurt Schumacher nicht vergessen, und wie er 1946 in Mannheim war, konnte er sich an diese Episode noch erinnern.«
- 4 Vgl. Die Kraft Nein zu sagen. Kurt Schumacher 1895-1952. Zeitzeugenberichte, Dokumente, Materialien zu Kurt Schumachers 100. Geburtstag. Herausgegeben von Silvester Lechner, Ulm 1995, S. 15, 60/61.
- 5 Hans Gasparitsch... in: Antifa-Nachrichten, Stuttgart, 1/1996, S.20.
- 6 Die Kraft Nein zu sagen..., a.a.O., S.15.
- 7 Siegbert L. Kluwe: Glücksvogel. Leos Geschichte, Baden-Baden o.J., S.97. Es ist die Geschichte von Leo Oesterle.

- 8 Gespräch mit Otto Wahl am 8. Dezember 1995. Nach einer Tonbandaufzeichnung und Mitschrift der Autorin. Weitere Bezüge im Text auf Otto Wahl sind diesen Aufzeichnungen entnommen. (Privatarchiv)
 - 9 Vgl. Heinrich Grüber: *Erinnerungen...*, a.a.O., S.173.
 - 10 Süddeutsche Zeitung, 28. April 1965. Vgl. auch das schriftliche Zeugnis des ehemaligen Dachau-Häftlings Paul Ströbel vom 5. Mai 1966, in: Archiv VVN-Bund der Antifaschisten..., a.a.O., Akte D 206. Es gab natürlich auch sozialdemokratische Häftlinge, die im Krankenbau in gleicher Weise tätig waren, darunter – seit 1938 – österreichische; der Sozialdemokrat Heinrich (Heini) Stöhr wurde später der »Engel von Dachau« genannt, er kam aber erst im Mai 1940 nach Dachau.
 - 11 Werner Bruschke: *Episoden meiner politischen Lehrjahre*, Halle 1979, S. 69.
 - 12 P. Merseburger: *Der schwierige Deutsche...*, a.a.O., S.185. Hans Gasparitsch kam am 15. November 1937 nach Dachau und blieb dort – zwischenzeitlich 1939/1940 in Flossenbürg – bis 1945. In Dachau war er zeitweise in einer Stube mit Schumacher untergebracht.
 - 13 Vgl. Archiv der VVN-Bund der Antifaschisten, a.a.O., Akte D 206.
 - 14 Aus einem Gespräch von Alfred Hausser, Stuttgart, mit F.-J. Fischer, Gruibingen/Kreis Göttingen, im Dezember 1995. Mitgeteilt in einem Brief an die Autorin vom 2. Januar 1996.
 - 15 Abschrift einer in Südhannover von Kommunisten verbreiteten Flugschrift, in: Archiv der sozialen Demokratie (AsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, (im folgenden AsD), Bestand Kurt Schumacher, Mappe 2. Eingangsstempel 14. April 1946, handschriftlicher Vermerk: An Gen. Schumacher zur Kenntnisnahme. Die Flugschrift wurde auch andererseits verbreitet, so im Raum Groß-Berlin unter der Überschrift: In Dachau waren wir uns einig! Vgl. ebenda, Mappe 107. Ebenso in München und im Ruhrgebiet (Privatarchiv).
 - 16 Vgl. AsD, Bestand Kurt Schumacher, Mappe 107.
 - 17 AsD, Bestand Kurt Schumacher, Mappe 79. Schumachers Zurückhaltung mit solcher Art Bescheinigungen entsprang, wie er in diesem Dokument weiter schrieb, »dem Wunsch der Sozialdemokratischen Partei, die Autorität der Partei nicht für schwer nachprüfbare Dinge zu engagieren«.
 - 18 Annemarie Renger: *Ein politisches Leben. Erinnerungen*, Stuttgart 1993, S. 80/81.
 - 19 Vgl. Roman Gebler: *Aus dämmern den Nächten. Gedichte*, München (1947).
 - 20 AsD, Bestand Kurt Schumacher, Mappe 74: Brief Roman Geblers, Miesbach, an Kurt Schumacher vom 24. April 1947.
 - 21 Nach dem Zeugnis des oben zitierten Hermann Peters war R. Gebler bis August 1944 Leiter der Lagerbücherei, in der Schumacher beschäftigt war (Ebenda, a.a.O.), also gab es schon von da her engere Kontakte zwischen beiden in Dachau.
 - 22 AsD, Bestand K. Schumacher, Mappe 74: Dr. Kurt Schumacher, Hannover, am 7. 5. 47 an Roman Gebler, Miesbach/Obb.
 - 23 Siegbert E. Kluwe, a.a.O., S.86/87. 1943 gelang Leo Oesterle aus einem Nebenlager die Flucht in die Schweiz. Nach 1945 war er nicht mehr aktiver Kommunist. Auskunft von Hans Gasparitsch in einem Gespräch mit der Autorin am 7. 12. 1995.
 - 24 Vgl. Die Kraft Nein zu sagen..., a.a.O., S.15.
 - 25 AsD, Bestand Kurt Schumacher, Mappe 71: Dr. Kurt Schumacher, 26. 11. 48, an Anton Aschauer, München. Dank des Einsatzes seiner Frau wurde A. Haag 1940 aus dem KZ entlassen. 1941 wurde er in die Wehrmacht eingezogen, kam 1944 in sowjetische Gefangenschaft, kehrte von dort 1948 zurück – und blieb Kommunist. In einem Interview sagte er auf den Hinweis hin, daß er politisch noch immer sehr aktiv sei: »Ja, was soll ich dazu sagen? Ich bin schon lange in der Arbeiterbewegung, seit 1920. Es war kein Anlaß da, der mich davon hätte abbringen können, nach meiner Rückkehr im Jahre 1948 wieder politisch aktiv zu sein.« (Wir waren immer zuversichtlich. Interview mit Alfred Haag, in Bettina Wenke: *Interviews mit Überlebenden. Verfolgung und Widerstand in Südwestdeutschland*, Stuttgart 1980, S.60.)
 - 26 Vgl. AsD, Bestand Kurt Schumacher, Mappe 74.
 - 27 K. Schumacher auf der Konferenz der SPD der britischen Besatzungszone am 3.-4. Januar 1946, zit. nach: Bericht über die SPD-Zonenkonferenz am 3./4. 1. 46 in Hannover, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG)*, H. 1, 1996.
 - 28 Am 16. März 1943 wurde Schumacher aus dem KZ entlassen und bekam von den Behörden Hannover, wo eine seiner Schwestern lebte, als Wohnsitz zwangsgewiesen. Im August/September 1944 war er noch einmal für ca. vier Wochen im KZ Neungamme inhaftiert. Schon Ende April 1945 – am 10. April wurde die Stadt von amerikanischen Truppen besetzt – richtete er dort das »Büro Dr. Schumacher« als sozialdemokratisches Sammlungs- und Informationszentrum ein.
 - 29 Vgl. Ulla Plener: *Schumacher über die Russen und die Einheitspartei 1945/1946*, in: *Utopie kreativ*, H. 67, Mai 1996
 - 30 Privatarchiv.
 - 31 Gemeint war nicht zuletzt die von Schumacher initiierte Resolution gegen eine Einheitspartei, angenommen auf der Konferenz der SPD der britischen Besatzungszone in Hannover am 3.-4. Januar (und am 6. Januar auf einer Konferenz der SPD der amerikanischen Besatzungszone) 1946, in der u.a. die Alleinschuld an der Nazi-Machtergreifung 1933 der KPD angelastet wurde. Diese Resolution war der Anlaß des oben zitierten Offenen Briefes der sechs Münchener Kommunisten an Schumacher vom 15. Januar 1946.
 - 32 Vgl. *Hetze oder Kampf?* (Eine nicht gezeichnete, nicht datierte zeitgenössische Stellungnahme) in: Archiv der VVN-Bund der Antifaschisten, a.a.O., Akte D 2290.
 - 33 AsD, Bestand Kurt Schumacher, Mappe 66, K. Schumacher an Benedikt Kautsky am 18. Juni 1946.
 - 34 Ebenda, Mappe 68, K. Schumacher an Gerhart H. Seger am 19. Juni 1946.
- Die Autorin dankt Frau Barbara Distel (KZ-Gedenkstätte Dachau), Herrn Silvester Lechner (KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg/Ulm), Hans Gasparitsch, Alfred Hausser, Otto Wahl (alle Stuttgart) für Auskünfte und zur Verfügung gestelltes Material sowie dem Archiv der sozialen Demokratie (Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn).

MICHAIL NELKEN

Schwierigkeiten einer Emanzipation vom Stalinismus. Zur Stalinismusdebatte in der PDS

*Stalinismusdebatte in der PDS -
Politikbestimmung und ideologische Identität*

Wer sich mit der Stalinismus-Debatte in der PDS auseinandersetzt, sollte nicht aus den Augen verlieren, daß es sich hierbei um eine Parteidebatte handelt. So ist die Kritik oder Klage, sie werde nicht wissenschaftlich geführt, im Grunde desorientierend oder mitunter selbst schon nur ideologische Attitüde. Eine Partei ist kein wissenschaftliches Seminar und eine Parteidebatte kein erkenntnisorientierter Theoriediskurs. Nein, die Stalinismus-Diskussion in der PDS hatte von Beginn an primär einen ideologischen Charakter und eine politische Funktion. Es ging und geht um geschichtliche Identität, ideologische Standortbestimmung und aktuelle wie zukünftige Politikorientierung.

Aus der Feststellung, daß die Stalinismus-Debatte in der PDS primär durch Ideologie und Politik bestimmt war und ist, folgt allerdings nicht, daß sie keine geschichtswissenschaftlichen, soziologischen oder politiktheoretischen Erkenntnisse beinhalten könne, sondern nur, daß dies nicht ihre eigentliche Funktion ist, und daß deshalb ihr Verlauf und ihre Dynamik anderen Regeln folgt als denen des wissenschaftlichen Diskurses. So wäre es auch verfehlt, wollte man den Verlauf dieser Debatte am Streit um die Begrifflichkeit Stalinismus verfolgen. Die Stalinismus-Diskussion in der PDS umfaßt - selbst in der engeren Geschichtsdebatte - vielschichtige Diskurse, wie z.B. die Debatte um Unrechtsstaat und Legitimität, die »Stasi«-Debatte oder die Programmdiskussion. Ihr Verlauf wurde und wird nicht von einem wie auch immer gearteten Fortschreiten in der Erkenntnis bestimmt, sondern einerseits von äußeren gesellschaftlichen Druckwellen gegen die PDS und andererseits von den Aufwallungen innerer politischer und geistiger Richtungskämpfe.

*Kursorisches zum Verlauf der Stalinismus-Debatte in der PDS
(1989 bis 1995)*

Eine differenzierte und detaillierte Chronologie findet sich in den Arbeiten von W. Hedler und H. Helas, die Verlauf und Ergebnisse der Stalinismus-Debatte in der PDS nachzeichnen.¹ An dieser Stelle sollen nur einige kursorische Betrachtungen zum Verlauf der Debatte vorgestellt werden. Die bisherige Stalinismus-Debatte in der PDS teilt sich m.E. - auf Grund ihres primär politisch-ideologischen Charakters - in drei Etappen ein:

Michail Nelken – Jg. 1952,
Dr. phil., Mitglied des Abge-
ordnetenhauses von Berlin.

1 H. Helas: PDS und Stalinismus. Ein Beitrag zur Rekonstruktion einer wissenschaftlich-politischen Debatte. Manuskriptdruck. Hrsg.

von der Historischen Kommission der PDS, Berlin 1995; W. Hedeler: Über erkenntnistheoretische Schranken und andere Blockierungen in den Geschichtsdebatten in der PDS, in: Stalinismus. Zur Diskussion eines Begriffs. Manuskriptdruck. Hrsg. W. Gehrcke, Horst Dietzel, Berlin 1993. Siehe auch: M. Schumann: Vor fünf Jahren: »Wir brechen...«. Reminiszzenzen und aktuelle Überlegungen, in: PDS-Presse- und Informationsdienst (PID), 3/95, S. 16ff. W. Hedeler: Vom Gründungskonsens zum geläuterten Stalinismus, in: Disput 20/95, S. 20f.

2 G. Stiehler: Befreiung vom Stalinismus? In: Berliner Zeitung vom 25./26. November 1989.

3 G. Gysi: Referat auf Klausurtagung des PV der PDS am 12./13. Mai 1990, in: ND vom 16. Mai 1990; Thesen (Entwurf) für die Erneuerungskonferenz der PDS am 8./9. September 1990, in: ND vom 17. Juli 1990; Stalinismus in der KPD und SED. Materialien der Konferenz der Historischen Kommission beim PV der PDS am 17. und 18. November 1990.

4 K. Höpcke: Zur Eröffnung der Konferenz, in: Stalinismus in der KPD und der SED, a.a.O., S. 5.

Erste Etappe: Bruch mit dem Stalinismus

Der außerordentliche Parteitag der SED proklamierte den Bruch mit dem Stalinismus als System. Die Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft dieser anti-stalinistischen Willensbekundung bildete die Grundvoraussetzung für den Versuch, aus der SED heraus eine neue, demokratische sozialistische Partei zu gründen. Dieser Wille prägte den ganzen Parteitag und nicht etwa nur das von Michael Schumann gehaltene Referat zur Auseinandersetzung mit dem autoritären, administrativ-bürokratischen Sozialismus. Wer heute argwöhnt, der Parteitag sei von Gysi, Berghofer, Schumann, Wolf oder sonstwem überrumpelt worden, war offensichtlich nicht nur nicht in der Dynamo-Halle, sondern hat vergessen oder verdrängt, daß der Bruch mit dem Stalinismus, der Kampf für seine Überwindung die mobilisierende Idee der demokratischen Volksbewegung des Herbstes 89 war. Bis weit hinein in die SED war der »Stalinismus« spontan zur zentralen identitätsstiftenden negativen Bezugs- und Orientierungskategorie geworden. Und, »Stalinismus« stand dabei vordergründig nicht für Personenkult, Schauprozesse, Terror und Massenmord in der Sowjetunion während der Stalinära, sondern für das zusammenbrechende politische System der DDR, für Bürokratismus, Zentralismus, Administrieren, Willkür, für fehlende Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, ineffektive Kommandowirtschaft, Gängelei des geistig-kulturellen Lebens, für das Fehlen von Pressefreiheit, Redefreiheit, Reisefreiheit usw. Mit dieser Begriffshegemonie des »Stalinismus« verband sich für viele DDR-Bürger - auch für viele Aktivisten der Bürgerbewegung - der Anspruch auf eine Erneuerung der DDR, auf die Demokratisierung des Sozialismus. Mit der »Befreiung vom Stalinismus«, so G. Stiehler in jenen Tagen in der Berliner Zeitung, sei eine tiefgreifende Erneuerung der Gesellschaft, die Errichtung einer wahrhaft sozialistischen Gesellschaft möglich geworden.²

Der Begriff »Stalinismus« war also die zentrale Achse im Neu- und Selbstfindungsprozeß der PDS - damals übrigens auch noch für die KPF. Hier ein Zitat aus einem Diskussionsangebot der Plattform mit Datum vom 14. Januar 1990, das den Titel »Die Entstalinisierung der Partei« trug: »In der gesellschaftlichen Diskussion wird heute von verschiedenster Seite über den »Stalinismus«, über das »administrativ-zentralistische System« als die Ursache der gesellschaftlichen Krise unseres Landes gesprochen. Das ist natürlich richtig. (Nicht umsonst hatte Kurt Hager noch 1989 den Mitarbeitern der wissenschaftlichen Parteieinrichtungen ausdrücklich den Gebrauch des Wortes Stalinismus untersagt.)«

Im Jahr 1990 (insbesondere nach den Volkskammer- und Kommunalwahlen) nahm die Auseinandersetzung mit den Grundlagen, Quellen und Triebkräften des stalinistischen Realsozialismus in der PDS-Diskussion einen herausragenden Platz ein. Erinnert sei an Gysis Rede auf der Klausurtagung des Parteivorstandes im Mai, an die Thesen zur Erneuerungskonferenz und an die Stalinismuskonferenz Mitte November 1990.³ In seiner Eröffnungsrede betonte Klaus Höpcke, daß der Stalinismuskonferenz eine Schlüsselfunktion in der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und damit für die Erneuerung der Partei zukomme.⁴ Diese erste Etappe

des Stalinismus-Diskussion in der PDS dauerte bis in das Frühjahr 1991.

Nur ein Jahr nach der Stalinismuskonferenz konstatierte ich in meinen »Geschichte ohne wenn und aber« getitelten Ausführungen auf dem Geschichtsplenum der 3. Tagung des 2. Parteitages unter teilweise heftigen Protesten aus dem Plenum, daß die Erneuerung der PDS auf Grund der Blockaden in der Auseinandersetzung mit der realsozialistischen Vergangenheit gescheitert sei.⁵ Zwischen diesen beiden Daten hatte ein nachhaltiger nostalgischer bis restaurativer Umschwung in der PDS stattgefunden.

Vor der Behandlung dieser zweiten Etappe sind allerdings noch einige Anmerkungen zur Polemik um den Gründungskonsens der PDS notwendig.

Exkurs: Anti-Stalinismus - ein hegemonialer Gründungskonsens

Trotz der beschriebenen spontanen Dominanz des Stalinismus-Begriffs bzw. des Anti-Stalinismus als Selbstbewußtsein und Orientierung des Aufbruchs 1989, in dessen Kontinuität sich die PDS ja bestimmt, existiert seit Ende 1992 ein merkwürdiger Streit über den »Anti-Stalinismus« als Gründungskonsens der PDS. Während das reform- und modern-sozialistische Parteizentrum die Position des Verteidigers des anti-stalinistischen Gründungskonsens bezieht, sehen die Anhänger des traditionalistischen, orthodox-partei-kommunistischen, rechten Flügels darin, nicht zu Unrecht, den Versuch, sie aus der Partei zu drängen, indem ihnen das Verlassen der Urübereinkunft der Partei vorgeworfen wird. Die so Angegriffenen bestreiten oder relativieren diesen vermeintlichen Gründungskonsens und/oder berufen sich auf das Programm der PDS - allerdings in einer sehr reduktionistischen Deutung.

Kann man aber eigentlich einen Konsens verteidigen? Konsens bedeutet doch allseitige Übereinkunft. Wie soll man eine solche gegen einen Mitträger verteidigen? Nach dem Wortsinn könnte man doch nur die Beendigung eines Konsens feststellen.

Unzweifelhaft war der Bruch mit dem Stalinismus, wie schon ausgeführt, der motivierende und integrierende Leitgedanke der Gründung der PDS aus der SED heraus. Andererseits im engen Wortsinn, als allseitiges Einverständnis, hat es einen anti-stalinistischen Gründungskonsens natürlich nicht gegeben. Die seit 1991 offen auftretenden divergierenden Sichtweisen auf Stalinismus und Realsozialismus waren von Beginn an in der PDS präsent. Doch die anti-stalinistische, demokratisch-sozialistische Reform- und Bruchbereitschaft war anfänglich so groß und die Niederlage des autoritären, bürokratischen, undemokratischen, eben stalinistischen Staatssozialismus so total, daß traditionalistische, orthodoxe Positionen sprachlos oder unhörbar blieben. Man müßte also genauer von einem hegemonialen anti-stalinistischen Gründungskonsens sprechen. Ein hegemonialer Konsens ist aber natürlich logisch ein Widerspruch in sich.

Verteidigt wird also von den »modernen« Reformsozialisten in der Stalinismus-Debatte ihre politisch-geistige Hegemonie in der PDS. Wie andersherum die Attacken gegen den Stalinismus-Begriff auf die Brechung dieser Hegemonie zielen. Da die orthodox-

5 Vgl. PID vom 20. Dezember 1991, S.4ff. oder in: »Geschichte - ja aber ...«. Reihe controvers. Berlin 1993, .35ff.

kommunistische Parteirechte keine wirklich überzeugende alternative Politik anzubieten weiß, hat sie sich das Geschichtsverständnis und die Dogmatik zum Feld ihrer Attacken gegen diese Hegemonie gewählt. Sie setzte bei ihrem Vorstoß 1992 auf die Ernüchterungen durch die Einheitsrealität und eine sich ausbreitende ambivalente DDR-Nostalgie.

Zweite Etappe (1991/92): Der Begriff verschwindet, der Stalinismus »lebt auf«

Der Finanzskandal hatte die sich gerade in der Konsolidierung wählende PDS in eine abermalige schwere Existenzkrise gestoßen, in deren Ergebnis alte Apparstrukturen vollends desavouiert worden waren und in einem zweiten Schub meist jüngere PDSler auf eine radikale Erneuerung drängten. Dieser Bewegung standen einerseits die Bemühung führender PDS-Funktionäre und Parlamentarier um eine abermalige Konsolidierung der zerbröselnden Partei und andererseits eine sich allmählich in der Partei ausbreitende ddr-nostalgische Trotzmentalität angesichts westdeutscher »Kolonialisierung« und Totalnegation entgegen. Dies führte zu einem scharfen Konflikt um das politische Profil der PDS, in dem zwei Fragen im Zentrum standen: das Oppositionsverständnis und die Geschichtsaufarbeitung

Auf der 2. Tagung des 2. Parteitages kam es zur Zuspitzung der Debatte. Gysi drohte mit Rücktritt. Das Gespenst der Parteispaltung ging um. Es bildete sich die sogenannte Erneuerungs-Strömung, die massiv gegen die in ihren Augen einsetzende Stagnation der Erneuerung ankämpfte.⁶ Mitglieder der AG Junge GenossInnen ergänzten das über dem Präsidium angebrachte Parteitagmotto »Wer Zukunft will, muß die Gegenwart verändern« um die Worte »und sich der Vergangenheit stellen«. Sie konnten zumindest dem Parteitag eine Zusage abtrotzen, daß die folgende Tagung sich schwerpunktmäßig mit der Geschichtsaufarbeitung beschäftigen würde. Die Partei schien am Scheideweg. Obwohl die Anhänger der »Strömung« die Annahme des Beschlusses zum offenen und öffentlichen Umgang mit der MfS-Vergangenheit gegen erhebliche Widerstände durchsetzen konnten, und obwohl der Parteitag auch ein Statut beschloß, daß aller emsiger Gegenwehr der KPF zum Trotz eine geistige wie strukturelle Absage an den Stalinismus und sein Parteiverständnis darstellte, kann dennoch diese 2. Tagung des 2. Parteitages als eine Art Wendepunkt in der Stalinismus-Debatte bezeichnet werden. Die Schärfe der Auseinandersetzung signalisierte die Wende.

Die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus und der Begriff »Stalinismus« verschwanden zusehends aus der Debatte und den Dokumenten der PDS. Stalinismus als System und als Denk- und Verhaltensmuster und seine Überwindung thematisierten nun fast ausschließlich die oppositionellen radikalen Erneuerer und zwar als Vorwurf gegen den Mainstream in der Partei und in der Parteiführung, welche auf diesem surfind versuchte, die Partei zu konsolidieren statt sie umzukrempeln. Von neostalinistischer Restauration, von der Erneuerung der PDS zur poststalinistischen SED war in zahlreichen Papieren der innerparteilichen Oppositi-

6 »Für eine radikale Aufarbeitung der Geschichte und eine konsequente Oppositionspolitik, oder warum wir Strömungen in der PDS für notwendig halten.« So der Titel des von 37 Personen unterzeichneten sogenannten Strömungspapiers, mit dem die »Strömung« sich als innerparteiliche Oppositionsbewegung konstituierte. (siehe ND vom 3. Juli 1991, PDS-Spezial). Auf der gleichen Linie bewegte sich das Dredner Alternative Diskussions-Angebot (DADA). Im Juni und Juli 1991 fanden in Dresden und Berlin zwei DADA-Strömungs-Konferenzen statt, auf denen der Zusammenhang von Blockade der Erneuerung und die Blockade der Geschichtsaufarbeitung thematisiert und Strategien zu deren Durchbrechung diskutiert wurden. (Vgl. PID vom 19. Juli 1991, S. 5ff. und ND

onsströmung die Rede. Die Debatte um die unsicheren Reaktionen des Präsidiums auf den Putschversuch in Moskau vertieften den Konflikt weiter.

Daß der beschlossene Parteitagsschwerpunkt Geschichtsdiskussion schließlich zu einem offenen Geschichtsplenum am Vorabend der 3. Tagung des 2. Parteitages mutierte, kann als symptomatisch betrachtet werden. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte stagnierte, wurde absichtsvoll blockiert, und allenthalben waren restaurative Bewegungen und Bestrebungen unübersehbar.⁷ Und die Parteiführung, verunsichert, durch die Rücktritte von Brie und Gysi in einer ohnehin fragilen Situation, meinte, dem offensichtlichen konservativ-nostalgischen Stimmungsumschwung in der PDS und im ostdeutschen Lande überhaupt Rechnung tragen zu müssen. So wich man auch in der Geschichtsdebatte von den Positionen des Jahres 1990 immer mehr zurück.

Die hier skizzierte Entwicklung war untrennbar verbunden mit Veränderungen im gesellschaftlichen Klima: mit der breiten öffentlichen Diskussion über ein Tribunal zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte 1991/92, der Öffnung der MfS-Archive Anfang 1992 und mit der ausufernden Debatte über den »Unrechtsstaat DDR« und über die Ergebnisse der Enquetekommission des Bundestages zur DDR-Geschichte. Hinzu kam eine spürbar stärker werdende Bewegung in der Gesellschaft der ostdeutschen Ländern, die sich gegen die sozialen Ungerechtigkeiten in der Folge des kolonialisierenden Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik wendete. In den Komitees für Gerechtigkeit, die sich im Sommer 1992 formierten, fand diese einen Insttutionalisierungsversuch.

Vor diesem Hintergrund wurde die vormals kritische Bewertung der untergegangenen DDR-Gesellschaft immer mehr relativiert. Eine offene und schonungslose Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte kollidierte mit dem Partei-Interesse an einer breiten ostdeutschen Sammlungsbewegung. Die Analyse des repressiven, zentralistischen, antidemokratischen Gesellschaftssystems wurde im PDS-Diskurs verdrängt durch die Verteidigung der »Legitimität des Versuchs«, die Bewahrung der positiven »Errungenschaften und Erfahrungen«, die Würdigung des »selbstlosen Einsatzes von Millionen« DDR-Bürgern für die Errichtung einer »sozialistischen Alternative« usw. usf. Der 1989/90 so dominante Stalinismus-Begriff kam nunmehr in der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte kaum noch vor. Immer offener wurden statt dessen die anti-stalinistischen Positionen der Gründungsphase der PDS in Frage gestellt. Ein vermeintlicher eilfertiger »Gegen-Stalinismus« der Anfangszeit wurde nunmehr insbesondere aus der KPF und deren Umfeld als Zurückweichen vor dem antisozialistischen Druck der Wendezeit attackiert. Nicht nur die Volksbewegung des Herbstes 1989 wurde nunmehr als Konterrevolution denunziert, sondern auch die sogenannten »SED-Reformer«, eben noch Hoffnungsträger, als notorische Liquidatoren des Sozialismus »entlarvt«⁸. Einige am rechten Rand der PDS gingen gar noch weiter. So artikulierten K. Gossweiler, H.H. Holz oder S. Wagenknecht einen neostalinistischen Geschichtsrevisionismus, der die Anfänge des Niedergang des Sozialismus im Sieg des sich antistalinistisch

vom 9. Juli 1991). Siehe auch: den Reader zum 1. Strömungstreffen und die »Strömungsblättchen« Nr. 1 - 3 (in Nr. 3 Debatte zur Reaktionen in der PDS auf den Moskauer Putsch).

7 »Restaurativ« wird hier soziales und politisches Verhalten und Denken genannt, daß ganz traditionelle Rituale sozial abgestiegender, abgewickelter Herrschaftseliten wiederholt. »Restaurativ« wird aber auch ein Denken und Verhalten genannt, daß alte, stalinistische Denk- und Argumentationsmuster wiederaufleben läßt, wie den allgegenwärtigen Feind, der innere Einheit und Geschlossenheit erfordere, dem die Kritik der Kritiker nütze etc. Restauratives Denken reanimiert die Freund-Feind-Schematas des Kalten Krieges und die ideologischen Leerhülsen des ML, - quasi komplexentär zu den »kalten Kriegern« des konservativen bürgerlichen Lagers.

8 H. Müller: Zusammenbruch, Konterrevolution oder beides? ND vom 26./27. September 1992; vgl.: S. Wagenknecht: Marxismus und Opportunismus, Weißenseer Blätter 4/92, S.12ff.; K. Gossweiler: Der »moderne Revisionismus« und die Niederlage des Sozialismus - Eine Thesenreihe, ebenda, S. 46ff.; H. Müller: »Zusammenbruch« und/oder »Konterrevolution«? Ebenda S. 57ff. Siehe auch: R. Müller-Streisand: PDS-Parteitag zwischen antikommunistischen Leitungs-diktat und antiimperialistischen Partei und Wählerwillen. In: Weißenseer Blätter, 1/95, S. 40ff.

9 Vgl. S. Wagenknecht: Marxismus und Opportunismus, a.a.O.; dieselbe: Nach Gysi. In: konkret 1/93. H.H. Holz: Ein Brief zum Streit um den Antistalinismus und seine Überwindung, in: WBl. 1/95; derselbe: Niederlage und Zukunft des Sozialismus, Essen 1991; derselbe: Sozialismus in der DDR - mußte er scheitern? Was bleibt? In: DDR-Geschichte. Nostalgie oder Totalkritik. Reihe cotrovers, S. 34ff.

10 An den Dokumenten der Programmdebatte kann man diesen Wandel gut verfolgen. Vgl. Fragen- und Problemkomplexe zur Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms. Grundsatzkommission vom 28. November 1990; Diskussionspapier für die Erarbeitung des 1. Gesamtentwurfs des Programms der PDS. Grundsatzkommission vom 23. März 1992; 1. Programmentwurf, ND vom 1. Juni 1992; Alternativer Programmentwurf der KPF, ND - PDS-Spezial vom 9. Juni 1992; A. Brié: Für eine moderne sozialistische Programmatik, PD 19. Juni 1992; 2. Entwurf (Grundsatzkommission), ND vom 28. Dezember 1992, Programmdebatte.

11 Thesen des Sprecherates der Historischen Kommission, 9. Januar 1993, in: Materialien der 1. Tagung des 3. Parteitages der PDS. Vgl. auch am selben Ort: Gruppe Sozialistische Linke: »Die Geschichte ist das Weltgericht. - Wer richtet die Geschichte?« (Th. Barthel, Th. Klein, M. Nelken u.a.) sowie ebenda Erklärung der AG Junge GenossInnen in und bei der PDS »Zum Umgang mit unserer Geschichte«. Vgl. auch: Th. Klein, U. Wolf: Zur Frage der Verantwortung der PDS für die

gebärdenden Revisionismus und Opportunismus auf dem XX. Parteitag der KPdSU erblickte.⁹ So marginal diese Extrempositionen sein mögen, so war ihr offenes Hervortreten Ausdruck für eine Verschiebung im politisch-geistigen Klima in der PDS.

Auf die Programmdebatte des Jahres 1992 hatte diese tendenziell restaurative Wende nachhaltige Wirkung. Unter Stalinismus begreift das Programm letztlich nur noch Verbrechen und Terror in der Sowjetunion der Stalinära. Vom Stalinismus als System ist im Grunde nicht mehr die Rede. Hinsichtlich der Darstellung und Bewertung der DDR und ihrer Geschichte fand die Lesart des von der KPF eingebrachten Programmentwurfs letztlich Eingang in das Parteiprogramm: Da wird die Legitimität des Versuchs einer sozialistischen (?) Alternative (?), für den man sich nicht zu entschuldigen bräuchte, ebenso betont wie das ehrliche Engagement von Millionen aufrechter Bürger für den Aufbau einer gerechteren sozialistischen Ordnung und die positiven Erfahrungen und Errungenschaften.¹⁰

Diese und ähnliche Formulierungen im Programm wurden, obgleich 1992/93 die KPF die Annahme des Programms zu verhindern gesucht und wohl auch überwiegend gegen seine Annahme votiert hatte, in der Stalinismus-Debatte zur legitimen Rückzugslinie von KPF, Marxistischen Forum und anderen, die nun darauf pochten (und pochen), daß die Feststellungen des Programms zum gescheiterten sozialistischen Versuch in der DDR auf einige Zeit ausreichten, vernünftig und konsensfähig seien.

In den Thesen der Historischen Kommission zur 1. Tagung des 3. Parteitages wurde diese Situation Ende 1992 relativ realistisch skizziert. Diese Thesen waren bereits ein Zeichen einer neuen Etappe der Stalinismusdebatte in der PDS.¹¹

Dritte Etappe: Der Begriff kehrt zurück

Die dritte Etappe der Stalinismusdebatte begann im Vorfeld der 1. Tagung des 3. Parteitages, da sich die reformsozialistische Mehrheit des Parteizentrums offensichtlich nunmehr zur Gegenwehr gezwungen sah. Der Artikel von Sahra Wagenknecht »Marxismus und Opportunismus« in den Weißenseer Blättern war Auslöser oder Aufhänger der lange überfälligen Auseinandersetzung. André Brie titelte seine Replik offen mit der Frage »Also zurück zu Stalin?« Der Stalinismus kehrte in die innerparteiliche Debatte der PDS zurück. Zwar stand Sahra Wagenknecht und ihr Artikel im Zentrum der Auseinandersetzungen, aber für alle Beteiligten war wohl klar, daß es hier nicht nur um den Wagenknechtschen Artikel und die sehr außenseitige Position vom aufsteigenden Revisionismus von Chruschtschow bis Gorbatschow und schon gar nicht um eine Relativierung der Verbrechen der Stalin-Ära ging. Vielmehr war der Streit um den Charakter des realsozialistischen Systems in der DDR, um das ideologische Selbstverständnis der PDS und um ihre politische Orientierung wieder zum Begriff Stalinismus zurückgekehrt - vor allem deshalb wohl, weil sich die reformsozialistischen Kräfte in ihrer Bedrängnis der Schlüsselfunktion der Auseinandersetzung mit dem Stalinismus für die politisch-geistige Konsolidierung einer demokratisch sozialistischen Reformpartei erinnerten.

Die 1. Tagung des 3. Parteitages zeigte, daß die Zugeständnisse an die ddr-nostalgische, konservative und bisweilen restaurative Grundstimmung in der Programmdebatte offensichtlich übertrieben gewesen waren. Zumindest unter den Delegierten hatte sie nur sehr wenige Anhänger. Wie es überhaupt ein bemerkenswertes Mißverhältnis gibt zwischen der eher kleinen Anhängerschaft des orthodoxen spät-stalinistischen Parteikommunismus in der PDS und der relativ großen Aufmerksamkeit, die ihnen geschenkt wird, und dem maßlosen Kraftaufwand, mit der sie bekämpft werden, andererseits. Das liegt vielleicht daran, daß hier »Verstand und Vernunft« der Partei mit dem eigenen Unterbewußtsein und der verunsicherten Psyche großer Teile der Mitgliedschaft im Streite liegen. Die KPF ist wohl der Ort, wo stalinistische Ideologie- und Politikmuster am konzentriertesten und am selbstbewußtesten zu Tage treten; aber sie waren und sind natürlich in der ganzen Partei präsent.

Der Wiederaufruf der Stalinismus-Debatte und die Betonung, daß Pluralismus nicht Beliebigkeit bedeute, stoppten ganz offensichtlich die konservativ-nostalgische Bewegung in der PDS, zumindest politisch, und drängten die Anti-Antistalinisten in eine Verteidigungsstellung - aus der sie nunmehr logischerweise die Verwendung des Begriff »Stalinismus« als Denunziation attackierten und auf den Pluralismus in der Partei pochten.

Bis zum Sommer 1993 fand die Stalinismusdebatte in Broschüren, Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln sowie in Diskussionsrunden statt. Durch den im Herbst 1993 anlaufenden Bundestagswahlkampf wurde der schwelenden Stalinismusstreit jedoch nach der 2. Tagung des 3. Parteitages - offenbar einvernehmlich - gedeckelt. Aber im Herbst 1994 entzündete sich der Konflikt an Publikationen von K. Gossweiler und S. Wagenknecht aufs neue. Unmittelbar nach der für die PDS erfolgreichen Bundestagswahl spitzen die reformsozialistischen Kräfte in der durch den Wahlausgang erheblich gestärkten Parteiführung den Konflikt zu. Zunächst wurde in den 10 Thesen die antidemokratische Politik der SED wieder als stalinistisch gekennzeichnet und dann in den 5 Standpunkten »stalinistische« Auffassungen für unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der PDS deklariert. Die Zurückweisung des poststalinistischen Geschichtsrevisionismus à la Gossweiler, Wagenknecht oder Holz, der zweifellos den öffentlichen politischen Handlungsspielraum der PDS beschädigte, war nur das eine Ziel dieser Zuspitzung. Das wichtigere Anliegen, so schien es, war die Festigung der politisch-programmatischen Hegemonie der reformsozialistischen »Realpolitik«. Dieser Versuch eines quasi »anti-stalinistischen Befreiungsschlages« mißlang allerdings beinahe. Nicht wegen eines konservativen, restaurativen Widerstandes, sondern wegen der handstreichmäßigen und erpresserischen Art und Weise, in der er vorgetragen wurde.

Die Idee, den Stalinismus per Parteitagsbeschluß aus der PDS auszuzugrenzen, hatte aber auch einen genetischen Defekt: »Wie soll es in einer Partei, die sich aus einer stalinistisch/poststalinistischen Partei herausgebildet hat, unter Ihren Mitgliedern keine stalinisti-

Geschichtsaufarbeitung, in »Geschichte - Ja aber...«, a.a.O. S. 30ff.

12 Änderungsantrag zum Initiativantrag Bisky, Gysi, Modrow, von M. Nelken u.a., in: Materialien der 1. Tagung des 4. Parteitages der PDS (27.-29. Januar 1995).

13 M. Benjamin, E. Brombacher, Th. Heckler, H. Karl, H. Mahron, S. Wagenknecht: Gemeinsame Persönliche Erklärung (Berlin, 19. Januar 1995).

schen Auffassungen geben? Sind die alle mit der Wende von 1989 gelöscht worden?«, so fragten Berliner Delegierte in einem Änderungsantrag zu jener Ausgrenzungspassage.¹² Sich vom Stalinismus befreien, heißt doch vielmehr stalinistischen Auffassungen in der politischen Praxis wie in der politischen Programmatik, in den Gesellschaftsauffassungen wie im Geschichtsverständnis keinen Raum einzuräumen, sie beständig zurückzuweisen und die Hegemonie eines demokratischen, pluralistischen, emanzipatorischen Sozialismus für Politik und Gesellschaftsreform in der PDS zu sichern. Für diesen Selbstaufklärungs- und Lernprozeß war die im Initiativantrag von Modrow, Gysi und Bisky gewählte Ausgrenzungsformel kontraproduktiv und trug nur dazu bei, die tatsächlichen Konfliktlinien zu verunklaren und die Blockaden in der Auseinandersetzung mit dem eigentlichen, dem systematischen Stalinismusproblem der PDS zu verfestigen.

Führende Repräsentanten der KPF hatten in einer gemeinsamen persönlichen Erklärung am Vorabend des Parteitages trotzig festgestellt, daß sie der Vorwurf »Stalinisten« nicht träfe, komme er doch von »Leuten, die der Dialektik abgeschworen haben« - während in ihrer »historischen« und »dialektischen« Geschichtssicht der »frühe Sozialismus« (d.i. der reale) die ungebremste Kapitalherrschaft auf diesem Planeten verhindert habe und so die Welt noch berechenbarer und reicher an Hoffnung gewesen sei. Mit der »Stalinismuskeule« als ideologischer Waffe wolle man die Linken in der PDS auf Systemkonformität trimmen.¹³ Auch hier erkennen wir die stalinistisch-dennunziatorische Argumentationsfigur von Opportunismus und Feindsteuerung einerseits und ideologischer Selbststilisierung andererseits.

Daß S. Wagenknecht trotz alledem ein respektables Ergebnis bei den Vorstandswahlen erzielen konnte, war die Quittung für den unsinnigen Ausgrenzungsvorstoß seitens Bisky, Gysi, Brie u.a. Nichtsdestoweniger wurde die KPF auf diesem Parteitag marginalisiert, wobei sie sich diese Marginalisierung selbst redlich erarbeitete - dadurch daß sich ihre Delegierten gegen das Adjektiv »demokratisch« vor »Kommunismus« wehrten, weil man sich nicht in »gute« und »schlechte« Kommunisten auseinanderdividieren lasse.

Die Marginalisierung und Selbstdemontage der KPF im Konflikt um die DDR-Geschichte und den Stalinismus mag einer der Gründe dafür sein, daß sich der konservativ-legitimierende Flügel der PDS eine neue Plattform suchte: das »Marxistische Forum - In großer Sorge«. Die anfänglich große Resonanz und die verunsicherten, unangebrachten Reaktionen des reformsozialistischen Zentrums signalisierten ein weiteres Mal, daß das Stalinismusproblem in der PDS eben kein »KPF-Problem« ist, sondern ein Problem tiefer politischer, ideologischer und auch sozialer Prägung, gegen die nicht Ausgrenzung, sondern nur Auseinandersetzung hilft.

DETLEF JOSEPH

Die BRD - »einer der demokratischsten Staaten der Erde«?

Der Aufsatz von André Brie,¹ der unter vielen Aspekten auch für die Programmatik der PDS von grundsätzlicher Natur ist, ist mir Veranlassung, zu einigen der behandelten Fragen Stellung zu nehmen.

A. Brie meint eingangs seines Artikels, daß sich die Marxsche Vorstellung von einer quasi gesetzmäßigen gesellschaftlichen Höherentwicklung als unzutreffend erwiesen habe (S. 56). Dieser Prozeß sei »komplizierter, umfassender« und es müßten »Fragen zivilisatorischer Kontinuität, der Kultur, Moral, Psychologie etc. ... in wesentlich stärkerem Maße berücksichtigt werden.« (S. 56). Dem Letzteren ist zuzustimmen. Was die Notwendigkeit, komplexe Prozesse und zivilisatorische Kontinuitäten zu beachten, allerdings mit der Falschheit einer Annahme von gesetzmäßigen Entwicklungen in der Gesellschaft zu tun hat, ist nicht recht einsichtig. Die Vorstellung einer Gesetzmäßigkeit der geschichtlichen Bewegung ist von Marx aus der Analyse der bisherigen Geschichte und dem Nachweis der Rolle der materiellen Existenzbedingungen der Menschheit abgeleitet worden. Was beweist nun, daß die Annahme des gesetzmäßigen Fortschritts in der Geschichte falsch wäre? Das Scheitern des Realsozialismus in Europa? Wo steht eigentlich geschrieben, daß »gesetzmäßig« identisch sein soll mit: »keine Rückschläge«, oder mit: »keine verschiedenen (Um)Wege«? Wieso soll das Scheitern eines geschichtlichen Versuchs, der unter unausgereiften ökonomischen, ideologischen usw. Voraussetzungen begann, somit eigentlich gegen die Theorie von Marx über die Bedingungen erfolgreicher gewaltiger gesellschaftlicher Umwälzungen, der Beweis dafür sein, daß es in der Geschichte nicht gesetzmäßig zugeht? Verleugnung von Gesetzmäßigkeiten in der Gesellschaft ist letztlich die Leugnung der Möglichkeit, die Gesellschaft wissenschaftlich zu analysieren. Denn Wissenschaft existiert nur dort, wo Gesetze festgestellt werden können. Mir scheint, daß nicht nur Marx aufgegeben, sondern sogar noch hinter Hegel zurückgegangen wird, dessen »wirkender Weltgeist« Gesetzmäßigkeiten in der Geschichte ahnen ließ.²

A. Brie meint, die »ML-Schule« habe die Gesellschaft trotz der Engels'schen Altersbriefe auf ihre Ökonomie reduziert und zu einem »blutleeren Ökonomismus« mit entsprechender »Fehleinschätzung der widerspruchsvoll-heterogenen Ganzheitlichkeit und Komplexität moderner Gesellschaften« geführt (S. 57).³ Ich bin mir darüber im klaren, daß es in einem Grundsatzartikel wie dem von A. Brie schlecht möglich ist, zu allen aufgestellten Thesen die Be-

Detlef Joseph – Jg. 1943, Prof. Dr. sc. jur., bis September 1991 im Institut für Staats- und Rechtstheorie der Sektion Rechtswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin.

»Die Überlebensfähigkeit der Demokratien mit freier Verfassung und pluralistischer sozialer Organisation ist heute sicherlich auch dem Mangel an attraktiven politischen Gegenmodellen zu danken. Weder das faschistische Modell noch das Beispiel des real existierenden Sozialismus besitzen heute, ..., eine systemgefährdende Anziehungskraft, auch wenn die ›totalitäre Verführung‹, die den umständlichen, zu Ausgleich und Kompromiß nötigenden pluralistischen Entscheidungsprozeß zugunsten eindeutiger, ideologisch fundierter Lösungen gerne abschaffen möchte, noch nicht völlig wirkungslos ist.« Kurt Sontheimer: Wie stabil sind die Demokratien Westeuropas?, in: FAZ vom 8. Dezember 1987.

weise auch dadurch zu liefern, daß die Quellen angegeben werden. So ist es zwar möglich, aber leider unbefriedigend, wenn Brie es für erforderlich hält, auf einen von ihm angenommenen »sozialökonomischen Reduktionismus« (S. 57) bei Marx und Engels aufmerksam zu machen, jedoch nicht wenigstens andeutungsweise ausführt, wo er Beweise für seine Annahme sieht.

Es sollte Linken allerdings zu denken geben, daß der Vorwurf des »Ökonomismus« zum Standardrepertoire der erklärten theoretischen und praktischen Feinde des dialektischen und historischen Materialismus gehört. Das sind dieselben Leute, die nicht müde werden, die kapitalistische Ökonomie zu lobpreisen und den Maßstab »Es muß sich rechnen!« an Alles und Jedes legen. Verwunderlich ist es allerdings nicht, daß die Analyse gesellschaftlicher Prozesse von der ökonomischen Grundlage her rigoros abgelehnt bzw. maximal relativiert wird, geht es doch darum, die Abhängigkeit des Ideologischen und Politischen von der Ökonomie zu verschleiern, insonderheit wegen der bei der Bezugnahme auf das Ökonomische sofort aufscheinenden Frage nach dem Charakter des Eigentums, das der Ökonomie zugrundeliegt. Die marxistische Beweisführung von der »in letzter Instanz« entscheidenden, wenngleich nicht alleinigen Rolle der materiellen Verhältnisse, paßt nicht in das theoretische Konzept der Machterhaltung und -stabilisierung. Die Erkenntnis vom Wechselverhältnis zwischen Basis und Überbau, die die behauptete Unabhängigkeit des Ideologischen und Politischen fragwürdig macht, gehört zu den dem kapitalistischen System gefährlichsten Wahrheiten marxistischen Denkens.

Die »widerspruchsvoll-heterogene Ganzheitlichkeit« einer »modernen« Gesellschaft, von der A. Brie meint, daß sie fehleingeschätzt wurde, ist sowohl in der Theorie wie in der Praxis des Realsozialismus durchaus beachtet worden. Nicht umsonst ist der praktische Versuch unternommen worden, auf alle Ebenen der sozialistischen Gesellschaft Einfluß auszuüben und sie zu »gestalten«. Diese Tatsache wird der DDR-Führung mit dem politischen Kampfbegriff »Totalitarismus« heutzutage doch gerade angelastet. Daß dabei ein gewisses ökonomisch-mechanistisches Denken eine Rolle spielte, soll keineswegs bestritten werden. Man meinte beispielsweise durchaus, daß der »umfassende Sieg der sozialistischen Produktions-(Eigentums)verhältnisse« den Sieg der für sozialistisch angesehenen Gesellschaftsverhältnisse unumstößlich macht und gewissermaßen automatisch auch ein »neues« Bewußtsein hervorbringt. Obwohl diesem »Automatismus« so ganz auch nicht getraut wurde, weshalb unter anderem die »sozialistische Erziehung und Bewußtseinsbildung« bis zur Indoktrination einen hohen Stellenwert besaß. Den verschiedenen Sphären der Gesellschaft wurde durchaus große Aufmerksamkeit geschenkt. Ich verweise nur auf die in den offiziellen Parteidokumenten immer wieder versuchten »Analysen« der Entwicklung aller gesellschaftlichen Bereiche.

Der Verzicht auf Quellenangaben ist zumindest an einer Stelle allerdings nicht hinzunehmen. Es geht um die »moderne Gesellschaft«. Sowohl in seinem ND-Artikel als auch in der »Utopie kreativ« behauptet A. Brie, um sich gegen den Vorwurf, bei seiner terminologischen Bevorzugung des Begriffs der »Moderne« gehe

die konsequente Kennzeichnung des Heutigen als Kapitalismus verloren, zu verteidigen, daß es »Marx und Engels selbst (waren), die die kapitalistische Gesellschaft als erste moderne Gesellschaft bezeichneten« (S. 57). Sicher kann es nicht darum gehen, eigene Standpunkte mit Zitaten von Autoritäten abzustützen. Aber wenn man sich auf diese Autoritäten beruft, wie A. Brie das bezüglich der »Moderne« tut, dann möchte man doch schon überprüfbare Quellenangaben zur Verfügung haben. Nun gibt es bereits einen Aufsatz von Hans-Peter Krüger aus dem Jahre 1990, der für A. Brie möglicherweise Gedankenanstoß war und in dem es heißt: »Mir scheint es sinnvoll zu sein, den von Marx und Engels verwendeten Ausdruck der ›modernen bürgerlichen Gesellschaft‹⁴ näher zu hinterfragen, um in der Problemstellung der positiven Negation des Kapitalismus weiterzukommen: was ist in der kapitalistischen Gesellschaft im Vergleich zu allen vorkapitalistischen Gesellschaften eine strukturelle Errungenschaft für moderne Gesellschafts- und Kulturentwicklung generell?«⁵ Es ist nicht Anliegen meines Beitrages, sich mit der »Moderne«-Konzeption auseinanderzusetzen. Nur soviel sei angemerkt: Es mutet schon etwas seltsam an, wenn die bei Krüger in der Anmerkung 4 genannten Stellen aus dem Werk von Marx zum Beweis dafür herangezogen werden, schon Marx sei als Vorläufer der heutigen Moderne-Theoretiker anzusehen. Tatsächlich analysiert Marx die revolutionierende Wirkung des Kapitalismus auf die Erweiterung der Produktion, die Schaffung neuer Bedürfnisse, die Entdeckung und Schöpfung neuer Gebrauchswerte, die Entwicklung der Naturwissenschaft, »die Kultur aller Eigenschaften des gesellschaftlichen Menschen und Produktion desselben als möglichst Bedürfnisreichen, weil Eigenschafts- und Beziehungsreichen - seine Produktion als möglichst totales und universelles Gesellschaftsprodukt - (denn um nach vielen Seiten hin zu genießen, muß er genußfähig, also zu einem hohen Grad kultiviert sein) - ist ebenso eine Bedingung der auf das Kapital gegründeten Produktion.«⁶ Wo Marx von der »modernen bürgerlichen Gesellschaft« spricht,⁷ nutzte er meines Erachtens das Wort »modern« synonym für »gegenwärtig« oder »heutig« oder im Verhältnis zu den erstarrten Verhältnissen vor der Zeit des Kapitalismus. Jedenfalls nicht im Sinne des heute mit dem Begriff der »Moderne« praktizierten Verdeckens der Herrschaft des Kapitals. Ich maße mir nicht an, den Inhalt der MEW-Bände zu beherrschen, kann aber nicht umhin darauf zu verweisen, daß es eine durchaus markante Stelle zu diesem Problem gibt. Marx schrieb 1853, daß die Entwicklung des Eisenbahnwesens in Indien »ganz naturgemäß zum Vorläufer einer modernen Industrie werden« wird, und daß »die im Gefolge des Eisenbahnsystems entstehende moderne Industrie ... die überkommene Arbeitsteilung und damit die Grundlage der indischen Kasten aufheben (wird), die Indiens Fortschritt und Indiens Machtentfaltung so entscheidend behindert haben.« Marx bleibt dabei allerdings nicht stehen, sondern bemerkt: »Alle Maßnahmen, zu denen die englische Bourgeoisie möglicherweise genötigt sein wird, werden der Masse des Volkes weder die Freiheit bringen noch seine soziale Lage wesentlich verbessern, denn das eine wie das andere hängt nicht nur von der Entwicklung der Pro-

»Die Demokratie ist kein Harmoniebündnis, sondern eine streitige, freie und offene Auseinandersetzung über den besten Weg. Und der muß auch entschieden werden. Und das geschieht bei jeder Wahl.«

Bundespräsident Richard v. Weizsäcker: Interview, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 137 vom 2. Dezember 1987, S.1163.

»Wir wissen doch, wie das Problem Flick häufig über das Sherryglas hinweg diskutiert wird. Da wird aufstöhnend gesagt: Wie kann ein so tüchtiger Mann wie der Brauchitsch so viel aufschreiben! Wissen Sie, damit daß unsere Industriekapitäne beschließen, künftig weniger Aktennotizen zu schreiben, ist das Problem moralisch nicht aufzuarbeiten...«

Abgeordneter Dr. Glotz (SPD) in: Deutscher Bundestag, Stenographisches Protokoll, 102. Sitzung vom 16. 11.1984, S. 7466.

duktivkräfte ab, sondern auch davon, daß das Volk sie selbst in Besitz nimmt. Auf alle Fälle aber wird die Bourgeoisie die materiellen Voraussetzungen für beides schaffen. Hat die Bourgeoisie jemals mehr geleistet? Hat sie je einen Fortschritt zuwege gebracht, ohne Individuen wie ganze Völker durch Blut und Schmutz durch Elend und Erniedrigung zu schleifen?«⁸ Marx schrieb in diesem Artikel abschließend: »Erst wenn eine große soziale Revolution die Ergebnisse der bürgerlichen Epoche, den Weltmarkt und die modernen Produktivkräfte, gemeistert und sie der gemeinsamen Kontrolle der am weitesten fortgeschrittenen Völker unterworfen hat, erst dann wird der menschliche Fortschritt nicht mehr jenem scheußlichen heidnischen Götzen gleichen, der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken wollte.«⁹ Sollten wir nicht als Linke bei aller Anerkennung der in den Klassenauseinandersetzungen auch für die Arbeitenden erreichten Freiheiten und materiellen Errungenschaften ständig darüber aufklären, daß das Bestehende Kapitalismus ist und zwar mit aller Verantwortlichkeit für Krieg, Vernichtung, Arbeitslosigkeit, Kriminalitätsentwicklung, moralischer Degradation und Elend in dieser Welt. Wenn von »Moderne« die Rede ist, dann wird man ohne Zweifel feststellen können: Die Ausbeutung ist durch die Jahrhunderte der Existenz des Kapitalismus bei aller Änderung der Art und Weise des Arbeitens aktuell, gegenwärtig, d.h. »modern« geblieben.¹⁰ Mir scheint, daß Marx zum Kronzeugen der Ansichten unserer linken Modernetheoretiker nicht taugt.

Gelegentlich kann man auch von linken Politikern vernehmen, die BRD sei einer der demokratischsten Staaten der Erde. A. Brie verweist auf die durchaus negative Reaktion der Zuhörer, als in einer Versammlung von einem Teilnehmer diese These verkündet wurde.¹¹

Es scheint notwendig sich daran zu erinnern, daß das Eindringen in das Verhältnis von Erscheinung und Wesen einer Sache eine Grundvoraussetzung dafür ist, sein Handeln richtig bestimmen zu können. Die Analyse gesellschaftlicher Vorgänge und Prozesse bringt Begriffe und Definitionen hervor, deren massenhafte Anwendung in der Praxis ideologische Wirkungen erzeugt. »Wer über die öffentliche Sprache bestimmt, hat sich Legimitätsvorteile für Realitätsdefinitionen verschafft, und er hat leichtes Spiel, den Menschen autoritäre Vorgaben für trennscharfe Unterscheidungen zu machen: zwischen Freund und Feind, zwischen Realismus und Utopie, zwischen Tugenden der Ordnung und dem Protest und Widerstand.«¹² Ich füge als weitere Beispiele hinzu: zwischen guten und bösen Spionen, zwischen BRD-Rechtsstaat und DDR-Unrechtsstaat, zwischen freiheitlicher Demokratie und kommunistischer Diktatur. Heiner Geißler hat sehr deutlich formuliert: »Revolutionen werden heute nicht mehr herbeigeführt, indem man Telegraphenämter und Bahnhöfe besetzt, sondern indem man Begriffe besetzt.«¹³ Einer dieser grundlegenden Begriffe ist der der Demokratie. »Der Demokratiebegriff entwickelt mehr und mehr die Tendenz, synonym mit allem Guten, Schönen und Wahren in der Gesellschaft zu werden ... Der Demokratiebegriff wird heute von allen beansprucht, selbst von faschistoiden Gruppen ... Alle Systeme

me - unabhängig von der Gesellschaftsformation und dem Entwicklungsstand - gehören nach einer Untersuchung der UNESCO ... zu den Befürwortern der Demokratie.«¹⁴

Nun ist unverkennbar, daß unter den Linken von heute eine theoretische Verunsicherung in vielerlei Hinsicht festzustellen ist. Alles, was einmal zum theoretischen Grundbestand des historischen Materialismus im allgemeinen und der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften im besonderen gehörte,¹⁵ scheint in Frage gestellt, weil die Praxis, die sich auf diese Theorie berief, zumindest in Europa obsolet geworden ist.

Das Verständnis der Demokratie nimmt dabei einen besonderen Platz ein. Das ist auch völlig verständlich, war doch das Fehlen bestimmter Demokratie in der sozialistischen Gesellschaft einer der entscheidenden Gründe für den Niedergang des Realsozialismus in Europa.¹⁶ Dem Mangel an Demokratie scheint man mit dem Anschluß der DDR an die BRD entronnen zu sein. Nunmehr wird auch von Linken kundgegeben, die BRD sei einer der demokratischsten Staaten der Erde¹⁷ und bei der Verkündung dieser Behauptung laut werdender Widerspruch gerät in den Verdacht fundamentalistischer Betonköpfigkeit. A. Brie relativiert diese Lobeshymne der BRD-Demokratie zwar, indem er meint, damit sei eigentlich »etwas über den erbarmungswürdigen Zustand von Demokratie auf dem Erdball gesagt«¹⁸ - was man aus der Eloge beim besten Willen nicht ohne weiteres zu schlußfolgern vermag -, meint dann aber weiterhin, daß die »notwendige Relativierung und Problematisierung ... nicht auf eine Leugnung demokratischer und rechtsstaatlicher Errungenschaften in der BRD hinauslaufen« könne.¹⁹ Dieser Standpunkt ist zu unterstützen. Nur fragt es sich, gegen wen da eigentlich polemisiert wird. Ohne Zweifel bietet die Geschichte der kommunistischen Arbeiterbewegung nicht wenige Beispiele sowohl für die Unterschätzung, ja Mißachtung bürgerlicher Demokratie in den kapitalistischen Staaten²⁰ als auch der Mißachtung oder Geringschätzung der in der bürgerlichen Demokratie erreichten zivilisatorischen Errungenschaften persönlicher Freiheiten und Rechte nach der Errichtung der politischen Herrschaft in den europäischen sozialistischen Staaten. Aber ebenfalls ohne Zweifel sind aus den schrecklichen Folgen der Mißachtung der Errungenschaft bürgerlicher Demokratie von der kommunistischen Bewegung in den kapitalistischen Ländern die richtigen Schlußfolgerungen auch zu ihrer Verteidigung gezogen worden. Wenn von Sozialisten heute auf den formalen Charakter bürgerlicher Demokratie verwiesen wird, bedeutet das keineswegs eine Mißachtung, sondern macht nur deutlich, daß man die Grenzen der Rechte und Freiheit, die die bürgerliche Demokratie ausmachen, nicht aus dem Auge verlieren darf. Das Formale ist von außerordentlichem Stellenwert und besitzt im konkreten Falle durchaus inhaltliche Bedeutung hinsichtlich der Abwehr von Verletzungen der Rechte und Freiheiten des Individuums. Die historisch konkreten Vorzüge der bürgerlichen Demokratie sind zu nutzen und gegen Abbau zu schützen.

Es muß wiederholt werden: Bei aller Anerkennung des zivilisatorischen Gehalts bürgerlicher Demokratie sollten Linke jedoch

»Ein erster Standardeinwand (von Ostdeutschen - D.J.) zieht seinem Kern nach den ›demokratischen Gehalt‹ der repräsentativen Demokratie in Zweifel. Er tritt häufig in der Redefigur auf, zwar habe es in der DDR keine freien Wahlen gegeben, aber auch heute hätte doch das Volk, der ›kleine Mann auf der Straße‹ sozusagen, in Wirklichkeit nichts zu sagen. Die eigentlich Mächtigen, die wirklich das ›Sagen hätten, säßen doch entweder in den Banken und den Konzernzentralen usw. oder hätten - als Spitzenpolitiker - längst den Kontakt zu den Massen verloren‹. Im Grunde genommen sei es also genauso wie früher - jedenfalls: daß das Volk herrsche, davon könne keine Rede sein..... Dem ersten Standardeinwand liegt die weit verbreitete Fiktion zugrunde, Demokratie bedeute im wörtlichen Sinne Volksherrschaft. Diese - am Wortsinn festhaltende - Vorstellung war nicht zuletzt durch propagandistisch vorgetragene Ansprüche, was die sozialistische Demokratie sei, induziert worden. Nachdem es offensichtlich geworden war, daß diese Ansprüche im Realsozialismus nicht eingelöst werden konnten, sollte nun - die ›Diktatur der Bonzen‹ war abgeschüttelt - die Herrschaft des Volkes angetreten werden auf daß es dem ›kleinen Mann‹ endlich besser ginge. Dem geht es häufig auch besser, allerdings blieb unberücksichtigt, daß es vielen, die sich nicht oder nicht mehr zu den ›kleinen Leuten‹ rechnen, noch viel besser geht und mit wachsenden relativen Abständen im Lebensniveau auch absolute Zuwächse partiell entwertet werden. Dieser Herrschaftscharakter,

der selbst durch die Implantierung von mehr basisdemokratischen oder plebiszitären Elementen nicht zu tilgen wäre, ist eine direkte Konsequenz des Mehrheitsprinzips. Jede Durchsetzung eines Mehrheitsbeschlusses bedeutet Herrschaftsausübung einer Mehrheit über eine Minderheit. Unbedacht blieb offenbar auch, daß Demokratie, und hier handelt es sich um eine repräsentative Demokratie; nicht bedeutet, daß jeder in jeder Angelegenheit mitentscheiden kann. Entscheidungen, die alle betreffen können, fällen wenige Volksvertreter, die jeweils nur von einem Teil des Volkes gewählt wurden. Naturgemäß muß es viele geben, die sich von diesen Repräsentanten des Volkes nicht vertreten fühlen. Illusionäre Vorstellungen, die diesbezüglich etwas anderes erwarten, müssen zu Enttäuschungen führen und können generelle Vorbehalte gegenüber der Demokratie erzeugen. Der zentrale Kern und Vorzug der Demokratie - die Möglichkeit, Regierungen, denen die Macht nur auf Zeit geliehen ist, abzuwählen - bleibt dann unerkannt.«

L. Fritze: Schwierigkeiten mit der Demokratie. Politische Denkmuster in den neuen Bundesländern, in: Das Parlament, Nr. 29-30/1994, S. 17.

nicht vor lauter Euphorie die objektiv bestehenden Schranken bürgerlicher Demokratie, die sich aus dem Klassencharakter dieser Demokratie ergeben übersehen oder verniedlichen. Der gegenwärtig gravierendste Verstoß gegen die Demokratie, die ja bekanntlich mit dem Rechtsstaatsgedanken und der Rechtsstaatspraxis verbunden ist, sind die politischen Prozesse gegen DDR-Bürger für deren legitimes hoheitliches Handeln. Es ist für mich unerklärlich, wie man allein schon angesichts dieser Tatsache von einem »demokratischsten Staat« reden kann. Hier haben wir es mit einem der berühmten Knackpunkte im Verhältnis von propagiertem Anspruch und politischer Realität zu tun. Es beweist sich, daß bürgerliche - wie jede andere in letzter Instanz klassenmäßig determinierte - Demokratie gegen den politischen Gegner ihre Grenzen hat. Man komme auch nicht mit dem Einwand, es gebe im Verhältnis zur Anzahl der Ermittlungsverfahren und Anklagen doch relativ wenige ausgesprochene und rechtskräftige Verurteilungen. Abgesehen davon, daß jedes Ermittlungsverfahren und jede Anklage auch dann, wenn das Ergebnis nicht in einer Verurteilung mündet, für die Betroffenen soziale und psychische Beeinträchtigungen zur Folge hat, ist jede einzelne Verurteilung eine zuviel, wenn sie nicht tatsächlich auch nach DDR-Recht hätte erfolgen müssen.

Man sollte mithin, wenn man über den »demokratischsten Staat« philosophiert, die Realität mitbeachten. Was mich einigermaßen beeindruckt ist die, gelinde gesagt Blauäugigkeit, mit der einige auch aus unseren Reihen die BRD als »demokratischsten Staat« apostrophieren. Abgesehen davon, daß der Maßstab nicht erkennbar ist, nach dem hier gemessen wird, sollte doch wohl nicht außer Betracht gelassen werden, welche Erfahrungen und Erkenntnisse die revolutionäre linke Bewegung hinsichtlich der »Heiligkeit« und Unverbrüchlichkeit« bürgerlicher Demokratie in der Geschichte bislang gewinnen mußte.²¹ Diese Erfahrungen zu vermitteln und die Wachheit gegen den Mißbrauch oder Abbau bürgerlicher Demokratie zu schärfen, gehört m.E. zur Verantwortlichkeit sozialistischer Politiker. Lobpreiser der bürgerlich-kapitalistischen Demokratie gibt es bereits genug. Linken kommt es zu, das Verhältnis von Diktatur und Demokratie, die Hintermänner/Frauen der Macht und ihrer Ausübung, die Mechanismen der Machtausübung, das Zusammenspiel der Elemente der Gewaltenteilung offenzulegen.

Da wird, wenn von Demokratie die Rede ist, immer nur jener Bereich behandelt, der von der Internationalen Konvention über bürgerliche und politische Rechte (vom 19. Dezember 1966) erfaßt wird. Die am selben Tag erlassene Internationale Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, die u.a. im Artikel 6 Wichtiges zum Recht auf Arbeit zu sagen weiß, wird als »nicht justizabel« weitgehend ignoriert. Und was die Demokratie-Fanatiker zur wirtschaftlichen Mitbestimmung zu vermitteln wissen, ist schon interessant.²² Es geht in Ostdeutschland inzwischen auch die böse Erkenntnis um, daß man, wenn man sich zu DDR-Zeiten auf dem Alex hinstellte und rief: »Weg mit Honecker!«, fast unverzüglich selbst weg war. Im VEB-Betrieb hingegen konnte man selbst höchste Funktionäre heftig kritisieren. Heute könne man sich öffentlich negativ über den Bundeskanzler erklären und es passiere

einem nichts. Aber man solle sich nicht einfallen lassen, im Betrieb - sofern man noch Arbeit hat -, den »Betriebsfrieden« zu stören!

Man sollte nicht übersehen, daß zu dieser bundesdeutschen Demokratie mittlerweile militärische Auslandseinsätze gehören. In einem Artikel mit der Überschrift »Die Bundeswehr und der Ernstfall« heißt es, daß drohe, »dem Irrtum Vorschub zu leisten, es sei möglich, sich als einzelner von den Risiken staatlichen Handelns abzukoppeln. Das Bewußtsein der Risikoteilhabe, die Bereitschaft, sie mitzubestimmen und das Gemeinwesen zu schützen - all das gehört zusammen als wesentlicher Bestandteil der Demokratie.«²³

Und man sollte nicht übersehen, daß die Praxis dieser Bundesrepublik tagtäglich Beweise dafür liefert, daß die Demokratie politischen und ideologischen Zwecken untergeordnet ist.

Bekanntlich - oder vielleicht manchem Linken eben nicht mehr bekannt - ist der tendenzielle Abbau der bürgerlichen Demokratie im hochentwickelten Kapitalismus ein stetiger Prozeß, in dem auch ideologische Voraussetzungen geschaffen werden, um gegebenenfalls eine für die Machterhaltung des Bestehenden erforderliche totale Beseitigung dieser Demokratie »plausibel« zu legitimieren. Das »Erforderliche« bezieht sich auf jene Situation, in der die Herrschenden meinen, für den Bestand ihrer Machtausübung Gefahr sehen und Gegenmaßnahmen einleiten zu müssen. Der STERN-Reporter Peter Grubbe berichtete 1967: »Opposition können wir uns leisten, wenn die deutsche Wirtschaft wieder flott ist« erklärte mir der Leiter eines Industrieverbandes in Köln, »heute heißt es erst mal: Alle Mann an Deck!«²⁴ Der damalige CDU-Bundesinnenminister Paul Lücke wußte am 20.2.1969 im Deutschlandfunk auf die Frage: »Stellt die ... Untergrundtätigkeit der verbotenen Kommunistischen Partei eine ernsthafte Gefahr für unsere rechtsstaatliche Ordnung dar?« zu antworten: »Nein, derzeit nicht; nur müssen wir uns klar darüber sein: Solange die Sonne der Konjunktur scheint, solange wir Vollbeschäftigung haben, solange wird diese Demokratie bestehen und in keine Gefahr hineingeraten. Aber, ich habe das in Weimar erlebt, wenn einmal fünf-, sechs Millionen Arbeitslose da sind, dann beginnt die hohe Zeit für die Agenten des Kommunismus, und für den Augenblick müssen wir uns vorbereiten und für den Augenblick müssen wir unseren Staat rüsten.« Im übrigen: Der Staat BRD ist »gerüstet« - streng »rechtsstaatlich«, wie sich versteht. Das Notstandsrecht ist in Sack und Tüten. Das 17. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes v. 24.6.1968²⁵ hat die entsprechenden Artikel in das GG eingefügt. Es sei hier an Art. 91 GG (Innerer Notstand) erinnert: »(1) Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes kann ein Land Polizeikräfte anderer Länder sowie Kräfte und Einrichtungen anderer Verwaltungen und des Bundesgrenzschutzes anfordern.« Ich überlasse es dem Leser, sich den Anlaß und die Praxis der »Rechtsanwendung« auszumalen.

Man betrachte heutzutage den Umgang mit der PDS. Neben dem permanenten »lauten Nachdenken« über eine »Verfassungsfeindlichkeit« der PDS reagiert die Reaktion hektisch auf den Wiedereintritt der PDS in den Bundestag. Es wird erwogen, streng

»Ein dritter Standardeinwand gründet auf der Feststellung, daß die Regierenden in der Demokratie oder auch die ökonomisch Mächtigen keineswegs ›bessere‹, moralisch integere Menschen seien als die vormals Mächtigen. ... Der dritte Standardeinwand ist mit der Fiktion verbunden, Demokraten seien grundsätzlich bessere Menschen als Diktatoren... Der Unterschied zur Diktatur besteht aber nicht darin, daß in der Demokratie nicht bestochen und sich persönlich bereichert würde, sondern darin, daß hier die Möglichkeit besteht, derartige Machenschaften aufzudecken und gegebenenfalls selbst höchste Repräsentanten des Staates zur Verantwortung zu ziehen. Die Demokratie kann nachgerade als eine Erfindung beschrieben werden, die menschliche Unzulänglichkeit - und zwar sowohl in kognitiver als auch moralischer Hinsicht - zumindest partiell und mit größerer Wahrscheinlichkeit zu kompensieren. Bei diesem dritten Einwand spielt aber auch die Fiktion eine Rolle, demokratische und marktwirtschaftliche Verhältnisse erforderten vom einzelnen keine Anpassungsleistungen. Daß aber in jeder Gesellschaft Konformitätszwänge existieren ... dürfte eine Binsenweisheit sein. Daß in jeder Gesellschaft Herrschaftsbeziehungen und daraus Abhängigkeiten existieren, hätte man ebenfalls wissen können.«
L. Fritze: Schwierigkeiten ..., a.a.O.

»demokratisch«, auf der Grundlage der vorhandenen systemimmanenten Parlamentsmehrheiten, den ungeliebten Konkurrenten auch durch die Änderung des bislang geheiligten Wahlrechts künftig auszuschalten. (Die Art und Weise des Umgangs mit dem Wahlrecht in den sozialistischen Ländern, eine der Ursachen des Niedergangs des Realsozialismus, steht hier nicht zur Debatte). Ein solches Vorgehen kann man in folgender Weise bewerten: »Ein Rechtssystem, das vor allem im Dienst der Macht steht, verfehlt im Kern die allem Recht zugrunde liegende Aufgabe, im Konflikt zwischen Macht und Recht der Macht Schranken zu setzen. Es war die Erkenntnis der europäischen Rechtsphilosophie, daß die sich entwickelnde Machtkonzentration im modernen Staat nur erträglich sein werde, wenn sie durch Recht begrenzt ist.« Diese Wertung soll natürlich nicht die Praxis der BRD kennzeichnen, sondern steht, um die DDR zu brandmarken, im Bericht der »Eppelmann«-Kommission des Bundestages!²⁶

Und es gibt weitere Behinderungen: Da wird über die Veränderung der Wahlkreise unter dem Aspekt nachgedacht, die Chancen linker Kandidaten zu verringern. Da wird durch die Anwendung des die Minderheiten benachteiligenden de'Hondt-Zählverfahrens die Herrschaft der Konservativen stabilisiert. Da wird mit Geschäftsordnungstricks die Besetzung von parlamentarischen Ämtern durch PDS-Abgeordnete verhindert. Da sollen in Berlin die Vollmachten von »Zählgemeinschaften« durch Auslegung seitens der Innenverwaltung so zurechtgebogen werden, daß die PDS als stärkste Fraktion in den Ostberliner Stadtbezirken um die Rechte gebracht wird, die bislang die jeweils stärkste Fraktion besaß.²⁷ Und da wird den der PDS nahestehenden Stiftungen die Finanzierung aus dem Staatshaushalt verwehrt, wohl wissend, daß zum Verwirklichen demokratischer Rechte und Freiheiten auch materielle Voraussetzungen gehören.

Jedenfalls sollte für Linke nicht die Rolle des apologetischen Anbeters eines Systems angemessen sein, das erkennbare Defizite im Demokratischen aufweist. Die BRD, als repräsentative Demokratie mit einer starken Stellung systemkonformer Parteien konzipiert, leidet unter der wachsenden Macht der Exekutive gegenüber den Vertretungskörperschaften ebenso wie unter der Allmacht der Parteibürokratie und der permanent wachsender Politikverdrossenheit der »Normalbürger« des Landes. Diese massenhafte Politikverdrossenheit hat viele Ursachen. Nicht zuletzt gehört zu ihnen das wachsende Gefühl und Bewußtsein, in dieser Demokratie letztlich nichts zu sagen zu haben. Die Stimmabgabe wird als non plus ultra der Demokratie glorifiziert. Danach sind die Volksvertreter nur noch ihrem Gewissen verantwortlich, das sich oft genug als am eigenen Gewinn orientiert erweist.²⁸

Wahlversprechungen sind in der Regel Versprechungen, die am Tage nach der Wahl vergessen sind und besser als Betrug am Wähler zu kennzeichnen wären. Wer an die Versprechen glaubt, muß damit leben, geglaubt zu haben.

Wenn von bürgerlicher Demokratie die Rede ist, kann man eben auch an der Frage nicht vorbei, wer in dieser Demokratie in letzter Instanz das Sagen hat. Das hat nichts mit »ökonomistischem Re-

duktionismus« zu tun und ist auch nicht als gradlinig unvermittelt funktionierender Mechanismus zu verstehen. Gelegentlich gerät das Wechselspiel Großes Geld - Politik zur Kenntnis des breiten Publikums. Aus der Konkurrenz verschiedener ökonomischer und politischer Gruppierungen und Fraktionen hat die Öffentlichkeit manchmal insofern einen Gewinn, als an sich tunlichst verborgen Gehaltene nach außen dringt. Es sei an die Flick-Affäre erinnert, die 1984 die BRD bewegte. Hier soll nicht der Einzelheiten des Skandals der finanziellen Politikerbeeinflussung gedacht werden, sondern die Demagogie gezeigt werden, mit der im Bundestag dazu diskutiert wurde. Der Abgeordnete Dr. Langner (CDU/CSU) fragte scheinheilig, was denn bei der Flick-Affäre eigentlich der Kern der Sache sei, um zu antworten: »Ein Konzern, sein Inhaber, einige Geschäftsführer und Mitarbeiter haben sich da eine Menge herausgenommen, was mit gutem demokratischen Stil und Verhalten nicht vereinbar war. Wirtschaft und Politik sollten nicht so miteinander umgehen, wie es in manchem Vermerk des Herrn Brauchitsch verzeichnet ist. Manchmal wäre auch etwas mehr Distanz des Staates, der neutral zu sein hat, angebracht gewesen. ... Im übrigen können nur Materialisten meinen, daß es allein das Geld ist, das die Welt regiert... Die Spenden an politische Parteien, ... , haben grundsätzlich nichts mit Käuflichkeit zu tun. ... Welches sind denn die konkreten Gegenleistungen gewesen? Die Behauptung ›Spende gleich Einflußnahme auf Entscheidungen‹ ist falsch.«²⁹ Der CDSU/CSU-Abgeordnete Eylmann wußte zu vermelden: »Die Instrumentarien der Republik haben im Ergebnis dem Versuch korrumpierender Einflußnahme standgehalten. Wir haben keine gekaufte, wir haben allenfalls eine denunzierte Republik.«³⁰ Und der Bundestagsabgeordnete Dr. Vogel (SPD) fügte der Debatte die »scharfe« Bemerkung hinzu: »Es gibt die anstößigen Verwachsungen von Geld und Politik von denen gestern hier die Rede war.«³¹ Es wird so getan, als handle es sich um vereinzelte schwarze Schafe. Tatsächlich ist die hier dargestellte Beziehung Geld-Politik Systembestandteil.

Letztlich ist zu konstatieren, daß es für die Bewertung der Demokratie bedeutsam ist, ob man über eine marxistische Analyse des bürgerlichen Staates verfügt oder im allgemeinen Gerede vom »Sozialfaktor Staat«, vom Staat als »Strukturbestandteil im System gesellschaftlicher Phänomene« usw. befangen bleibt. Wird übersehen, daß der heutige kapitalistische Staat BRD nach wie vor Machtinstrument nach außen und Disziplinierungs - und Unterdrückungsinstrument nach innen geblieben ist und die bislang auch ausgeübte Funktion sozialer Sicherung der Bürger zunehmend abgebaut wird, dann verkennt man auch das Wesen dieser bürgerlichen Demokratie und verbleibt in illusionären Vorstellungen.

1 A. Brie: Zur Verteidigung von Theorie und Politik sozialistischer Moderne, in: UTOPIE kreativ, Heft 61 (November 1995), S. 56ff. Nicht näher gekennzeichnete Seitenangaben in diesem Aufsatz beziehen sich auf diesen Artikel. Zur Problematik vgl. auch A. Brie: Linke sitzt im Schmollwinkel, in: Neues Deutschland, 7./8. Oktober 1995.

2 Daß nach dem Zusammenbruch des europäischen Realsozialismus die Abkehr nicht weniger ehemaliger Gesellschaftswissenschaftler - die nunmehr bestenfalls Geisteswissenschaftler sein wollen - vom »Marxismus-Leninismus« und zugleich mehr oder weniger stillschweigend von Marx und seiner wissenschaftlichen Analyse, d.h. seiner Erkenntnis von auch in der Gesellschaft wirkenden Gesetzen Konjunktur hat - siehe z. B. R. Mocek: Vom Patriar-

- chensozialismus zur sozialistischen Demokratie. Gedanken zu einer neuen Theorie der Gesellschaft, in: Initial Heft 1/1990, S. 5ff. -, ist allerdings nicht zwingend ein Beweis für die Unrichtigkeit des dialektischen und historischen Materialismus. Hinsichtlich der Terminologie folge ich im weiteren dem Gedanken von Th. Kuczynski, der »den weniger handlichen Begriff »auf Marx basierendes Denken«³, bevorzugen würde, aber aus Rationalitätsgründen den Begriff »Marxismus« verwendet (Th. Kuczynski: Zwischen Wissenschaft und Politik, in: ND vom 18./19. November 1995, S. 10)
- 3 Schon in dem Artikel von H.-P. Krüger: Moderne Gesellschaft und »Marxismus-Leninismus« schließen einander aus (Initial, Heft 2/1990, S. 149ff.) werden analoge Vorwürfe erhoben.
 - 4 Vgl. u.a. K. Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Vorwort, in: MEW, Bd. 13, S. 7ff.; K. Marx: Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 28f., 79f., 312f., 387f. (so die Quellenangaben in dem in der Anm. 5 angeführten Artikel.). (Hervorhebungen im Original - D.J.)
 - 5 H.-P. Krüger: Zur Differenz zwischen kapitalistischer und moderner Gesellschaft, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 3/1990, S. 202ff.
 - 6 MEW, Bd. 42, S. 322f.
 - 7 MEW, Bd. 13, S. 7; Bd. 42, S. 40 u. 41.
 - 8 K. Marx: Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien, in: MEW, Bd. 9, S. 224.
 - 9 A.a.O., S. 225.
 - 10 Soweit ich das übersehen kann, wird gerade dieser Aspekt von den Autoren, die u.a. von A. Brie herangezogen werden, nicht behandelt. Man wünschte sich auch, daß kritische Literatur zu den bürgerlichen Moderntheoretikern beachtet wird. Ich erlaube mir, auf einen Beitrag von mir aufmerksam zu machen, in dem ich zu dem demokratie- und rechtstheoretischen Buch von J. Habermas: Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt a.M. 1992, Stellung genommen habe. (D. Joseph: Macht, Recht, Rechtsstaat. Kritisches zum Konzept von Jürgen Habermas, in: Z.- Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 15 (November 1993), S. 97ff.
 - 11 A. Brie, Zur Verteidigung ..., a.a.O., S. 62.
 - 12 O. Negt, A. Kluge: Maßverhältnisse des Politischen, Frankfurt a.M 1992, S. 61.
 - 13 Zitiert nach: O. Negt, A. Kluge, Maßverhältnisse..., a.a.O., S. 61. Ein nahezu klassisches Beispiel für die falsche Belegung von Begriffen ist die Verwendung des Begriffs »Diktatur«. Tatsächlich meinen einige Politiker allen Ernstes, die heute verfolgen Akteure der DDR hätten keinen Grund, sich darüber die entrüsten, daß die DDR als »Diktatur« (»diktatorisches Gewalt- und Unrechtssystem« - so heißt es im Bericht der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, BT-Drs. 12/7820, S. 20) bezeichnet werde, habe sich doch die DDR selbst als Diktatur, nämlich als Diktatur des Proletariats, verstanden. Voller Absicht wird dabei übergangen, daß der Begriff der Diktatur des Proletariats bei Marx und Lenin ein wissenschaftlicher Begriff zur Kennzeichnung des Staatstyps einer gegebenen Produktionsweise (Gesellschaftsordnung) war, der die Klasse (Klassen) charakterisierte, deren politische Herrschaft durch den gegebenen Staat realisiert wurde bzw. wird. So war auch der deutsche faschistische (=nationalsozialistische) Staat eine Staatsform des kapitalistischen Staatstyps (der Diktatur der Bourgeoisie) und kein sozial unbegründetes Produkt eines einzelnen Usurpators, keine »Verirrung« der Geschichte. Die Kennzeichnung des jeweiligen Staatstyps als Diktatur der Sklavenhalter, der Feudalherren, der Bourgeoisie und des Proletariats (der Arbeiterklasse) sagte durchaus nichts darüber aus, in welcher Art und Weise die jeweilige Diktatur der Klasse (Klassen) ausgeübt wurde und wird. Die Art und Weise der Verwirklichung der Diktatur einer Klasse kann brutal-terroristisch, autoritär, demokratisch-parlamentarisch, bonapartistisch, auch »diktatorisch« usw. sein. Die heutigen herrschenden Ideologen negieren absichtlich diese notwendigen Unterscheidungen, ja sie akzeptieren sie überhaupt nicht, weil die Erscheinungen der Gesellschaft nach bürgerlichem Verständnis dem Grunde nach eigentlich wissenschaftlich nicht durchschaubar sind. Die vielgepriesene Pluralität der Anschauungen zur Gesellschaft und deren Erscheinungen verdeckt in nicht geringen Maße, daß man sich der wissenschaftlichen Definition zu entziehen sucht. Jeder Wissenschaftler hat eben seine Definition vom Staat, vom Recht, von der Gerechtigkeit usw. Selbst für den gepriesenen Rechtsstaat wartet man mit eine Fülle von Definitionen auf.
 - 14 H. R. Buck (Hrsg.): Demokratie. Studentexte, München 1974, S. 12 (zitiert nach: U.-J. Heuer: Zur Entwicklung der Demokratietheorie in der DDR, in: Demokratie und Recht, 1/1988, S. 29).
 - 15 Es bleibe hier unbeachtet, daß der »Marxismus-Leninismus« in der Tat in weiten Strecken eine Legitimation des Bestehenden war. Nicht übersehen werde sollte aber, daß die Verballhornung und der Mißbrauch einer Wissenschaft nicht dieser Wissenschaft angelastet werden kann. Linke sollten der Bourgeoisie nicht den Gefallen tun, die notwendige kritische Analyse des »Marxismus-Leninismus«, dessen Konstituierung auf Stalin zurückgeht, in eine Aufgabe des wissenschaftlichen Grundgehalts des dialektischen und historischen Materialismus zu verwandeln. Bekanntlich hatte Stalin 1924 an der Swerdlow-Universität verkündet: »Der Leninismus ist der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution«. (J. W. Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus, in: J. W. Stalin: Werke, Bd. 6, Berlin 1952, S. 63).
 - 16 Die Ernüchterung nicht weniger Ostdeutscher, deren Idealbild von bundesdeutscher Demokratie mit dem Erleben dieser Demokratie nach dem Anschluß ins Wanken geraten ist, beschreibt L. Fritze in seinem Aufsatz »Schwierigkeiten mit der Demokratie. Politische Denkmuster in den neuen Bundesländern, in: Das Parlament, Nr. 29-30/1994, S. 17), wobei er in seiner Gegenargumentation deutlich macht, daß die Ostdeutschen »Fiktionen« erlegen sind, die sie sich selbst aufgebaut hatten. Wer den Schaden hat, braucht sich um den Spott nicht zu sorgen!
 - 17 So Thomas Drzisga in seinem Diskussionsbeitrag anlässlich der Gründungsveranstaltung des »Marxistischen Forums« am 29. Mai 1995 (vgl. A. Brie, Zur Verteidigung..., a.a.O., S. 62.) In der Erklärung des Bundesvorstandes der PDS vom 11. September 1995 »Zum 5. Jahrestag der deutschen Vereinigung« ist die Behauptung zu lesen, die deutsche Vereinigung

- habe »für die große Mehrheit einen deutlichen Zuwachs an Demokratie, Freiheit und Menschenrechten gebracht« (Presseamt der PDS Nr. 37/1995, S. 12). Nebenbei bemerkt: Der Maßstab, den Helmut Schmidt für die Demokratie setzt, hat folgenden Inhalt: »...solange nicht nur einmal, sondern mehrere Male mit größter Selbstverständlichkeit durch den Willen des Wählers und keinerlei Manipulationen von sonstwem Regierung und Opposition ausgewechselt worden sein werden, 1 x, 2 x, 3 x, 4 x, erst wenn der Pendelschlag mit großer Selbstverständlichkeit hin und her funktioniert hat, mehrere Male, erst dann können wir annehmen, daß diese zweite deutsche Demokratie etwas Endgültiges, etwas Stabilisiertes sei.« (Helmut Schmidt, in: Der Spiegel Nr. 13 (21. März 1966), S. 106.
- 18 A. Brie, Zur Verteidigung ..., a.a.O., S. 62.
- 19 Ebenda.
- 20 Dabei sollte allerdings nicht übersehen werden, daß der Klassencharakter der bürgerlichen Demokratie eben auch nicht selten gegen die kommunistischen Arbeiter und ihre Parteien praktikabel wurde und den Haß, der mit dem Verstand nicht einfach auszuschließen war, bis zur Blindheit gegenüber den politischen Konsequenzen der Negation bürgerlicher kapitalistischer Demokratie schürte.
- 21 Laut »Times« vom 1. Oktober 1973 äußerte Pinochet, bis heute weder angeklagt noch verurteilter siegreicher Putschist gegen den frei und demokratisch gewählten chilenischen Präsidenten S. Allende: »Democracy carries within it the seed of its own destruction. There is a saying that »democracy has to be bathed occasionally in blood so that it can continue to be democracy.«
- 22 »Demokratie ist ein politisches Problem. Demokratie ist kein wirtschaftliches Problem... Kein Geringerer als der wissenschaftliche Protektor der Gewerkschaften, Professor Goetz Briefs, hat das Gerede von einer Wirtschaftsdemokratie als »absoluten Irrsinn« bezeichnet. Wer es Ernst meint mit der Demokratie sollte dafür Sorge tragen, daß sie im politischen Bereich keinen Schaden leidet und daß in unserem öffentlichen Leben Meinungs- und Redefreiheit unangetastet bleiben. ... Das Verlangen nach Demokratisierung der Wirtschaft, so hat Goetz Briefs gesagt, ist einer der herrenlosen Hunde von Weltanschauungen, die nach dem Rückzug des Christentums herumlaufen.... Um es noch einmal zu sagen: Demokratie ist eine politische Kategorie. Demokratie ist die erstrebenswerte Form unseres öffentlichen Lebens, die die Mitwirkung aller in unserem Gemeinwesen sicherstellt. Alle anderen Lebensbereiche unterliegen anderen, ihnen eigentümlichen Gesetzen. Niemand hat bisher gefordert, das Familienleben, die Schulen, das Militär, die Zuchthäuser oder die kirchliche Hierarchie zu demokratisieren.« (E.W. Maenken: Mißbrauch mit der Demokratie, in: Industriekurier, 6. November 1965). Der mit dieser Aufzählung mögliche Vergleich der Verhältnisse in einem Betrieb mit denen in Zuchthäusern ist schon bemerkenswert.
- 23 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Oktober 1995, S. 1.
- 24 STERN, Nr. 10, 5. März 1967.
- 25 BGBl. I S. 709.
- 26 Bericht der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, BT-Drs. 12/7820, S. 88.
- 27 Als die GRÜNEN noch als respektable Opposition angesehen wurden, wurde auch ihnen mit entsprechenden Manipulationen so manches demokratische Recht verweigert. Es sei an die Klage erinnert mit der sie versucht hatten, ihrem Ausschluß aus den Ausschüssen für Sicherheitsfragen und für Bundesangelegenheiten und Europafragen des Bayerischen Landtages entgegenzuwirken. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hatte ihre Klage zum Thema Sitzverteilung in Landtagsausschüssen für sie negativ entschieden - mit »schlüssig« und schön formulierter Begründung versteht sich, wie es einer Demokratie zukommt. (Urteil v. 14.12.1988, in: Die öffentliche Verwaltung, 7/1989, S. 308ff.; Neue Juristische Wochenschrift, 31/1989, S. 1918ff.) Siehe auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts v. 14.1.1986, mit dem die Klage der GRÜNEN wegen der Nichtbeteiligung an der Parlamentarischen Kontrollkommission zurückgewiesen wurde: »9. Jedenfalls aus zwingenden Gründen des Geheimnisschutzes kann es verfassungsrechtlich hinzunehmen sein, daß einzelne Fraktionen bei der Besetzung eines Ausschusses unberücksichtigt bleiben.« (Neue Juristische Wochenschrift, 14/1986, S. 907).
- 28 Ich nenne hier nur einige Autoren, die sich mit dieser unerquicklichen Materie beschäftigt haben: P. Noack: Korruption - die andere Seite der Macht, München (1985) 1987; H.H. v. Arnim: Die Partei, der Abgeordnete und das Geld, Mainz 1991; E. K. und U. Scheuch: Cliques, Klüngel und Karrieren. Über den Verfall der politischen Parteien - eine Studie, Reinbek bei Hamburg 1992; H.H. v. Arnim: Demokratie ohne Volk. Plädoyer gegen Staatsversagen, Machtmißbrauch und Politikverdrossenheit, München 1993; ders.: Der Staat als Beute. Wie Politiker in eigener Sache Gesetze machen, München 1993.
- 29 Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht. 204. Sitzung v. 13.3.1986, S. 15630ff.
- 30 A.a.O., S. 15670.
- 31 A.a.O., 205. Sitzung v. 14.3.1986, S. 15769.

KARL HARMS

Kampfeinsätze zur Befriedung lokaler Konflikte? Aus militärischer Sicht betrachtet

In der bisherigen öffentlichen Diskussion zu Auslandseinsätzen überwogen völkerrechtliche, historische, aktuell-politische, ökonomische und humanitäre Betrachtungsweisen. Militärische Aspekte wurden in der Regel nur am Rande erwähnt. Im folgenden wird der Versuch unternommen, diese Lücke zu schließen.

Fest steht, daß militärische Gewalt ein notwendiges Instrument dafür sein kann, einen potentiellen Aggressor abzuschrecken oder einen begonnenen Konflikt zu beenden. Sie kann aber nicht die Ursachen der Aggressivität bzw. des Konflikts beseitigen!

Sie kann unter bestimmten Umständen nur die Voraussetzungen für deren Beseitigung schaffen.

Aus eng militärischer Sicht gibt es dafür folgende Wege:

Die Übermacht und Entschlossenheit der fremden Streitmacht lähmt die Widerstandskraft der politischen und militärischen Führung des zu befriedenden Landes. Die von außen diktierten Forderungen werden anerkannt und befolgt.

Alle Konfliktparteien wünschen die Präsenz ausländischer Streitkräfte (z.B. Blauhelme), weil sie es gestattet, die kämpfenden Verbände zu entflechten und damit das Blutvergießen in einer für alle Seiten ehrenhaften Art und Weise zu beenden.

Die Streitkräfte des zu befriedenden Landes werden von den Interventionstruppen militärisch besiegt und vollständig entwaffnet. Danach wird ein Okkupationsregime installiert, das die äußeren Voraussetzungen für die Lösung aller Probleme schafft, die zu dem bewaffneten Konflikt geführt haben.

Der Einsatz fremder Streitkräfte in Jugoslawien beinhaltete bisher Elemente aller generell möglichen Wege. Auch dadurch hat die NATO einen uneingeschränkten Krieg - Interventionstruppe gegen Heimatverbände - bisher vermeiden können. Der Grund für das flexible Vorgehen der USA und der NATO war nicht nur das politische Kalkül und die zum Teil unterschiedliche Interessenlage der großen Industrienationen. Man berücksichtigte auch die rein militärischen Erfahrungen aus vergangenen lokalen Konflikten!

Die typischen Merkmale der heutigen militärischen Konflikte lassen sich stark komprimiert und vereinfacht wie folgt darstellen:

Es bekämpfen sich in der Regel mehrere Kriegsparteien mit zum Teil wechselnden Fronten und unterschiedlichen Verbündeten.

Es besteht ein diffuses Feindbild. Wer bestimmt »die Guten« und »die Bösen«? Die Interventionstruppe braucht aber einen sehr klar definierten Feind und sie braucht darüber hinaus eine klar

Karl Harms – Jg. 1935,
Militärwissenschaftler,
Dr. sc. mil., Oberst a.D.,
Lehrstuhlleiter an der
Militärakademie Dresden.

formulierte Zielstellung für ihren Kampfeinsatz. Beides ist aufs engste miteinander verbunden.

Den Feind bestimmen heute fast ausschließlich die Massenmedien und die hinter ihnen stehenden politischen Kräfte. Er reduziert sich dann auf die primitive Vereinfachung etwa in der Form: »die Serben«, »die Kroaten«, oder »die Moslems«.

Wer aber bestimmt unter diesen Voraussetzungen die ganz exakte, eindeutig formulierte Zielstellung für den militärischen Einsatz? Nach allem was wir bisher erlebt haben (z.B. in Somalia, in Tschetschenien) ist man bestrebt, diese Aufgabe auf die Militärs abzuschieben. Sie aber sind für eine solche Aufgabe nur sehr bedingt prädestiniert. (Das Ziel eines jeden staatlich sanktionierten Einsatzes von Streitkräften - auch eines sehr begrenzten - kann nur von der Politik vorgegeben werden. Nur sie verfügt über ein mehr oder weniger ausreichendes Wissen zur Genesis des Konfliktes, zu der aktuellen Kräftekonstellation und zu den möglichen politischen Risiken und Folgen eines Einsatzes der Streitkräfte.)

Die Kampfhandlungen der Konfliktparteien verlaufen nicht nach den Regeln der klassischen Kriegskunst. Sie verlaufen nach den Regeln des Bürgerkrieges, der Bandenrivalität, des Partisanenkampfes, der Stammesfehden, der Blutrache usw.

Es gibt - und das ist für reguläre Streitkräfte von enormer Wichtigkeit - keinen klaren Frontverlauf im klassischen militärischen Sinne.

Nur selten trifft man in diesen Konflikten auf bedeutende Truppenmassierungen. Zivilisten und Militärs sind manchmal kaum zu unterscheiden.

Die Hauptoperationsbasen der einheimischen Verbände liegen in schwer zugänglichem Gelände, in Städten und Dörfern, manchmal auch außerhalb der Landesgrenzen bzw. des Territoriums, auf dem der Krieg ausgetragen wird.

Alle bisherigen Kampfeinsätze zur Befriedung lokaler Konflikte fanden in einer für die Interventionstruppen fremdartigen Umgebung statt. Diese Fremdartigkeit ergab sich vor allem aus den geographischen und klimatischen Bedingungen, der Sprache(n) der einheimischen Bevölkerung, aus ihren Sitten und Gebräuchen, aus der unter der Bevölkerung vorherrschenden Weltanschauung sowie aus der staatlichen und kommunikativen Infrastruktur. Um all das zu begreifen und zu verallgemeinern, benötigt man Zeit, und das auf allen Ebenen - vom einfachen Soldaten bis zum kommandierenden General. Aus der zugänglichen Literatur über lokale Konflikte ist kein Beispiel bekannt, daß eine Interventionstruppe diese Aufgabe je richtig gemeistert hätte.

In einigen Fällen, wie z.B. in Jugoslawien, stehen hinter den Bürgerkriegsparteien, Gewehr bei Fuß, reguläre Streitkräfte. Die kroatische Armee hatte im Sommer 1995 massiv in den Konflikt eingegriffen. Es war ein Glück, daß die reguläre serbische Armee nicht das gleiche getan hat.

Aus den genannten typischen Merkmalen lokaler Konflikte entstehen für die Interventionstruppen folgende fast unüberwindliche Schwierigkeiten:

Erstens: Die heutigen Armeen sind in jeder Hinsicht auf

Blauhelmeinsätze zur Trennung der Konfliktparteien:

Die Grundidee einer solchen Art von Blauhelmeinsätzen besteht in der Friedensschaffung durch die Trennung der Konfliktparteien ohne Waffenanwendung. Ein demilitarisierter Streifen, der durch Blauhelmsoldaten besetzt wird, trennt die verfeindeten Parteien und beendet damit das Blutvergießen auf eine für alle Seiten ehrenvolle Art und Weise. In einer Reihe von Fällen war diese Methode des Einsatzes fremder Streitkräfte sehr erfolgreich. Kann man deshalb dieser Art von Militäreinsätzen in jedem Falle zustimmen? Aus der militärischen Sicht ist eine Zustimmung von der Einhaltung folgender Spielregeln abhängig:

- Alle am lokalen Konflikt beteiligten Parteien müssen nicht nur den Einsatz der UNO-Truppen wünschen, sondern auch über die Art und Weise dieses Einsatzes die gleichen Auffassungen haben.

- Es dürfen keine Truppenkontingente der großen Industrienationen zum Einsatz kommen und erst recht nicht die Streitkräfte dominanter Militärbündnisse. Zu groß ist ansonsten die Gefahr, daß die Militärs gezwungen werden, die Interessen ihrer großen Nation oder des Militärbündnisses durchzusetzen.

Die UNO-Truppen sind nur mit leichten Infanteriewaffen zum persönlichen Schutz und zur gewollten Demonstration einer militärischen Präsenz ausgestattet. Sie wahren unbedingte Neutralität in allen Fragen. Sind humanitäre Handlungen erforderlich (z.B. Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten, Behandlung von Verwundeten), müssen

diese gleichermaßen für jede Konfliktpartei in Frage kommen.

Sie drohen nicht mit Gewaltanwendung und wenden keine militärische Gewalt an.

Ist auch nur eine der o.g. Bedingungen nicht erfüllt, verlieren die UNO-Truppen ihr moralisches Recht, im Namen der Völkergemeinschaft zu agieren.

Schaut man sich Jugoslawien an, so kann man unschwer feststellen, daß dort alle Spielregeln verletzt wurden. Von Anfang an befinden sie sich auf einer Gradwanderung zwischen Friedenserhaltung und Kampfeinsätzen.

zwischenstaatliche Kriege und nicht auf Bürgerkriege vorbereitet. Das betrifft die Struktur der Streitkräfte, ihre waffentechnische Ausstattung, die Organisation der Führung, die Taktik und die Ausbildung der Soldaten. Obwohl sie dem Gegner quantitativ und qualitativ um ein vielfaches überlegen sind, erleiden sie erfahrungsgemäß (siehe Vietnam, Afghanistan, Tschetschenien) hohe Verluste bei relativ geringer eigener Wirksamkeit.

Zweitens: Eine Militärintervention fremder Streitkräfte kann unter bestimmten Umständen zu einer unerwarteten Konsolidierung politisch rivalisierender, ja militärisch verfeindeter Gruppierungen in der Konfliktregion führen. So geschehen in Afghanistan nach dem Einmarsch der Sowjetarmee.

Oder: Bisher unbeteiligte, ja dem Regime kritisch gegenüberstehende Bevölkerungsgruppen schließen sich zeitweilig der politisch herrschenden Gruppierung oder Partei an, um ihre Heimat vor den fremden Eindringlingen zu verteidigen. So geschehen in Tschetschenien nach dem Einmarsch der russischen Streitkräfte, obwohl am Vorabend des Einmarsches das Dudajew-Regime keine Massenbasis mehr hatte. Dabei kommt es nicht nur zu einem Zusammenschluß und zu einer unerwarteten militärischen Stärkung des Gegners. Durch die ausländische Intervention werden die inneren Konflikte und Widersprüche zeitweilig gekittet und übertüncht. Der Burgfrieden reicht bis zum Abzug der Interventen. Danach brechen die alten Widersprüche erneut auf, wie zum Beispiel in Afghanistan nach dem Abzug der sowjetischen Truppen. War das das Ziel der Intervention?

Drittens: Die operative Planung durch die höheren militärischen Kommandostellen, das heißt die Planung der Gesamtoperation (-en), muß für Szenarien erfolgen, die nicht oder sehr unscharf vorausgesehen werden können. Fehlentscheidungen, Pannen und Mißerfolge politischer und militärischer Art sind damit so gut wie unvermeidbar. Ein ganz kleines Beispiel dafür: Die Bundeswehr hatte in Somalia den Auftrag, eine indische Brigade sicherzustellen. Diese indische Brigade ist an dem geplanten Ort nie eingetroffen. Und das geschah in einem von Kampfhandlungen verschonten Gebiet nach langwierigen Vorabsprachen!

Viertens: Ein verschwommenes Feindbild, wechselnde Fronten, kein klarer Frontverlauf erschweren auch die taktische Planung, das heißt die Planung einzelner Gefechte zur Erreichung der Ziele der Gesamtoperation. Es kommt zu Verwechslungen von Freund und Feind, zu einem unangemessenen Kräfteinsatz, zu Schlägen ins Leere und zu Verlusten durch unkonventionelle Kampfmethoden der einheimischen Verbände.

Fünftens: Jede Armee, auch eine Interventionstruppe, braucht für den Kampf eine politisch-moralische Motivation. Sie ist mindestens ebenso wichtig wie eine materielle Überlegenheit und eine geschickte Führung der Truppen. Wie will man, ausgehend von dem Gesagten, eine Interventionstruppe motivieren, die noch dazu fernab der Heimat ihr Leben einsetzen soll und die in der Regel gegen einen Gegner antreten muß, der hoch motiviert ist?!

Natürlich wird es immer wieder gelingen, durch eine entsprechende Beeinflussung in Vorbereitung auf den Kampfeinsatz, den

Soldaten das Gefühl zu vermitteln, für die gerechteste Sache der Welt einzustehen. Spätestens jedoch nachdem sie merken, daß die Mehrzahl der Bevölkerung sie nicht als Befreier, sondern als Aggressor empfindet, verfliegt diese Motivation.

Sechstens: Die Operationen der Interventionstruppen zerfallen bei langandauernden bürgerkriegsähnlichen Kampfhandlungen in eine Vielzahl von Gefechten selbständig handelnder Einheiten. Früher oder später passen sich diese Einheiten der Logik des archaischen Partisanenkrieges mit seiner Brutalität und Hinterhältigkeit an. Es kommt zu einer Verrohung der Interventionstruppe, zu einer Brutalisierung der Kampfmethoden. Geiseler-schießungen, Folterungen von Gefangenen, Vergeltungsaktionen gegen die Zivilbevölkerung usw. zersetzen die Kampfmoral der Interventionen, machen aus einer Elitetruppe eine brutale Soldateska. Vietnam und Afghanistan haben hierfür genügend Beispiele geliefert. Die hehren Ziele der Friedensschaffung im Auftrag der Völkergemeinschaft bleiben vielleicht in den Medien, nicht aber in den Hirnen und Herzen der an der Aktion beteiligten Soldaten. Kurzum: Ein »sauberer Krieg« - hart aber ehrenhaft - ist unter den geschilderten Bedingungen nicht zu haben.

Siebtens: In bürgerkriegsähnlichen Kampfhandlungen erweisen sich die armetypischen Methoden der Aufklärung (z.B. Luft- und Radaraufklärung) vielfach als uneffektiv, weil der Gegner sehr beweglich mit kleinen und kleinsten Einheiten operiert. Der Aufbau einer wirksamen Agenturaufklärung dauert lange.

Die Truppenführer aller Ebenen sind damit über die Lage des Gegners und seine Absichten nur lückenhaft informiert. Die Wahrscheinlichkeit für Fehlentscheidungen ist hoch. Der Gegner ist oft nicht zu fassen, handelt überraschend mit kleinen Vorstößen oder aus dem Hinterhalt.

Nach den ersten Fehlschlägen neigen die Militärs zu einem massierten Einsatz der Kräfte und Mittel nach dem Prinzip der Feuerwalze. (In diesem Zusammenhang sei an die Bombardements der Amerikaner in Vietnam erinnert.)

Der konzentrierte Einsatz von Artillerie, Fliegerkräften und Panzern erfolgt dann in vielen Fällen nicht in der offenen Feldschlacht, sondern gegen Dörfer, Siedlungen und Städte, die ja im Bürgerkrieg mit zu den Hauptoperationsbasen der Bürgerkriegsparteien gehören. Die barbarische Zerstörung von Grosny, der Hauptstadt Tschetscheniens, ist geradezu ein Musterbeispiel dafür. Der noch so humanistisch motivierte Einsatz verkehrt sich somit in sein Gegenteil. Im Artillerie- und Bombenhagel sterben vor allem Zivilisten.

Achtens: Unter den geschilderten Gefechtsbedingungen kommt es u.a. darauf an, die einheimischen Konfliktparteien oder den Feind von seinen Nachschubbasen abzuschneiden. Der Führung der Interventionstruppe sind aber die Hände gebunden, denn der von der Politik genehmigte Aktionsradius ist in jedem Falle beschränkt. Wir erinnern uns: Die Nachschubbasen der afghanischen Mudshahidins lagen in Pakistan, die der vietnamesischen Partisanenverbände in Nordvietnam.

In Jugoslawien gibt es mindestens drei Konfliktparteien mit

Humanitäre Einsätze von Streitkräften.

Bis vor kurzem war der Begriff humanitärer Einsätze von Streitkräften unbekannt. Denn: Jedem friedlichen Land, das in Not geraten war, konnte man zu Hilfe kommen, ohne daß man dafür Streitkräfte benötigte. Kämpfende Streitkräfte oder Besatzungstruppen konnten aus humanitären Erwägungen, mit ihren Kräften und Mitteln, die Not der friedlichen Bevölkerung lindern. Und kein Mensch kam auf die Idee zu behaupten, daß diese Streitkräfte mit diesem Ziel in das fremde Land eingefallen sind. Daß einzelne Militäreinheiten, z.B. bei Naturkatastrophen, zu Hilfe gerufen wurden, war zu allen Zeiten eine Selbstverständlichkeit, die man nicht besonders hervorheben mußte.

1992 wurden humanitäre Einsätze zu einer der Hauptaufgaben der Bundeswehr erklärt. Ein Novum in der Geschichte der Kriegskunst!

Ganz offensichtlich wollte man mit der offiziellen Festschreibung dieser Aufgabe eine zusätzliche Begründung für die so schwer zu beweisende Notwendigkeit von Auslandseinsätzen gewinnen.

Aus rein militärischer Sicht ist die Formulierung einer solchen Hauptaufgabe der Streitkräfte falsch.

Streitkräfte sind für die Kriegführung bestimmt! Sie sind entsprechend strukturiert, ausgestattet und ausgebildet. In ihrer Gesamtheit - und Streitkräfte sind ein in sich stimmiger Organismus - sind sie für humanitäre Einsätze nicht geeignet. Im besten Fall können, zeitweilig, einzelne Einheiten zur Unterstützung humanitärer Aktionen hinzugezogen

werden. Aber auch in diesem Falle muß man sich darüber im klaren sein, daß der Einsatz militärischer Einheiten wesentlich kostspieliger ist, als der ziviler Organisationen. Wie uneffektiv der Einsatz von Streitkräften für humanitäre Aufgaben sein kann, zeigen die 320 Millionen DM, die beim Somaliaeinsatz der Bundeswehr in den Sand gesetzt wurden.

Streitbar ist darüber hinaus die Reinheit dieser Aufgabe. Dort wo die Waffen sprechen, wird man nicht immer unterscheiden können, welche Streitkräfte nur humanitäre Aufgaben erfüllen und welche durch Kampfeinsätze ihre politischen Ansichten und ihre ökonomischen Interessen durchsetzen. So gesehen können auch humanitäre Einsätze der Streitkräfte zu einem Auslöser für Kampfeinsätze werden. Sie sind aus all diesen Gründen keine bessere oder humanistischere Form von Auslandseinsätzen. Sie sind nur anders getarnte Auslandseinsätze. Sie tragen alle Gefahren in sich, den der Einsatz von Interventionstruppen mit sich bringt.

unterschiedlichen Verbündeten, mit verworrenen, illegalen oder halblegalen Nachschubwegen von benachbarten Territorien. Jede Erweiterung des militärischen Aktionsradius kann zu einer nicht vorhersehbaren Eskalation des Konfliktes führen.

Neuntens: Die Erfahrungen aller Militärinterventionen der Neuzeit zeigen das Phänomen der Sogwirkung. Man ist zu einem kurzen, entschlossenen Feldzug angetreten, verstrickt sich dann immer mehr in langandauernde, blutige Gefechts-handlungen und hat am Ende große Mühe, aus diesem Krieg herauszukommen. Die militärischen Hauptursachen liegen in folgendem:

Die für die moderne Kriegskunst gültigen Methoden der Kräfteberechnung zur Lösung konkreter Aufgaben versagen in der Regel bei bürgerkriegsähnlichen Konflikten. Die Militärs sind es z.B. gewohnt, in den Kategorien klassischer Kräfteverhältnisse (Anzahl der Divisionen, Panzer, Artilleriegeschütze usw.) zu rechnen. Damit kommt es immer wieder zu einer Überschätzung der eigenen Möglichkeiten. Beispiel: Vor dem Einmarsch russischer Truppen in Tschetschenien äußerte der russische Verteidigungsminister Gratschow großmäulig, daß zwei Fallschirmjägerbataillone ausreichen würden, um dem Spuk ein Ende zu bereiten. Einige Tage nach Beginn der russischen Invasion mußte derselbe Gratschow mehrere Divisionen nachrücken lassen.

Eine weitere Ursache der Sogwirkung sind die fehlenden Erfahrungen. Die Spezifik des Kriegsschauplatzes und des Charakters des Krieges - mit all ihren Folgen für die Gefechtsvorbereitung, Gefechtsführung und Gefechtssicherstellung - führen immer wieder zu neuen taktischen, strukturellen und militärtechnischen Erkenntnissen. Man ist gezwungen zu ändern, zu modifizieren und zu improvisieren, um sich den Gegebenheiten besser anzupassen. Und immer wieder glaubt man, nunmehr die Lösung gefunden zu haben.

Das heißt, die Intervention beginnt im Bewußtsein der vielfachen eigenen Überlegenheit. Nach den ersten ernstesten Schwierigkeiten und Mißerfolgen entdeckt man, was alles fehlt oder anders gemacht werden muß. Neue Truppenkontingente oder fehlende Technik müssen herangeführt, neue Handlungsmethoden vorbereitet werden. Nun wird die alles entscheidende Schlacht gesucht. Der Gegner entzieht sich dieser Entscheidungsschlacht.

Die Angst, das Gesicht zu verlieren, zwingt zu einer mehrfachen Wiederholung der o.g. Handlungslogik und zwar so lange, bis die Erkenntnis reift, daß dieser Krieg unter den vorgegebenen politischen und geostrategischen Rahmenbedingungen nicht zu gewinnen ist. Es folgt der ruhmlose Rückzug.

Der Weg einer klassischen Militärintervention zur gewaltsamen Lösung von Konflikten ist also auch aus der rein militärischen Sicht der falsche Weg. Die Mächtigen dieser Welt werden aber darauf nicht gänzlich verzichten wollen. Künftige Auslandseinsätze werden sich deshalb einer breiteren Palette von Mitteln und Methoden der militärischen Druckausübung bedienen. Das bevorzugte taktische Konzept wird wahrscheinlich lauten: Schrittweiser, ausgewogener, flexibler Einsatz militärischer Mittel bei garantierter Möglichkeit eines schnellen Rückzugs.

WOLFGANG HARICH

Ein autobiographisches Fragment. Zum Gedenken an den Todestag

Wolfgang Harich wurde in Rezensionen mit der Auffassung konfrontiert, daß die Schrift »Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit«¹ seine Autobiographie sei. Diese Auffassung wies er zurück. Sein Buch sah er als Verteidigungs-Streitschrift, mit der er gegen Angriffe in den Büchern von Walter Janka² »zurückschlug«. Biographische Aspekte dieser Streitschrift hatten eher sekundäre Bedeutung. Sie bezogen sich überdies vor allem auf die Zeitspanne Mitte der fünfziger Jahre. Harich bestritt, je die Idee gehabt zu haben, eine Autobiographie zu schreiben. Einen Versuch in diese Richtung hatte er allerdings am 9. April 1965 begonnen, doch schon wenige Tage später wieder abgebrochen. Nichtsdestoweniger ist dieses autobiographische Fragment, das er mir in Kopie übergab, sehr interessant. Es beleuchtet die Zeit des Krieges und die unmittelbare Nachkriegszeit und ist insofern geeignet, Fragen, die in der Literatur zu Wolfgang Harichs Biographie aufgeworfen worden sind, schlüssiger zu beantworten.

Nicht wenig Aufmerksamkeit fand Wolfgang Leonhard in seinem Weltbestseller »Die Revolution entläßt ihre Kinder«³ mit seiner Schilderung über das Zusammentreffen mit Harich in Berlin-Dahlem am 3. Mai 1945. Zunächst ist interessant, daß Harich als erster auf der Liste stand, die Walter Ulbricht Leonhard zur Überprüfung übergeben hatte. Im vorliegenden autobiographischen Fragment werden Fakten mitgeteilt, die erklärbar werden lassen, wie Harich auf diesen exponierten Platz auf Ulbrichts Liste gekommen sein kann. Harich hatte als erstes Mitglied einer Widerstandsgruppe Kontakt mit der Roten Armee, während sich der Kern der Gruppe noch im nicht befreiten Gebiet Berlins aufhielt. Harich hatte, wie auch Victor de Kowa in seiner Autobiographie berichtete, sowjetische Panzer gewarnt, in eine vermintete Straße zu fahren: »Wolfgang war ganz aus dem Häuschen. Er war nicht zu halten. Er setzte sich seine Schirmmütze auf und stürmte davon. Wir wußten, daß irgendwo Straßenminen eingebuddelt waren. Er wollte die Panzer warnen. Er kannte die Straße, die minenfrei war. Er rannte den Panzern entgegen und fuchtelte aufgeregt mit beiden Armen in der Luft herum.«⁴ Kurz nach diesem Ereignis war Harich festgenommen worden, weil er aus Mangel an intakter Zivilkleidung in zwischen eine Wehrmachtsreithose mit langen Schaftstiefeln angezogen hatte. Glücklicherweise hatte er das Wehrmachtsoldbuch und den gefälschten Ausweis bei sich mit identischen Paßbildern und unterschiedlichen Namen, so das es nicht schwer war,

1 Vgl. Wolfgang Harich: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Zur national-kommunistischen Opposition in der DDR, Berlin 1993.

2 Vgl. Walter Janka: Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Hamburg 1989; ders.: Spuren eines Lebens, Hamburg 1991.

3 Vgl. Wolfgang Leonhard: Die Revolution entläßt ihre Kinder, Leipzig 1990, S. 400-402.

4 Victor de Kowa: Als ich noch Prinz war in Arkadien, Nürnberg 1955, S.294.

glaubhaft zu belegen, daß er ein schon vor Monaten desertierter Antinazi war und am Widerstandskampf teilgenommen hatte. Sein Bericht über die Widerstandsgruppe wurde mit großem Interesse von den sowjetischen Offizieren aufgenommen. Die russische Besatzungsmacht war also gleich zweimal nachdrücklich auf Harich und dessen antinazistische Gesinnung aufmerksam geworden, was der Gruppe Ulbricht vom sowjetischen Stab in der Sundgauer Straße mitgeteilt worden sein dürfte. Auch die Widerstandsgruppe kann Ulbricht auf Harich aufmerksam gemacht haben.

Eine weitere Frage, die Leonhard in seinem Buch deutlich herausstellte, war, warum der erste Antifaschist, den er in Berlin treffen sollte, ausgerechnet in der Podbielskiallee 1, also in der thailändischen Gesandtschaft, lebte. Im Fragment erfolgt eine schlüssige Erklärung. Harich war in dieser Zeit mit Nong Yau Chuthin, der Tochter des siamesischen Gesandten, befreundet. Das Umfeld dieser Freundschaft wird recht ausführlich dargestellt. Jedoch gab Harich als Treffpunkt mit Leonhard die Miquelstraße, den separaten Wohnort von Nong Yau, an. Dies dürfte ein Irrtum sein.

Erklärungsbedarf wurde auch hinsichtlich Harichs Verhältnisses zu den Japanern angemeldet. Von Interesse war vor allem die Frage, warum er als Intimus von General Nomura bei Hitlers Außenminister Ribbentrop 1943 einen Vorschlag zur Gründung einer Deutsch-Japanischen Zeitung eingereicht habe.⁵ In dem Fragment geht Harich auf diese Frage nur sehr allgemein mit dem Hinweis auf die Familie de Kowa ein. Er hat aber kurz vor seinem Tode noch sehr ausführlich zu dieser Frage Stellung genommen.⁶ Harich war fasziniert von Michiko Tanaka, »die interessanteste schöne Frau, die es damals in Berlin gab«⁷. Das Zeitungsprojekt hatte den Hauptzweck, Vorwände zu schaffen, um mit Michiko in Kontakt zu kommen.⁸ Es kam dann ganz anders: Harich, Michiko Tanaka und ihr Gatte Victor de Kowa wurden echte Freunde. Das Zeitungsprojekt scheiterte.

SIEGFRIED PROKOP

5 Vgl. Bernd Florath: Rückantworten der »Hauptverwaltung Ewige Wahrheiten«. Wolfgang Harich ohne Schwierigkeiten mit der Wahrheit, in: UTOPIE kreativ, H.47/48, 1994, S. 72, Anmerkung 5.

6 Vgl. Siegfried Prokop: »Ich bin zu früh geboren«. Auf den Spuren Wolfgang Harichs, Frankfurter Oder Editionen 1996 (im Druck).

7 Ebenda.

8 Wolfgang Schivelbusch zitiert aus einer Selbstdarstellung, die Harich Willy Huhn 1944 übermitteln wollte: »Was das Hochstaplerum betrifft, so wäre ich ohne dieses weder je in die Botschaft gekommen noch der Geheimvertraute Admiral N...s, noch der Geliebte M.T....s geworden.« Die Abkürzung M.T. kann sich nur auf Michiko Tanaka beziehen. Sie war jedoch nie seine Geliebte. In der Selbstdarstellung Harichs war wohl eher der Wunsch der Vater des Gedankens. Wolfgang Schivelbusch: Vor dem Vorhang. Das geistige Berlin 1945-1948, München - Wien 1995, S. 336.

Wolfgang Harich

Berlin, den 9. April 1965

Während des Zweiten Weltkriegs habe ich zweimal den Versuch unternommen, von der Deutschen Wehrmacht zu desertieren, einmal im September 1943, das zweite Mal im Herbst 1944. Der erste Versuch scheiterte bereits nach zwei Tagen. Ich wurde in Berlin festgenommen und in Potsdam kriegsgerichtlicher Bestrafung zugeführt. Anschließend habe ich einige Zeit in Straftaft im Wehrmachtsgefängnis Forst Zinna in Torgau verbracht. Der zweite Versuch glückte, und bis zum Ende des Krieges hielt ich mich illegal in Berlin auf. In beiden Fällen hatte ich davon abgesehen, an der Front zur Roten Armee bzw. zu den westlichen Alliierten überzulaufen. Was mich davon abhielt, war vor allem der an den Novemberereignissen von 1918 orientierte Gedanke, daß in Deutschland über kurz oder lang eine Volksrevolution gegen das faschistische Regime ausbrechen, was die Beendigung des Krieges und die

Errichtung einer demokratischen und sozialistischen Gesellschaft in Deutschland zur Folge haben würde. Bei dieser Revolution wollte ich unbedingt mit dabei sein, und ich befürchtete, sie zu versäumen, wenn ich mich in Kriegsgefangenschaft begeben würde.⁹ Als wichtigste Voraussetzung für meine aktive Beteiligung an der erhofften und ersehnten Revolution erschien mir meine rechtzeitige Anwesenheit in Berlin. Aus diesem Grunde war ich entschlossen, in Berlin unterzutauchen, was sich im übrigen auch deswegen empfahl, weil es in der Riesenstadt verhältnismäßig leicht war, einen sicheren Unterschlupf und Verbindung zu Gleichgesinnten zu bekommen. Dabei erfolgte mein erster, verfrühter Desertionsversuch unter dem Eindruck des Staatsstreichs, mit dem 1943 Marschall Badoglio in Italien das Regime Mussolinis stürzte und eine Verständigung mit den Alliierten herbeiführte. Ich hatte 1943 die Illusion, daß dieses Ereignis unmittelbar auf Deutschland übergreifen, d.h. hier von den entsprechenden politischen Kräften nachgeahmt werden müßte. 1944 entschloß ich mich unter dem Eindruck des 20. Juli zur Desertion, in dem Glauben, daß, wenn es bereits derartige Verschwörungen in den herrschenden Kreisen von Staat und Gesellschaft gebe, die Erhebung der Volksmassen nicht mehr lange auf sich warten lassen werde.

Im Sommer 1944 befand ich mich als einfacher Soldat am Mittelabschnitt der Ostfront, im Chaos des deutschen Rückzugs im Raum von Bialystock. Bei passender Gelegenheit simulierte ich ein Ischias-Leiden und erreichte es, in ein Lazarett nach Allenstein in Ostpreußen transportiert zu werden, zu einem Zeitpunkt, als gerade ein Befehl des Führerhauptquartiers erlassen worden war, der jedem Soldaten der Ostfront, der vorübergehend in die Heimat kam und ein Jahr keinen Urlaub mehr gehabt hatte, einen mehrwöchigen Urlaub genehmigte. Ich erklärte im Lazarett schon nach wenigen Tagen, wieder gesund zu sein, und nahm den mir zustehenden Urlaub. Er führte mich für einige Tage nach Jauer in Schlesien zu Bekannten und schließlich nach Berlin. Hier gelang es mir, Verbindung mit einer illegalen antifaschistischen Widerstandsgruppe aufzunehmen und meine endgültige Desertion aufs sorgfältigste vorzubereiten. Mit dieser Gruppe hatte meine Mutter bereits seit Ende 1942 über einen Mittelsmann, einen Bekannten, der während meines Wehrdienstes mein Zimmer in unserer Wohnung in Berlin-Zehlendorf, Stubenrauchstraße 10, bewohnte, in Verbindung gestanden. Der Bekannte war ein sozial und rechtlich diskriminierter Halbjude namens Wolfgang Borhardt, ein akademisch gebildeter junger Mann, der sich seinen Lebensunterhalt als Portier in einem Hotel am Anhalter Bahnhof verdiente. Über Borhardt hatte die Gruppe Ende 1942/Anfang 1943 meiner Mutter einen jungen jüdischen Musiker namens Konrad Latte (damals nannte er sich Konrad Bauer) aus Breslau geschickt. Latte war kurz vor seiner Festnahme, die wahrscheinlich den Abtransport nach Auschwitz und den Tod in einer Gaskammer zur Folge gehabt hätte, aus Breslau nach Berlin geflohen und hielt sich hier illegal auf. Meine Mutter hatte Latte in unserer Wohnung in Zehlendorf aufgenommen, ihn dort längere Zeit versteckt gehalten und von ihren Lebensmittellkarten miternährt und ihm später zu gefälschten Doku-

9 In einem Interview mit Edith Scholz 1993 nannte Harich einen anderen Grund. Nie habe er eine längere Abwesenheit von seiner Heimatregion Berlin-Brandenburg aushalten können. Im Falle einer Abwesenheit habe er immer ein großes Heimweh verspürt.

10 Aus Gründen des Datenschutzes werden Harichs detaillierte Angaben über den Nachkriegswerdegang und die Adressen von Borchardt und anderen erwähnten Persönlichkeiten weggelassen.

11 Über die Rolle Alex Vogels als V-Mann der Gestapo war Harich nicht informiert. Darüber schrieb erstmals Wolfgang Schievelbusch 1995: »Vielleicht war Alex Vogel ein Doppelagent, dem die Gestapo auf den Leim ging, vielleicht ein eigenbrötlerisch-eigenständiger Antifa-Kämpfer, eine Art Warlord im antifaschistischen Untergrund Berlins, ein Typus, wie er nicht selten vorkam, vielleicht beides, jedenfalls eine schillernde Figur, nicht unähnlich Elisabeth Dilthey, mit der er etwa zur gleichen Zeit das Haus in der Schlüterstraße bezog.«
Wolfgang Schievelbusch, Vor dem Vorhang, a.a.O., S. 72.

menten verholten. Schon bei meinem ersten Desertionsversuch hatte ich die Absicht gehabt, mich über Latte und Borchardt der besagten Widerstandsgruppe anzuschließen. Dazu war es aber 1943, infolge meiner Verhaftung, nicht gekommen.(...) ¹⁰ Die Leiter der Widerstandsgruppe hießen Alex Vogel ¹¹ und Wolfgang Schmidt. Vogel war vor 1933 Kommunist gewesen. Er gehörte, wie ich, als Gefreiter der Wehrmacht an. Er verstand es, sich durch Spritzen gelbsuchtartige Krankheitssymptome beizubringen und auf diese Weise, etwa seit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion, einen mehrmonatigen Lazarettaufenthalt in Berlin nach dem anderen zu erzwingen. Im Lazarett ließ er sich dann jedesmal nach kurzer Zeit in einem halb noch kranken, halb schon genesenden Zustand irgendwelche leichten Arbeiten für die Lazarettverwaltung übertragen, die mit Botengängen in der Stadt verbunden waren. So schuf er sich mit Hartnäckigkeit und Zielstrebigkeit ohnegleichen die Voraussetzungen dafür, vom Lazarett aus seine Widerstandsgruppe zu organisieren. Schmidt war ein diskriminierter Halbjuden, der als solcher keinen Wehrdienst abzuleisten brauchte. Er hatte eine eigene Wohnung in der Nähe des Kurfürstendamm, etwa auf der Höhe des Lehniner Platzes. Vogel lebt seit etwa 12 oder 10 Jahren in Westdeutschland und im westlichen Ausland (...), Wolfgang Schmidt ist etwa um 1950 nach Australien gegangen. Während Vogel, wie gesagt, Kommunist war, war Schmidt ein linksbürgerlich-demokratisch eingestellter Parteiloser. Der Kern der von Vogel und Schmidt geleiteten Gruppe bestand aus antinazistisch eingestellten Arbeitern im Berliner Norden und Osten und in Neukölln. In den Jahren 1942/43/44 stieß zu der Gruppe aber auch eine immerfort wachsende Anzahl von antinazistisch eingestellten bürgerlichen Intellektuellen. Unter anderem sind mir als Mitglieder bzw. unterstützende Sympathisierende der Gruppe die Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich, der Dirigent Leo Borchardt, die Tänzerin Tatja Csovsky, der Journalist Helmuth Kindler (später Herausgeber der Zeitschrift »Sie«), Borres von Borresholm, die Journalisten Zibaso und Wolfgang E. Parth, die Tänzerin Edel v. Rothe sowie deren Mutter bekannt geworden. In den Jahren 1942/43 hatten Vogel und Schmidt mit meiner Mutter keine direkte Verbindung gehabt, sondern nur durch den erwähnten Wolfgang Borchardt mit uns in Verbindung gestanden. Bis 1944 kannte meine Mutter ihre Namen nicht. Als ich jedoch 1944 mit ihnen Kontakt suchte, hatten Vogel und Schmidt, in Anbetracht der Bewährung unserer Familie im Falle Konrad Latte, keine Bedenken mehr, mit mir direkt in Beziehung zu treten, die dann im Herbst 1944 durch Wolfgang Borchardt vermittelt wurde.

Außer der Gruppe Vogel/Schmidt fand ich in Berlin 1944 noch zwei weitere potentielle Widerstandszentren vor. Bei einem Kreis handelte es sich um Freunde des von der Gestapo im Anschluß an den 20. Juli festgenommenen früheren sozialdemokratischen Funktionärs Theodor Haubach (der dann Anfang 1945 vom Volksgerichtshof, wohl wegen Teilnahme am Kreisauer Kreis, zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde). Ich hatte Haubach bereits im Jahre 1940 im Hause meiner Schwester, der Schriftstellerin Susanne Kerckhoff (die im März 1950 freiwillig aus dem Leben schied),

kennengelernt und war damals von ihm antinazistisch beeinflusst worden. Einer von Haubachs Freunden war zugleich ein alter Freund meines 1931 in Neuruppin verstorbenen Vaters Walther Harich. Er heißt Gerhard Wilcke und ist Apotheker (...)

Durch Wilcke war ich 1942/43 mit einem weiteren Haubach-Vertrauten, einem jungen Pädagogen namens Weert (oder Wehrt) bekannt geworden, der es im Kriege zum Oberfeldwebel im Funkdienst des Oberkommandos der Wehrmacht gebracht hatte. Nach meiner Desertion lernte ich durch Wilcke und Weert noch weitere sozialdemokratisch gesinnte Personen aus ihrem Personenkreis kennen, u.a. einen Zahnarzt Dücker und einen Gemüsehändler, dessen Namen mir entfallen ist. Dieser Kreis von Antifaschisten wollte ebenfalls etwas gegen das Naziregime unternehmen, mußte aber nicht, was zu tun sei, und war durch die Verhaftung Haubachs auch ein wenig eingeschüchtert. Ebenfalls praktisch inaktiv war 1944 noch ein weiterer Kreis von Antinazis, der sich um den Schauspieler Alfred Beierle (inzwischen verstorben), damalige Wohnung Kurfürstendamm/Ecke Lehniner Platz, nördliche Seite, gruppierte. Bei Beierle pflegte ich verbotene Bücher antiquarisch billig zu erstehen. Beierle handelte aber nicht nur mit Büchern, sondern auch – zu Überpreisen – mit Lebensmitteln, und seine finanziellen Erlöse benutzte er dazu, »getauchten« Juden und Desertoren zu helfen. Er war aber der einzige aktive und zielbewußte Antifaschist seines Kreises. Die Kunden, die bei ihm ein- und ausgingen, darunter viele prominente Schauspieler, wünschten zwar sehnlich das Ende des Krieges herbei und verfluchten Hitler, wußten aber nicht, was sie praktisch tun sollten, um das Kriegsende zu beschleunigen. An tatentschlossenen Leuten habe ich 1944 in Beierles Wohnung nur einen Stabsarzt Rau (...), den Journalisten Hans-David Schwab-Fehlisch und seine Frau Marietta Grelling kennengelernt. Frau Grelling ihrerseits brachte mich in Verbindung mit Nenat Stefanovic, einem politischen Kommissar der jugoslawischen Partisanen, der aus einem deutschen KZ geflüchtet war und sich seither illegal in Berlin aufhielt.

Nach einer gründlichen Aussprache mit Vogel und Schmidt (in der Wohnung Schmidts) wurde beschlossen, daß ich möglichst lange formell in der Wehrmacht bleiben, aber, wenn es gar nicht mehr anders gehe, desertieren solle. Zunächst brachte Stabsarzt Rau mich in der von ihm geleiteten Hals-, Nasen-, Ohrenabteilung des Lazarets in Berlin-Buch unter, wobei er dafür sorgte, daß ich unter verschiedenen Vorwänden täglich Ausgang erhielt, um in Berlin den mir von der Gruppe Vogel/Schmidt aufgetragenen Pflichten gerecht werden zu können. Das ging aber nur ganz kurze Zeit, denn die Lazarette wurden streng kontrolliert, und ich besaß zwar die Fähigkeit, Ischias zu simulieren, brachte es aber nicht fertig, irgendeine der Krankheiten vorzutäuschen, für die Stabsarzt Dr. Rau zuständig war. So geschah es, daß ich mich plötzlich zu einem Ersatztruppenteil nach Marburg an der Lahn versetzt sah und nur unter den schwierigsten und abenteuerlichsten Umständen nach wenigen Tagen wieder nach Berlin zurückkehren konnte. (In diesen wenigen Marburger Tagen wurde ich sehr freundlich in dem Haus des Philosophen Professor Dr. Julius Ebbinghaus, des Vaters

meines Freundes Carl-Hermann Ebbinghaus, aufgenommen. In Professor Ebbinghaus fand ich einen überzeugten Antifaschisten, den ich ohne Bedenken mit den Zielsetzungen der Gruppe vertraut machen konnte). Nach Berlin zurückgekehrt, kehrte ich der Wehrmacht endgültig den Rücken. Ich zog Zivil an, und Vogel und Schmidt versorgten mich mit einer Pistole und ausgezeichneten, auf einen falschen Namen ausgestellten gefälschten Papieren, mit denen ich mich bis Kriegsende frei in Berlin bewegen und unbesorgt jede Polizei- und Wehrmachtsstreife passieren konnte. Mein Quartier in Berlin mußte ich ständig wechseln. Abwechselnd wohnte ich bei meinem Freunde Victor de Kowa in Berlin-Charlottenburg, Wacholderweg 7 b (Ruhleben) (de Kowa und seine Frau, die japanische Sängerin Michiko Tanaka, hatte ich 1943 durch einen alten Bekannten meiner Familie, den damaligen Filmregisseur Felix von Eckardt, kennengelernt und in ihnen sehr bald Gleichgesinnte gefunden), ferner bei meiner Freundin Nong Yau Chuthin, der über eine eigene Wohnung in Berlin-Dahlem, Miquelstraße, verfügenden Tochter des thailändischen Gesandten (dieses bildschöne siamesische Mädchen hatte ich einmal an einer Omnibushaltestelle angesprochen, bis zu ihrer Rückkehr nach Siam Ende 1946 habe ich mit ihr zusammengelebt), ferner bei Marietta-Grelling, wie gesagt einer Vertrauten Alfred Beierles, in Berlin-Dahlem, Am Hirschsprung, und gelegentlich noch bei anderen Personen aus der Vogel-Schmidt-Gruppe bzw. dem Beierle-Kreis, die mir entfallen sind. Auch für meine Verköstigung wurde von diesen Antifaschisten gesorgt.

Während die Kreise um Wilcke und um Beierle, unabhängig voneinander, 1944 mit wenigen Ausnahmen noch inaktiv waren, während de Kowa sich vorläufig noch aufs sogenannte »Meckern und Miesmachen« im kleinen, vertrauten Kreise beschränkte, war die Gruppe Vogel-Schmidt bereits seit Jahren außerordentlich aktiv. Die Aktivität bestand einerseits in systematischer, umfassender Hilfeleistung für illegal lebende Juden, Antinazis und Deserteure, die mit Unterkünften, falschen Papieren, Lebensmitteln und unter Umständen mit Schußwaffen versorgt wurden, andererseits in planmäßigen vorbereitenden Maßnahmen für den Fall des Heranreifens eines Volksaufstandes (Sammlung von Materialien für Flugblätter, Abziehapparaten, Papier usw., Sammlung von Waffen, Lebensmitteln und Geld, straffe Organisierung der Gruppe auf konspirativer Grundlage usw. usw.) bei gleichzeitiger ununterbrochener Bemühung, die Gruppe zu erweitern, neue Mitglieder für sie zu gewinnen und ihr Beziehungen in alle Gesellschaftskreise – vom OKW bis in die unzufriedene Arbeiterschaft – zu schaffen. Nachdem ich mir mit Vogel und Schmidt einig geworden war, führte ich ihrer Gruppe die Antinazis aus dem Kreis um Gerhart Wilcke und aus dem Kreis von Alfred Beierle zu. Zusammen mit Alex Vogel und Nenat Stefanovic, die ich miteinander gleichsam »verkuppelt« hatte, gelang es mir auch, Victor de Kowa zu aktiver Unterstützung der Gruppe zu gewinnen. Ich selbst betätigte mich im Winter 1944/45 und bis zur Befreiung Berlins durch die Rote Armee vor allem als Kurier, der Aufträge von Vogel und Schmidt an die in den verschiedensten Teilen Berlins zwischen Buch und

Wannsee, zwischen Köpenick und Spandau ansässigen Mitglieder und Sympathisierenden der Gruppe überbrachte. Als »Ausweis« diente in der Regel die eine Hälfte eines durchrissenen Briefumschlags, dessen andere Hälfte sich im Besitz des jeweils Besuchten befand. Auf diese Weise war ich fast Tag und Nacht unterwegs, erst mit dem Diplomatenwagen meiner siamesischen Freundin Nong Yau, deren ältere Bekannte als Chauffeur half, dann teils mit der S-Bahn, teils mit dem Fahrrad, schließlich, als der S-Bahnverkehr eingestellt wurde, nur noch mit dem Fahrrad. Außerdem tat ich, was in meiner Macht stand, um der Gruppe zu Geld, Lebensmitteln, Schußwaffen und Munition, Abziehapparaten und gefälschten Papieren zu verhelfen. Besonders beliebt machte ich mich dadurch, daß ich durch eine mit unserer Familie befreundete Dolmetscherin beim OKW alle nur möglichen OKW-Formulare, Kopfbriefbögen, blanko unterstempelt, usw. herbeischaffte. Anfang 1945 gelang es mir sogar, über einen Sozialdemokraten namens Schöpflin, den Sohn des früheren Reichstagsabgeordneten, wichtige Angestellte und Arbeiter einer Druckerei für die Herstellung von gedruckten Flugblättern zu gewinnen. Leider wurde die Druckerei durch einen nächtlichen Bombenangriff zerstört, bevor die betreffenden Drucker und Setzer für die Gruppe in Aktion getreten waren. Es ist dies eines der zahlreichen Beispiele dafür, daß die Terrorangriffe der amerikanischen und englischen Airforce auf die großen Städte eine keineswegs kriegsverkürzende Wirkung hatten, sondern oft die bewußten und entschlossenen Antifaschisten aktionsunfähig machten, ohne die breiten Massen der Bevölkerung aufrütteln zu können.

Als die vorletzte große Offensive der Roten Armee im Februar 1945 vorübergehend an der Oder zum Stehen kam, aber sich absehen ließ, daß ihre nächste Offensive über kurz oder lang zum Sturm auf Berlin führen würde, fanden in der Leitung der Gruppe, teils in der Wohnung von Wolfgang Schmidt, teils auf Spaziergängen zu zweit und dritt im Grunewald, Besprechungen über die zu ergreifenden nächsten Maßnahmen statt. An einer dieser Besprechungen habe ich teilgenommen: sie wurde in Schmidts Wohnung zwischen Alex Vogel, Schmidt, Zibaso und mir geführt. Von einer zweiten Besprechung zwischen Alex Vogel und Nenat Stefanovic im Grunewald weiß ich wenigstens. Von den übrigen Besprechungen habe ich keine konkrete Kenntnis. Vogel, der bis Anfang 1945 immer noch mit dem Ausbruch von Unruhen in der Bevölkerung gerechnet und sich darauf vorbereitet hatte, für diese Unruhen ein organisiertes leitendes Zentrum bereitzustellen, hatte sich nunmehr zu der Auffassung durchgerungen, daß die Berliner wahrscheinlich tatenlos das über sie hereinbrechende Schicksal erwarten würden. Unter diesen Umständen – so erklärte er – bleibe nichts anderes übrig, als eine große Flugblattaktion zu organisieren und mittels der Flugblätter die Bevölkerung dazu aufzufordern, sich im Lebensinteresse Berlins und um weitere sinnlose Zerstörungen zu verhindern bzw. auf ein Minimum zu reduzieren, in jeder jeweils geeigneten Form der Verteidigung der Stadt passiv zu entziehen oder sie aktiv zu behindern. In der Besprechung, der ich beiwohnte („kam) – ich weiß nicht mehr, von wem – die Idee auf, diese Aktion mit einem

Anmalen von Parolen an Häuser und auf Fahrbahnen zu verbinden. Dabei sollte die Bevölkerung dazu aufgefordert werden, ihrerseits ihren Willen zur Beendigung des Krieges durch Anmalen der gleichen Parole zu bekunden. Der Vorschlag wurde damit begründet, daß dies der geeignetste Weg sei, auf dem die kriegsmüden Berliner sich gegenseitig davon überzeugen könnten, daß (sie) sich in dem Wunsch nach Beendigung des sinnlosen Mordens allesamt einig seien. Wir überlegten nun lange hin und her, welche Parole am geeignetsten sei. Parolen wie »Schluß mit dem Krieg« oder auch »Frieden« erwiesen sich als zu lang und kompliziert, als daß dem verängstigten Einzelnen zugemutet werden konnte, sie mit einem Stück Kreide in der Hand heimlich, unbeobachtet irgendwo anzumalen. Es mußte ein kürzeres Wort sein. Wir entschlossen uns schließlich für das Wort »NEIN«, in Erinnerung an das allgemein geläufige neunundneunzigprozentige »Ja« der Hitlerschen Volksabstimmungen und an das »Ja«, mit dem sich Goebbels Anfang 1943 im Sportpalast seine Parole »Wollt ihr den totalen Krieg« hatte beantworten lassen. Es wurde festgelegt, daß an einem Abend im April und in der darauffolgenden Nacht von Mitgliedern der Gruppe in allen Teilen Berlins das »Nein« überall angemalt und in der nächsten Nacht die darauf bezugnehmenden Antikriegsflugblätter, mit dem Appell, alles zu tun, um die gänzliche Zerstörung Berlins zu verhindern, verteilt werden sollten. In den Wochen, die auf diese Beschlußfassung folgten, hatte ich nun alle Hände mit der Vorbereitung zu tun. Ich fuhr in alle Teile Berlins, um Vogels und Schmidts Weisungen an die Mitverschworenen der Gruppe zu überbringen, andere Kurier taten das gleiche. In der festgesetzten April-Nacht beschriftete ich, zusammen mit drei, vier anderen Gruppenmitgliedern, die Häuserwände, die schwarzen Bekanntmachungstafeln in den Hausfluren und die asphaltierten Gehsteige in den Straßen von Charlottenburg nördlich der Ost-West-Achse. Als ich dann im Morgengrauen mit dem Fahrrad durch verschiedene Teile Berlins fuhr und mir die Ergebnisse der Aktion ansah, schien mir der erste Erfolg beträchtlich zu sein. Fast überall, wo ich hinkam, fand ich das »Nein«, und es ist mir später bekannt geworden, daß es sich in anderen, weit voneinander entfernten Teilen der Stadt nicht anders verhielt. Die beste Arbeit hatte der Gebrauchsgraphiker Heinz Schwabe, damals wohnhaft am Kurfürstendamm, (...), geleistet. Diesen hatte ich erst wenige Wochen vorher durch meinen langjährigen Freund Alexander Peter Eismann, neuerdings ebenfalls ein Mitglied der Gruppe, kennengelernt und ihn auf seinen Wunsch für den Notfall mit einem Revolver ausgestattet. Ich stellte fest, daß Schwabe, dessen Revier ich im Auftrag von Vogel und Schmidt inspizieren sollte, den ganzen Kurfürstendamm von der Gedächtniskirche bis zur Ecke Brandenburger- und Wilmersdorferstraße mit breit und leuchtend hingepinselter Schlemmkreide beschriftet und dabei nicht einmal Schaufensterscheiben und Autos verschont hatte. Ein riesiges »Nein« aus Teer prangte schwarz und gut sichtbar auf einem Wasserturm in Steglitz (und war später noch jahrelang dort zu sehen). Hier hatten Leo Borchardt, Ruth Andreas-Friedrich und ihre Freunde »gemalt«. Bis in die nächsten Nachmittagsstunden hinein sah man Polizisten, die in den verschiedensten

Stadtgeden damit beschäftigt waren, die »Neins« von den Wänden zu wischen. Während dies geschah, erging dann aber von seiten der Nazibehörden ein Gegenbefehl, mit dem wir nicht gerechnet hatten und der uns typisch für die Denk- und Reaktionsweise des Herrn Goebbels zu sein schien: Die Naziorganisationen fingen auf einmal an, selbst die Wände zu beschriften, und zwar mit der Parole »Kapitulieren? Nein!«, wobei sie in vielen Fällen über unser »Nein« (das sie nun stehen ließen) nur noch ihr »Kapitulieren?« zu schreiben brauchten. In der nächsten Nacht und in den darauffolgenden Nächten starteten wir dann unsere Flugblattaktionen. Auch hieran war ich, wieder in der derselben Gegend von Charlottenburg, beteiligt. Ich fuhr auf dem Fahrrad kreuz und quer durch die Straßen von Charlottenburg, näherte mich einzelnen und gruppenweise gehenden Bürgern, händigte ihnen blitzschnell die Flugblätter aus und entfernte mich dann jeweils schnell wieder, bevor sie recht zur Besinnung gekommen waren, um alsbald in einer anderen Straße erneut mit meinen Flugblättern aufzutauchen. Dies schien mir der beste Weg zu sein, etwaigen Nazis zu entgehen, die mich sonst hätten fassen und den Behörden übergeben können. Einen anderen Teil der Flugblätter streute ich über das Gelände hinweg in U-Bahn-Ausgänge, sobald die aus einem U-Bahn-Zug ausgestiegenen Fahrgäste in Massen die Treppe heraufkamen, wieder andere Flugblätter steckte ich im Morgengrauen in Briefkästen verschiedener Mietshäuser, einige wenige klebte ich an schwarze Mitteilungsblätter in Hausfluren.

Leider hatte die ganze Aktion keine spürbaren Auswirkungen, obwohl feststeht, daß sie in weiten Gebieten Berlins durchgeführt wurde. Berlin mußte von der Roten Armee Ende April, Anfang Mai 1945 mit bewaffneter Gewalt befreit werden. Gegen Ende April – das genaue Datum ist mir entfallen – erlebte ich schließlich folgendes. Ich hatte mir wieder einmal die Nacht im Dienst irgendwelcher Aufträge Vogels und Schmidts um die Ohren geschlagen und war auf dem Fahrrad frühmorgens (der S- und U-Bahnverkehr war bereits seit Tagen eingestellt) in die Wohnung meiner Freundin Nong Yau zurückgekehrt. Da berichtete mir Nong Yau, der Stabsarzt Dr. Rau sei bei Frau Grelling, in der Straße Am Hirschsprung (einem anderen illegalen Quartiere) und wolle mich sprechen. Nachdem ich gefrühstückt hatte, begab ich mich mit dem Fahrrad von der Miquelstraße in die ganz in der Nähe gelegene Straße Am Hirschsprung. Als ich die Cecilien- (heutige Pacelli-) Allee überquerte, sah ich, wie eine Wehrmachtseinheit auf dieser Straße mit Richtung Zehlendorf ein schweres Maschinengewehr und eine Handvoll Panzerbüchsen in Stellung brachte und überdies deutsche Pioniere die Straße verminten. Am Hirschsprung fand ich Frau Grelling, eine ihrer Freundinnen und Dr. Rau vor. Sie erzählten mir, daß sie, noch im Machtbereich der Wehrmacht lebend und sich weit hinter der Front glaubend, soeben von Bekannten aus Zehlendorf angerufen worden seien, bei denen bereits die Panzer der Roten Armee stünden. Am frühen Nachmittag desselben Tages hörten wir dann ganz in der Nähe das unverkennbare Rasseln von Panzern. Dr. Rau und ich liefen hinaus (Rau hatte sich unterdessen auch Zivil angezogen) und den Panzern entgegen. An der Ecke der

Straßen Im Dol und Am Hirschsprung sahen wir dann, wie sich, von der Luisenallee herkommend, beiderseits des Birkenwäldchens, die Spitze einer großen sowjetischen Panzerkolonne auf uns zubewegte. Wir liefen den Panzern mit erhobenen Händen entgegen, wurden von den Rotarmisten gestellt und händigten ihnen die Revolver aus, die wir in den letzten Monaten für den Notfall immer bei uns getragen hatten. Sehr bald war ein Dolmetschender russischer Unteroffizier zur Stelle, den ich über meine Beobachtungen auf der Cecilienallee aufklären konnte. Auf diese Weise wurde die sowjetische Panzerkolonne rechtzeitig in die Lage versetzt, die sMG- und Panzerbüchsenstellung sowie das Minenfeld zu umgehen. Ein sowjetischer Offizier umarmte mich dankbar, holte dann aus seiner Tasche einen leeren Briefumschlag heraus, bekratzte ihn mit ein paar für mich unleserlichen Zeilen und händigte ihn mir aus. Der dolmetschende Unteroffizier erklärte mir, es sei eine Bestätigung des Dienstes, den ich soeben der Roten Armee geleistet hätte. Damit entließ man mich wieder.¹² Da nun unglücklicherweise meine Zivilhosen an diesem Tage zerrissen waren und ich mir deshalb eine Wehrmattsreithose mit langschäftigen Stiefeln angezogen hatte, wurde ich wenig später von Sowjetsoldaten, die mich für einen nur in letzter Minute verkleideten deutschen Soldaten hielten, aufgegriffen und mit einem kleinen Gefangenentransport zu einem untergeordneten Stab gebracht, der in Zehlendorf, in der Nähe des S-Bahnhofs Sundgauerstraße, in einem der Neubau-Blöcke Quartier bezogen hatte. Mit Hilfe des Zetfels, den der sowjetische Panzeroffizier mir ausgestellt hatte und der beiden Ausweise, die ich bei mir trug, meines Wehrmattsoldbuches und des gefälschten Ausweises, die beide mit Paßfotos von mir versehen waren, aber beide auf verschiedene Namen ausgestellt waren, konnte ich glaubhaft machen, daß ich ein bis dahin illegal lebender, schon vor Monaten desertierter und am Widerstandskampf gegen den Faschismus beteiligter Antinazi war. Der Stab ließ sich daraufhin von mir über den Charakter, die Zusammensetzung und die Aktionen der Gruppe informieren und die Namen und Anschriften der zu ihr gehörenden anderen Antifaschisten, soweit sie mir bekannt waren, mitteilen. Das zentrale Führungsquartier der Gruppe, mit Vogel und Schmidt, befand sich zu diesem Zeitpunkt in der Fasanenstraße, in einem Teil Berlins, der noch nicht befreit war, und ich machte den sowjetischen Offizieren dies klar. Meine Angaben wurden notiert, und ein Offizier geleitete mich wieder zurück nach Dahlem, um mich dort mir selbst zu überlassen. Ich suchte nun den Bunker der thailändischen Gesandtschaft am Platz am Wilden Eber, Ecke Podbielski-Allee-Cecilien-Allee, auf, wo, wie ich wußte, meine Freundin Nong Yau bei ihrem Vater, dem Gesandten, im äußersten Falle Zuflucht nehmen würde. Nong Yau und ihr Vater standen auf gespanntem Fuß, lebten getrennt, und sie hatte ihm meine Existenz verschwiegen. Jetzt erfuhr ich, daß sie ihm kurz vor dem Eintreffen der ersten Rotarmisten im Bunker alles gebeichtet hatte. General Chuthin, sagte man mir, sei entsetzt gewesen, hätte aber gute Miene zum bösen Spiel machen müssen. Um von den Rotarmisten als exterritorialer Diplomat eines mit der Sowjetunion nicht im Krieg befindlichen Landes respek-

12 Harich läßt unerwähnt, daß ihm die Soldaten die goldene Uhr, ein Erinnerungsstück an seinen Großvater, genommen hatten.

tiert zu werden, hätte er sich seine exotisch bunte Generalsuniform angezogen und in die eine Hand die siamesische Staatsflagge, in die andere ein Photo genommen, auf dem er zusammen mit Molotow abgebildet war. So sei er, unter dem Gebrüll der Kanonen und Katjuschas (Stalinorgeln), den ersten Rotarmisten entgegengegangen, die zunächst nichts mit ihm hätten anfangen können, ihn dann aber, mitsamt seiner Tochter Nong Yau, zu einem sowjetischen General gebracht hätten, der sie sogleich unter seinen Schutz gestellt habe. So war Nong Yau zunächst für mich verschwunden. Am 5. Mai kehrte sie dann aber wohlbehalten in ihre Wohnung in der Miquelstraße zurück. Ihr Vater wurde wenige Tage später von den sowjetischen Behörden nach Moskau gebracht, wo man ihm die Heimreise nach Thailand ermöglichte. Nong Yau trennte sich bereits in Berlin von ihm. Sie wollte noch eine Weile mit mir zusammenleben und Berlin im Frieden, ohne Bombenangriffe und Illegalität, genießen. Sie blieb dann bis Ende 1946. Da war die Liebe auf ihrer Seite dann nicht mehr so überwältigend groß, daß sie die elenden Nachkriegsverhältnisse und vor allem die bitterkalten Winter um meinetwillen noch weiter ausgehalten hätte. Die Sehnsucht nach der Heimat überwog, und die Amerikaner, von ihr darum gebeten, schafften sie nach Washington, und von dort ist sie 1947 nach Bangkok zurückgereist.¹³

Am 2. Mai 1945 traf Walter Ulbricht mit der Gruppe seiner Begleiter in Berlin ein und suchte hier Antifaschisten, die bereit wären, beim Wiederaufbau zuzupacken. Ich weiß nicht, ob er in den darauffolgenden Wochen durch irgendwelche anderen Mitglieder der Gruppe Vogel/Schmidt oder durch den sowjetischen Stab in der Sundgauerstraße auf mich aufmerksam gemacht worden ist. Jedenfalls schickte er seinen damaligen Mitarbeiter Wolfgang Leonhard zu mir, der mich in der Wohnung meiner Freundin Nong Yau in der Miquelstraße in Dahlem aufsuchte.¹⁴ Leonhard erläuterte mir die politische Linie und das Wiederaufbauprogramm der aus Moskau heimgekehrten deutschen Antifaschisten und überzeugte mich davon, daß es das beste wäre, mich der Aufbau-Arbeit zunächst bei einem Stadtbezirksbürgermeister zur Verfügung zu stellen. Alles, was er sagte, schien mir sehr vernünftig und konstruktiv zu sein, so daß ich mit Freuden auf seine Vorschläge einging. In denselben Wochen – ich weiß nicht mehr, ob vor dem Besuch W. Leonhards oder danach, – suchte mich ein ausgezeichnet deutsch sprechender junger, schmaler, blonder sowjetischer Leutnant in Dahlem auf, stellte sich als Jan Vogler, Sohn des in Moskau verstorbenen Malers Heinrich Vogler (Worpswede), vor und diskutierte mit Nong Yau und mir eine ganze Nacht. Mir fiel damals auf, daß sowohl Vogler als auch Leonhard sehr stark die demokratischen Zielsetzungen betonten, die die Sowjetunion und mit ihr die deutschen Kommunisten in Deutschland verfolgen würden. Ich konnte dies mit der Agitation meines Freundes Alex Vogel, an die ich bis dahin gewöhnt war, nicht ganz in Einklang bringen. Alex Vogel nämlich hatte in der Praxis zwar genau die Linie der antifaschistisch-demokratischen Volksfront befolgt und Mitstreiter unter den Antinazis aller politischen Richtungen, bis ins konservative Bürgertum hinein, gesucht, aber in seiner gelegentlichen Darlegung der marxisti-

13 Frau Gisela Wittkowski, die Schwester Wolfgang Harichs, erinnerte sich 1995 noch an weitere Details. Harich hatte beim thailändischen Gesandten um die Hand der Tochter angehalten, aber einen Korb erhalten. Die Botschaften und Gesandtschaften wurden bald auf Verlangen der sowjetischen Besatzungsmacht aufgelöst. Wolfgang Harich und seine Freunde organisierten die Entführung von Nong-Yau. Beide lebten im Nachkriegs-Berlin einige Zeit zusammen. Sie liebten sich in einem der spontan entstehenden Standesämter trauen. Der Schauspieler Ernst Legal war Trauzeuge. Boleslaw Barlogh brachte Nong-Yau auf die Bühne. Sie spielte eine junge Chinesin. Mit der Normalisierung der Verhältnisse stellte sich bald heraus, daß die vor provisorischen Standesämtern geschlossenen Ehen nicht anerkannt wurden. Nong-Yau entschloß sich, für drei Jahre in die Heimat zu gehen. Für die Entscheidung gab es mehrere Gründe: Heimweh, schlechte soziale Verhältnisse im Nachkriegs-Berlin, Noun-You fror nahezu immer, sie vermißte Reis und fühlte sich der Landessitte verpflichtet, die Asche der in Berlin verstorbenen Schwester in die Heimat zu bringen. Unter den wenigen Habseligkeiten, die sie in ihren Koffer packte, befand sich die Urne der Schwester. Harich litt sehr unter der Trennung von Nong-Yau. Der Briefwechsel riß bald ab. Alle Bemühungen Harichs, sie erneut nach Berlin zu holen, waren vergeblich. Vermutlich hatte sich Nong-Yau den Entscheidungen des Familienclans zu beugen.

14 Hier irrt Harich. Leonhard besuchte ihn in der Podbielskiallee 1, dem Sitz der siamesischen Gesandtschaft in Berlin-Dahlem. Vgl. Wolfgang Leonhard: Die Revolution entläßt ihre Kinder, Bd. 2, Leipzig 1990, S. 400.

schen Revolutionstheorie in Gesprächen mit mir die Begriffe Demokratie und Diktatur stets schematisch einander gegenübergestellt. Ein demokratisches Regime sei nichts weiter als die verschleierte Herrschaft der Großbourgeoisie, es müsse in Deutschland die Diktatur des Proletariats errichtet werden. In meiner nächtlichen Diskussion mit Jan Vogler berief ich mich nun auf diese Äußerung Alex Vogels und fragte ihn, wieso denn die Kommunisten jetzt auf einmal für die Demokratie seien und von der Diktatur des Proletariats nichts mehr wissen wollten. Vogler lächelte freundlich und machte sinngemäß etwa folgende Ausführungen. Demokratie und Diktatur, so belehrte er mich, seien nicht unbedingt Gegensätze, denn die Diktatur des Proletariats – das sei nach wie vor die Überzeugung der Kommunisten – sei die demokratischste Staatsform, die sich überhaupt denken lasse, aber demokratisch eben nur für die Arbeiterklasse und die mit ihr verbündeten werktätigen Schichten, die Bauern und die Intellektuellen; die machten aber in allen Ländern der Erde die überwältigende Mehrheit des Volkes aus. »Aber obwohl wir Kommunisten diese Ansicht vertreten,« fügte Jan Vogler sinngemäß hinzu, »sind wir nicht der Meinung, daß in Deutschland der Weg der proletarischen Diktatur beschritten werden sollte. Einmal deswegen nicht, weil die neuen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse, die es in Deutschland zu schaffen gilt, organisch aus dem antifaschistischen Widerstandskampf hervorgewachsen müssen, und an diesem Kampfe waren eben außer den Kommunisten und Sozialdemokraten auch christliche und liberale Antinazis beteiligt. Es kommt also darauf an, in Deutschland eine antifaschistisch-demokratische Politik zu entwickeln, auf die alle diese politischen Richtungen sich einigen können. Zweitens wird Deutschland für eine gewisse Zeit ein besetztes Land sein, und zwar nicht nur von der Sowjetarmee besetzt, sondern auch von den Armeen der Westmächte, den Armeen kapitalistischer Länder. Es ist daher notwendig, die Erneuerung Deutschlands auf der Grundlage einer Konzeption in Angriff zu nehmen, die für alle Siegermächte annehmbar ist, auch für die Westmächte, vorausgesetzt, daß sie willens sind, den Faschismus und Militarismus in Deutschland auszurotten und Garantien dafür zu schaffen, daß er nie wieder erstehen und die Welt mit Krieg bedrohen kann.«

Dies seien die Erwägungen, aus denen heraus die Kommunisten für eine parlamentarische Demokratie in Deutschland eintreten, die sich von der Weimarer Demokratie jedoch dadurch unterscheiden müsse, daß sie gegen jeden Versuch einer Wiederbelebung des Faschismus und Militarismus unbedingt gesichert sei. Vogler unterstrich bei seinen Ausführungen mit starker Betonung den Willen der Sowjetunion, auch unter den komplizierten Bedingungen der Besetzung Deutschlands durch Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung die nationale Einheit des deutschen Staates und Volkes zu wahren. (Es war dies bereits genau die Linie, auf die sich Monate später die vier Siegermächte im Potsdamer Abkommen einigten.) Auf meine Frage, ob denn nach seiner Meinung nicht wenigstens die Schlüsselindustrien in Deutschland enteignet werden müßten, antwortete Jan Vogler sinngemäß: »Es würde uns Sowjet-

menschen sehr freuen, wenn das deutsche Volk sich dazu entschließen würde. Aber erstens ist das ausschließlich die eigene Angelegenheit der Deutschen selbst. Und zweitens handelt es sich nicht um Enteignung schlechthin und aus beliebigen Gründen, sondern darum, daß die Kriegsverbrechen bestraft werden sollten, deren sich die Besitzer der deutschen Schlüsselindustrien als treibende Kräfte der Aggression und durch die Ausbeutung und Drangsalierung ausländischer Zwangsarbeiter schuldig gemacht haben. Man muß also an die ganze Frage der Enteignung vom Standpunkt des konsequenten Kampfes gegen den Faschismus herangehen.«

Wenige Tage nach dieser Aussprache tauchte Leutnant Jan Vogler plötzlich bei einer Zusammenkunft auf, die einige Mitglieder der Gruppe Vogel/Schmidt in einer Wohnung in der Xantenerstraße abhielten. Ich erinnere mich noch, daß außer mir u.a. Wolfgang Schmidt, Dr. Rau, Alexander Peter Eismann, Nenat Stefanovic und einige mir bis dahin unbekannt Personen anwesend waren. Alex Vogel hatte uns zu dieser Zusammenkunft gebeten, war aber selbst nicht erschienen. Statt seiner kam Leutnant Vogler und forderte uns auf, in einem auf der Straße wartenden sowjetischen Militär-LKW Platz zu nehmen. Hätte Vogler nicht so verschmitzt gelächelt, hätten wir angenommen, er wolle uns verhaften. Die Fahrt ging nach Altfriedrichsfelde im Osten Berlins. Hier ließ man uns in einem Zimmer eines sowjetischen Stabsgebäudes warten. Einige von uns wurden nacheinander herausgebeten und von sowjetischen Offizieren über ihre Erfahrungen und Erlebnisse als Mitglieder der Gruppe befragt. Dann lud man uns wieder ein, auf dem LKW Platz zu nehmen, der schließlich jeden einzelnen von uns vor seiner Haustüre absetzte. Die öffentlichen Verkehrsmittel fuhren damals in Berlin noch nicht oder nur auf gewissen Teilstrecken.

Den Ratschlägen Wolfgang Leonhards folgend, wollte ich mich im Mai 1945 der Wiederaufbauarbeit bei einem Stadtbezirksbürgermeister zur Verfügung stellen. Durch einen alten Kommunisten in Wilmersdorf namens Werner Stein, den ich damals kennenlernte und der zufällig auch ein Bekannter meines Freundes Dr. Gerhard Wilcke war, erhielt ich damals eine Stellung beim Volksbildungsdezernat des Stadtbezirks Wilmersdorf. Werner Stein (...)

Ergänzend möchte ich noch erwähnen, wie es dazu gekommen ist, daß ich im Juni 1945 auch zu Mitgliedern des Gründungskomitees des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands gehörte. Da meine Mutter und meine Schwester wegen der ständigen Bombenangriffe 1943 im Zuge der Evakuierungen Berlin verlassen und sich bis zum Kriegsende in Neuruppin bei Bekannten niedergelassen hatten und bis zum Juni 1945 noch nicht wieder in Berlin aufgetaucht waren, lebte ich zunächst nach Beendigung der Kampfhandlungen in der Wohnung meiner Freundin Nong Yau Chuthin in Berlin-Dahlem, Miquelstraße. Zufällig lag zwei Minuten davon entfernt, in der Cecilienallee, die Villa eines geflüchteten Staatsrats Strauß (fast unmittelbar neben der Villa, in der am 30. Juni 1934 der General von Schleicher ermordet worden ist). Die Straußsche Villa nun wurde im Mai 1945 vom Bezirksamt Zehlendorf dem Dichter Johannes R. Becher, dem Schriftsteller und Kritiker Fritz Erpenbeck und dem Journalisten Heinz Will-

mann zur Verfügung gestellt, die mit ihren Frauen soeben aus der Moskauer Emigration nach Berlin zurückgekehrt waren (Erpenbeck war bereits am 2. Mai mit der Gruppe Ulbricht gekommen und alsbald Chefredakteur der »Deutschen Volkszeitung« geworden). Da ich von Paul Wegener Bestellungen an Becher auszurichten hatte, suchte ich diesen in der Straußschen Villa auf, und aus dem Zufall der Nachbarschaft ergab sich in den folgenden Wochen ein regelmäßiger Kontakt. Ich weiß noch, daß die Nachricht von der Rückkehr meiner Mutter und meiner Schwester nach Zehlendorf mich im Juni 1945 erreichte, als ich gerade bei Bechers Abendbrot aß – ein recht kümmerliches Nachkriegsabendbrot, nebenbei bemerkt, denn Bechers, Erpenbecks und Willmanns führten in der prunkvollen Straußschen Villa ein sehr bescheidenes Leben. Ich hatte mir um das Schicksal meiner Mutter und meiner Schwester große Sorgen gemacht und brach sofort auf, um zu ihnen zu eilen (zu Fuß, denn die öffentlichen Verkehrsmittel zwischen Dahlem und Zehlendorf funktionierten damals noch nicht). Frau Lilli Becher ließ es sich nicht nehmen, sofort ein auf dem Tisch liegendes Brot zu ergreifen und es mir unter den Arm zu schieben, damit ich es meinen Angehörigen mitbrächte, von denen man ja nicht wissen könne, ob sie so kurz nach ihrer Heimkehr bereits mit den nötigsten Lebensmitteln versorgt seien. Da ich sah, daß ohne dieses Brot die anwesenden Ehepaare Becher, Erpenbeck und Willmann schwer satt werden würden, protestierte ich natürlich, aber es half mir nichts. Alle bestanden darauf, daß jetzt erst einmal meine Mutter und meine Schwester gesättigt werden müßten.

Becher war damals mit der Gründung des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands beschäftigt. Er wollte in den Gründungsausschuß des Kulturbundes einen möglichst breiten Kreis von Persönlichkeiten der verschiedensten politischen und weltanschaulichen Richtungen, soweit es sich um Antinazis handelte, einbeziehen, Sozialdemokraten, Christen beider Konfessionen, Liberale und auch Konservative. Er fragte mich, ob ich ihm die Bekanntschaft bedeutender Wissenschaftler der Universität vermitteln könne. Ich nannte ihm an erster Stelle den ganz in der Nähe, in Dahlem-Dorf, lebenden Geheimrat Professor Dr. Eduard Spranger. Ich hatte bei Spranger, neben dem Schulbesuch, schon in den Jahren 1940-42, vor meiner Einberufung zur Wehrmacht, philosophische Vorlesungen und Seminare gehört und erfreute mich auch seines persönlichen Wohlwollens. 1944 war Spranger, nach dem 20. Juli, von der Gestapo festgenommen worden, wohl weil er, freilich nichtsahnend, philosophische Vorträge in Häusern der Verschwörer des 20. Juli gehalten hatte, welche Veranstaltungen von den Verschwörern als Deckung für einige ihrer Zusammenkünfte benutzt worden waren. Als ich bereits Anschluß an die Gruppe Vogel-Schmidt gefunden hatte und illegale Widerstandsarbeit leistete, war mir Sprangers Verhaftung bekannt geworden. Ich erinnerte mich, daß Spranger in der frühen Nazizeit so quasi als Emigrant in Japan gelebt und gelehrt hatte und von den Japanern mit höchsten Ehrungen bedacht worden war. Nun hatte ich in den Jahren 1940-42 mir neben dem Schulbesuch meinen Lebensunterhalt mit deutschem Sprach- und Literaturunterricht an verschiedene in Berlin

lebende japanische Diplomaten, Militärs und Wirtschaftler verdient. Um etwas für Sprangers Rettung zu tun, suchte ich nun im November 1944 diese Japaner, soweit sie damals noch in Berlin waren, auf und beschwor sie, sich für Spranger einzusetzen. Einer dieser Japaner, ein Angestellter der Yokohama-Specie-Bank, mit dem ich gut befreundet war, Dr. Kunio Miki (...) hatte die gute Idee, es müsse versucht werden, den japanischen Botschafter dazu zu bringen, für Spranger bei der deutschen Regierung zu intervenieren. Dies brachte mich wieder auf die Idee, der verzweifelten Frau Spranger den Rat zu geben, sich doch an Frau Oshima, die Gattin des japanischen Botschafters zu wenden. Diesen Rat hat Frau Spranger denn auch befolgt. Ob nun das Drängen meiner japanischen Schüler oder ob der Besuch Frau Sprangers bei Frau Oshima den Ausschlag gegeben hat, weiß ich nicht. Jedenfalls hat die japanische Botschaft in der Tat sich für Spranger eingesetzt und, ich glaube im Dezember 1944, dessen Freilassung aus der Haft erwirkt. Ich war nun bei Sprangers, solange sie in Berlin lebten, ein stets gerne gesehener Gast. In der ganzen Zeit meiner Illegalität habe ich sie häufig besucht. Spranger selbst war durch die erlittene Haft, durch das grauenhafte Kriegsgeschehen und sein Alter zu müde, als daß er sich an illegaler Arbeit aktiv hätte beteiligen wollen. Aber er wußte, jedenfalls teilweise, um meine Aktivität und billigte sie, weil er der Ansicht war, daß alles getan werden müsse, um den längst verlorenen, sinnlosen Krieg so schnell wie möglich zu beenden. Im Mai/Juni 1945 erreichte ich es dann, daß Spranger sich dafür gewinnen ließ, bei der Gründung des Kulturbundes mitzuwirken. Ich vereinbarte eine in seiner Wohnung stattfindende Begegnung zwischen ihm und Becher, Erpenbeck und Willmann, der ich auch selbst beiwohnen durfte. Becher setzte Spranger in allen Details auseinander, worin er die Aufgaben und den Sinn des Kulturbundes sehe. Spranger sagte: »Wenn Sie Kommunist sind, so muß ich Ihnen gleich sagen, daß ich mich zum dialektischen Materialismus schwerlich werde bekehren lassen. Aber das Programm des Kulturbundes, wie Sie es mir dargelegt haben, findet meine volle Zustimmung.« Das Gespräch kam dann auf die Gründung einer Zeitschrift des Kulturbundes. Spranger machte dazu eine Reihe interessanter Vorschläge, die später auch verwirklicht worden sind, und Becher unterbreitete, soweit ich weiß, zum erstenmal den Vorschlag, daß diese Zeitschrift »Aufbau« heißen solle. Die Einberufung des Gründungsausschusses des Kulturbundes ist wenige Tage später gemeinsam von Johannes R. Becher, Eduard Spranger, Paul Wegener und Otto Winzer unterzeichnet worden (Winzer war damals Leiter des Dezernats für Volksbildung beim Magistrat von Großberlin...). Becher forderte mich dazu auf, an der Arbeit des Gründungsausschusses teilzunehmen und auf der ersten Kundgebung, mit der der Kulturbund vor die Öffentlichkeit treten sollte, als Sprecher der jungen antifaschistischen Intelligenz eine kurze Rede zu halten.¹⁵ Der Gründungsausschuß konstituierte sich in der Villa Strauß in Berlin-Dahlem, Cecilien-, jetzt Pacelli-Allee, und neben Becher, Spranger und Paul Wegener traten bei der Gründungssitzung Dr. Ferdinand Friedensburg von der CDU und Pfarrer Dilschneider besonders aktiv hervor. Auf der Gründungsver-

15 Die Rede Harichs wurde nicht veröffentlicht. - Vgl. Manifest des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, Berlin (1945).

sammlung im Großen Sendesaal des Funkhauses Masurenallee ergriffen u.a. Bernhard Kellermann, Paul Wegener, Johannes R. Becher und Pfarrer Dilschneider das Wort. Die Rede des gerade erkrankten Professor Spranger wurde von einem anderen Professor der Berliner Universität verlesen. Etwa zur gleichen Zeit rückten die westlichen Besatzungsmächte in Berlin in ihre Sektoren ein und begannen sofort, die Einheit der antifaschistischen Kräfte zu stören und die Tätigkeit ihrer gemeinsamen Organisationen zu behindern. Eine der ersten Maßnahmen der Amerikaner bestand darin, daß sie die Villa Strauß in der Cecilienallee für den Stab von General Lucius D. Clay beschlagnahmten und Becher, Erpenbeck und Willmann zwangen, in den sowjetischen Sektor überzusiedeln. Auch die Villa von Geheimrat Spranger wurde beschlagnahmt, der große deutsche Gelehrte mußte zusammen mit seiner Frau mit den Kellerräumen seines Hauses vorliebnehmen.¹⁶ Der Kulturbund kam provisorisch in der Kammer der Kunstschaffenden in der Schlüterstraße unter, wo Paul Wegener Becher mit seinen Mitarbeitern eine Etage freimachen ließ. In Wegeners Arbeitszimmer in der Schlüterstraße (dem früheren Arbeitszimmer des Staatsrates Hinkel) fand auch die Sitzung statt, auf der der Gründungsausschuß die provisorische Leitung des Kulturbundes wählte und sich dann auflöste. Auf dieser Sitzung, an der ich teilnehmen durfte, schlug Johannes R. Becher als ersten Präsidenten des Kulturbundes den Schriftsteller Bernhard Kellermann vor, und dieser Vorschlag wurde von den anwesenden Mitgliedern der KPD unterstützt. Die sozialdemokratischen, bürgerlichen und parteilosen Mitglieder des Gründungsausschusses, unter ihnen Gustav Dahrendorf, Ferdinand Friedensburg, der Anglist Professor Schirmer, Pfarrer Dilschneider u.a., bestanden jedoch darauf, daß Becher Präsident des Kulturbundes werden sollte, und da sie die Mehrheit hatten, setzten sie sich durch. 1947 ist dann der Kulturbund in den Berliner Westsektoren verboten worden,¹⁷ und die Leitung mußte ihre Räume in der Schlüterstraße (britischer Sektor) räumen und in den sowjetischen Sektor von Berlin umziehen. Damals war Paul Wegener aber nicht mehr Präsident der Kammer der Kulturschaffenden, die sich inzwischen aufgelöst hatte, also auch nicht mehr Hausherr in der Schlüterstraße, sondern war ganz zu seiner Arbeit als Schauspieler zurückgekehrt.

Da sich die Akten der ehemaligen Reichskulturkammer in der Schlüterstraße befanden, erschien es 1945 den Alliierten als zweckmäßig, dort auch den Ausschuß für die Entnazifizierung der Kunstschaffenden unterzubringen. Zum Vorsitzenden dieses Ausschusses wurde auf gemeinsamen Beschluß der vier Siegermächte Alex Vogel berufen, zum öffentlichen Ankläger Wolfgang Schmidt, beide auf Grund ihrer illegalen Widerstandstätigkeit im Kriege. Vogel und Schmidt mußten diese Tätigkeit in Berlin von Anfang an unter sehr komplizierten Bedingungen ausüben, denn sie erhielten von den westlichen und östlichen Besatzungsmächten oft entgegengesetzte Richtlinien. Die sowjetischen Vertreter waren dafür, mit den Künstlern, die Pgs gewesen waren, möglichst großzügig zu verfahren. Sie waren z.B. entschieden dagegen, daß Wilhelm Furtwängler gezwungen werden sollte, sich vor dem Ausschuß zu verant-

16 Die Harich-Familie mußte ihr Haus, das im Unterschied zum Haus von Spranger über keinen Keller verfügte, Hals über Kopf für die Amerikaner räumen. Dabei ging die von Wolfgang Harich verfaßte Walthar-Harich-Biographie verloren.

17 Amerikaner und Briten verlangten einen Antrag auf Neuzulassung, während die Sowjets darauf bestanden, daß die Zulassung von Juli 1945 gültig bleibe. Der Kulturbund konnte diesen Konflikt zwischen den Alliierten nicht lösen, so daß für ihn im amerikanischen und britischen Sektor ein de-facto-Verbot bestand. Im französischen Sektor war er unter strenger Kontrolle der Besatzungsmacht weiterhin tätig.

18 Harichs Plan, als Rezensent beim »Tagesspie-

worten; anders verhielten sich die Amerikaner. Sie benutzten die Verfahren gegen bedeutende Künstler als einen demagogischen pseudo-antnazistischen Schleier, hinter dem sie ihr geheimes Paktieren mit den wirklichen Kriegsverbrechern und Kriegsinteressenten aus der deutschen Großbourgeoisie zu verbergen suchten. Und der bloße geographische Zufall, daß die Schlüterstraße im britischen Sektor lag, hatte zur Folge, daß die westlichen Alliierten auf Vogel und Schmidt bei ihren Entscheidungen einen scharfen Druck ausüben konnten. Das Verfahren gegen Furtwängler z.B. ist von den Amerikanern erzwungen worden, und wenn Vogel und Schmidt sich nicht halbwegs gefügt hätten, hätten die Vertreter der Westmächte ihre Ablösung und ihre Ersetzung durch westliche Kreaturen durchgesetzt. Dies geschah aber bereits zu einer Zeit, als ich schon meine journalistische Arbeit¹⁸ und mein Studium aufgenommen und mit der Schlüterstraße nicht das geringste mehr zu tun hatte.

gel« zu arbeiten, scheiterte am amerikanischen Einspruch. Harich wurde im Mai 1946 dritter Theaterkritiker des französisch lizenzierten »Kurier«. Nach wenigen Wochen kam es zu einem Streit mit einem französischen Offizier über einen Artikel Harichs über Knut Hamsun. Aus der Klemme halfen ihm die Sowjets, die ihm die Stelle des ersten Theaterkritikers bei der »Täglichen Rundschau« anboten, die Harich bis 1948 innehatte.

ARNOLD SCHÖLZEL

»Friedrich Engels - Savant et Révolutionnaire«

Unter obigem Titel veranstalteten vom 17. bis zum 20. Oktober 1995 das Centre National de la Recherche Scientifique und die Universität Paris-X in Nanterre eine Konferenz, die sich vorrangig mit dem Beitrag Engels zu verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen und seinem Einfluß auf die Arbeiterbewegung verschiedener Länder beschäftigte. Unter der Leitung von Georges Labica diskutierten die ungefähr 50 Teilnehmer aus Frankreich, Italien, Spanien, Portugal und Deutschland Fragen der Biographie, des Werkes und der Wirkung von Friedrich Engels in der Geschichte des Marxismus. Von der Themen- und Zeitvorgabe her war genügend Raum gelassen, um die Vielschichtigkeit des Werkes von Engels beim Wiederlesen unter heutigen Umständen angemessen zu erfassen. Das ernsthafte, manchmal etwas akademisch anmutende Bemühen, die Differenzierungen, Widersprüche und Änderungen in seinen Standpunkten zu erfassen, prägte dann auch die Konferenz.

Arnold Schölzel – Jg. 1947,
Dr. phil., Philosophiehistoriker,
Berlin.

Gilbert Badia (Paris) setzte gleich eingangs eine These, die das Gremium immer wieder beschäftigte: Engels habe »das intellektuelle Universum der Arbeiterbewegung mehr geprägt als Marx«. Auf seine Weise unterstrich dies Michael Löwy (Paris) in einem umfassenden Vortrag über »Engels und die Revolution«, in dem er die verschiedenen Facetten dieser Beziehung untersuchte. Die Religion sei für Engels seit den frühen Briefen zu theologischen Themen »eines der wichtigsten Gebiete« geblieben, wobei er bei aller Gegnerschaft dem Aspekt der »Protestation« stets größte Aufmerksamkeit gewidmet habe, kulminierend in der Charakteristik von Thomas Müntzer als »religiösem Revolutionär«.

Einem in der Geschichte der Debatten um Engels am meisten umstrittenen Themen wandte sich Jean Robelin (Besançon) zu, dem Determinismus-Konzept. In seinem Beitrag und der anschließenden Diskussion war die Forderung nach Differenzierung zwischen verschiedenen Perspektiven von Engels beherrschend. Robelin verwies darauf, daß Engels z. B. verschiedene Niveaus der Determination im Geschichtsprozeß unterschieden habe. Von der Definition und Analyse eines sozialen Konflikts gehe er dabei zu dessen Lösung, von der Logik der bürgerlichen Gesellschaft zur Logik des Klassenkampfes. Hinter seiner Vorstellung von Planmäßigkeit habe allerdings das Bild einer homogenen Gesellschaft gestanden, das in der sowjetischen Gesellschaft als eine Art »sozialer Taylorismus« realisiert worden sei. In einer sozialistischen Gesellschaft mit unterschiedlichen sozialen Gruppen müsse an die

Stelle einer »planification maîtrise« (»Beherrschungsplanwirtschaft«) eine »planification de la coordination« treten. In der Diskussion hob Jacques Texier (Paris) hervor, daß Kategorien wie »Notwendigkeit«, »Freiheit« und »Sozialismus« nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus neu diskutiert werden müßten. Robelin mache Schluß mit einer verkürzten Theorie der Produktivkräfte und plädiere für ein komplexes Herangehen an Geschichtsprozesse, während bei Engels Freiheit wesentlich eine Form des »nécessitarisme« (»Notwendigkeitsdenkens«) gewesen sei. Bei Engels gebe es daraus resultierend »administrative Tendenzen«. Problem sei eine Administration, die demokratische Partizipation einschließe, ohne zu bürokratisieren. Genau in diesem Sinn sei die 1. Französische Republik für Marx und Engels ein Modell für Entbürokratisierung gewesen. Ohne Demokratie im ökonomischen Bereich, so ergänzte Robelin, sei Bürokratisierung nicht zu überwinden. Auch lokale Selbstverwaltung könne völlig mafios und bürokratisch sein. Nötig sei eine andere Form von Politik.

Nach Elvira Concheiro (Mexiko-City) und Charles Kanelopoulos (Paris) untersuchte auch Theodor Bergmann (Stuttgart) das Verhältnis von ökonomischer, sozialer und politischer Entwicklung im Werk von Engels. Während die ersten beiden Engels Analyse unterstrichen, daß nur durch politische Aktionen der organisierten Arbeiter scheinbar unlösbare soziale Fragen gelöst werden können, zeigte Bergmann, daß die Arbeiterbewegung zu den Bauernbewegungen tendentiell negative Haltungen einnahm. Von ihrer Charakteristik als reaktionärer Kraft in den Revolutionen von 1848 durch Marx und Engels reiche dies über die Analyse ihres revolutionären Potentials im deutschen Bauernkrieg und die These, daß ein Übergang von urkommunistischen Bauernwirtschaften zur Kollektivierung möglich sei, bis zur Diskussion über die sozialen Interessen der Kleinbauern im 20. Jahrhundert. Die Politik der kommunistischen Parteien habe die Bauern der Revolution entfremdet. Heute existierten trotz Globalisierung etwa in Osteuropa noch große Massen von Kleinbauern. Sie stellten ein revolutionäres Potential dar, die relative Pauperisierung mache sie allerdings auch zu einem Rekrutierungsfeld für Rechte und Faschisten.

Bergmanns Beitrag rief erneut eine lebhaftige Diskussion hervor, in der Jacques Texier darauf verwies, daß Engels den Blanquismus in Rußland für anwendbar hielt, und daran die Frage knüpfte, ob erst Stalin sich irrational gegenüber den Bauern verhalten habe. Étienne Balibar (Paris) erklärte, daß Lenins These, jeder Kleinbauer schaffe täglich den Kapitalismus neu, damit zu tun habe, daß Lenin Braudel nicht habe kennen können, aber Proudhon gelesen habe.

Andere Aspekte des Determinationsgefüges von Ökonomie, sozialer Bewegung und Politik skizzierte Claude Mainfroy (Lille), der davon ausging, daß Marx und Engels, an der deutschen Kleinstaaterei leidend, den französischen Zentralstaat überschätzt hätten. Er hob besonders das Konzept der »Revolution in Permanenz« hervor, das national die fortschreitende Demokratisierung des parlamentarischen Systems, international die Ausdehnung der Revolution von den entwickelten auf die agrarischen Länder verlangt habe. Die Notwendigkeit einer internationalen demokratischen Bewe-

gung für die Sicherung der sozialistischen Revolution sei für Engels auch später entscheidend gewesen.

Jacques Texier knüpfte in seinem Beitrag über »Die politischen Innovationen von Engels« an diese Thesen an. Noch 1885 habe Engels auf den Positionen von 1850 gestanden und die Notwendigkeit einer permanenten Revolution unterstrichen. Dabei habe die Entbürokratisierung der bürgerlichen Republik für ihn entscheidende Bedeutung gehabt. Hier habe die Commune ihre Funktion gehabt als Kampffeld zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Zugleich hätten Marx und Engels deutlich zwischen dem bürokratisch-militärischen System des Kontinents und der angelsächsischen Welt unterschieden, wo sie einen friedlichen Übergang zum Sozialismus für möglich hielten. Die französische Demokratie dagegen hätte Marx in Übereinstimmung mit Tocqueville in die Kontinuität mit der absoluten Monarchie gestellt. Lenin habe z. B. die andere Sicht auf die angelsächsische Demokratie unterschlagen.

Zeitbedingt Einseitiges und bleibende theoretische Einsichten unterschied auch Josette Trat (Paris) in ihrem Referat über »Engels und die Frauenemanzipation«. Der Kern der Engelsschen Thesen zur maskulinen Dominanz habe sich bestätigt, gleichzeitig habe er aber ein Stereotyp reproduziert, wenn er eine »natürliche« Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen annehme. Die soziale Arbeitsteilung werde dabei nicht erfaßt. Zu generell sei das Schema Mann = Bourgeois, Frau = Proletarier. Juristische Gleichstellung, Umwälzung der Produktionsverhältnisse als Voraussetzung für die Veränderung der Arbeitsteilung in der Familie seien nach wie vor aktuell. Jede Emanzipation, unterstrich die Rednerin, werfe diese Frage nach einer veränderten Teilung der häuslichen Arbeit auf.

Enzo Traverso (Paris) ging den äußerst widersprüchlichen Auffassungen von Engels zur nationalen Frage nach und hob hervor, daß sie das Problem weniger in einer systematischen Weise als vielmehr historisch-konkret und zeitabhängig untersucht hätten (Vgl. den Abdruck des Referats in »Utopie kreativ« 62).

Den folgenden Themenkomplex, der sich mit »Engels' Stellung zwischen Wissenschaft und Philosophie« beschäftigte, eröffnete Georges Labica mit der Feststellung, daß die philosophischen Arbeiten von Engels durchweg Reaktionen auf Anstöße von außen waren, er in diesem Sinn keine »Philosophie« hervorgebracht habe. Erst Plechanow und Kautsky hätten sie ausgearbeitet. Für Lenin treffe das gleiche zu wie für Engels: Er reagierte in seinen philosophischen Arbeiten ausschließlich auf andere, behauptete aber, Marx habe ein philosophisches System gehabt. Er habe - anders als Engels im »Anti-Dühring« - nicht auf der Dialektik, sondern auf dem Materialismus bestanden. Die ML-Fabrikation unter Stalin mit ihrer Harmonisierung und Sakralisierung der Philosophie falle so aus der Geschichte der marxistischen Arbeiten zur Philosophie.

Komplementär dazu hob Joao Maria de Freitas Branco (Caxias) Engels' Bemühen um ein neues Wissenschaftskonzept hervor. Sein Hauptproblem sei das der adäquaten Erfassung von Bewegung, genauer, des »Wie« von Bewegung gewesen. Hier habe er die

Dialektik als einzig angemessene Denkmethode zu Grunde gelegt und sei zu einer wesentlichen Neuerung gelangt, indem er tatsächlich Zeit in das Naturverständnis eingeführt habe. Die Dialektik der Natur sei daher keine neue Philosophie der Natur, sondern vor allem ein Bruch mit metaphysischer Spekulation, die Natur nur im Nebeneinander betrachtet habe. Analog hob Lucien Sève (Paris) hervor, daß die Abqualifikation der »Dialektik der Natur« ein Kapitel des Kalten Krieges gewesen sei. In der Naturwissenschaft - Beispiel Prigogine - habe es einen anderen Umgang mit ihr gegeben. Die verschiedenen Formen der Dialektik seien zwar von Engels nicht analysiert worden, insofern gebe es in der »Dialektik der Natur« »blinde Flecken«, ihr heuristischer Wert aber bleibe. André Tosel (Paris) wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Engels ein Problem bearbeitet habe, das die Wissenschaften nicht lösen, das Problem des »Übergangs«, beispielsweise von einer Bewegungsform in eine andere oder die Konvertibilität der Bewegungsformen.

Eine besonders lebendige Diskussion entspann sich am letzten Beratungstag um das Thema »Engels als Erbe und Theoretiker des Marxismus«. Henri Mahler (Paris) untersuchte die Diskrepanz zwischen der Würdigung, die Engels den utopischen Sozialisten mehrfach bezeugt habe und deren Charakteristik im »Manifest«. Sie resultiere nicht zuletzt aus dem Unterschied der Perspektive: Rückwärts die Anerkennung der Utopisten als Begründer des Sozialismus, nach vorn die Betonung ihres Bedeutungsverlustes. Erst die Orthodoxie Stalins habe Marx ein Monopol gesichert, was wiederum Rückwirkung auf die Doktrin selbst gehabt habe.

In der Diskussion wiesen verschiedene Redner darauf hin, daß die Unterscheidung zwischen doktrinärer und revolutionärer Wissenschaft nicht identisch mit der Beziehung von utopischem und wissenschaftlichem Sozialismus sei. Der Schlüssel zur Beurteilung liege in der revolutionären Praxis selbst.

Thomas Kuczynski (Berlin) verwies in seinem Beitrag (vgl. den Abdruck in »Utopie kreativ« 62) auf die Globalisierung jener Probleme, die Engels höchst aktuell in seinen »Altersbriefen« behandelt habe. Das Fazit der Teilnehmer über Aktualität und Inaktualität des Marxismus richtete sich denn auch auf jene Probleme, die dem 19. Jahrhundert noch unbekannt waren - etwa das der militärischen Bedrohung der Menschheit durch die Atom-Bombe. Georges Labica hielt in seinem Schlußwort fest, daß die Forderung auch einer breiten Bewegung für Gesellschaftsveränderung so aktuell sei wie seinerzeit.

Die Konferenz in Paris - eine der zahlreichen internationalen Würdigungen von Engels im Jubiläumsjahr - machte den deutschen Teilnehmer vor allem darauf aufmerksam, daß eine Veranstaltung dieser Art an einer staatlichen Einrichtung in der Bundesrepublik der Gegenwart unvorstellbar ist. Was in Westeuropa zur Wissenschaftskultur wie selbstverständlich gehört, eine der Bedeutung des Marxismus angemessene wissenschaftliche Beschäftigung, fand in der Bundesrepublik nur außerhalb der Universitäten statt. Dies steht in einer Tradition, die Engels schon zu Lebzeiten ins Ausland zwang. Seine Aktualität scheint auch so gesichert.

Das Kommunistische Manifest
(Manifest der Kommunistischen
Partei) von Karl Marx und Friedrich
Engels.

Von der Erstausgabe zur Leseausgabe.
Mit einem Editionsbericht von
Thomas Kuczynski
(Schriften aus dem Karl-Marx-Haus
Trier, Nr. 49),
Karl-Marx-Haus Trier 1995,
262 S. (38,00 DM)

Das Karl-Marx-Haus Trier legt in seiner grünen Schriftenreihe eine für die Geschichte der frühsozialistischen Literatur überaus bedeutungsvolle und zugleich interessante Dokumentation vor. Nachdem im Jahre 1963 Bert Andréas eine umfassende »Manifest«-Bibliographie¹ veröffentlicht hat, möchte man meinen, daß nur noch marginale Ergänzungen zur Geschichte dieser Edition gegeben werden können. Wer jedoch die vorliegende Arbeit in die Hand nimmt, ist überrascht, welche Fülle von neuem Material hier unterbreitet wird. Aber auch ungeklärte Fragen werden aufgeworfen, die weitere Forschungen und Recherchen geradezu provozieren.

Natürlich konnte der Autor des Editionsberichts vor drei Jahrzehnten, als er mit dieser Arbeit begann, nicht ahnen, welche politische Brisanz diese Edition heute besitzt. Angesichts des Scheiterns des sozialistischen Versuchs in Mittel- und Osteuropa gab es in den letzten fünf Jahren massive Versuche, Marx und Engels zur Persona non grata zu erklären und somit aus dem heutigen Bewußtsein zu verdrängen. Die im Jubiläumsjahr von Engels erschienene Arbeit wird dazu beitragen, sein und Marx' hinterlassenes Gesamtwerk als geistiges und kulturelles Erbe historisch einzuordnen, unvoreingenommen zu diskutieren und zu bewerten.

Das vorliegende Buch ist in drei Abschnitte gegliedert. Im ersten Teil wird das »Manifest der Kommunistischen Partei« in seiner Erstausgabe von 1848 seiten- und zeilenidentisch mit dem Original präsentiert. Ihm folgt der Editionsbericht, in dem detailliert die Entstehungsgeschichte der 23seitigen und der folgenden Ausgaben einschließlich der Textvari-

anten sowie die zu Lebzeiten von Marx und Engels vorgenommenen Übersetzungen beschrieben werden. Im abschließenden dritten Teil unterbreitet T.K. den Vorschlag für eine künftige Lese- bzw. Studienausgabe. Bedauerlich ist, daß für deren Abdruck keine günstige Schriftart gewählt wurde. Liest man über mehrere Seiten den Text, so beginnt die Schrift zu »schwimmen«, und das Lesen wird zu einer Anstrengung.

Ein Namenregister zum Editionsbericht sowie zu den Manifest-Ausgaben und den Selbstzitaten erleichtert die Orientierung.

Bereits in den Vorbemerkungen — und das zieht sich dann durch den ganzen Editionsbericht — spürt man die ganz persönliche Beziehung des Autors zum »Manifest«. Er läßt den Leser unmittelbar an den Forschungsarbeiten mit seinen Erkenntnissen und Fehlschlüssen teilhaben, gibt Auskunft über Entdeckungen und über Personen, die ihn kritisch angeregt und begleitet haben, aber auch über das jahrzehntelange Festhalten an Thesen, die sich dann als Irrtümer herausstellten.

T.K. verfolgt detailliert die Entstehung und den Druck des »Manifests«. Er kann überzeugend nachweisen, daß Marx für dessen Fertigstellung allein verantwortlich war. Daß dieser bis zum Schluß intensiv mit dem Stoff rang, wird anschaulich an Hand der einzig erhalten gebliebenen Konzeptseite und des Planentwurfs gezeigt. Einen breiten Raum nehmen die Ausführungen zum Druck der Erstausgabe ein: Drucktermin, Druckort, Auflagenhöhe, Druckkosten und Versand werden beschrieben und mit früheren Forschungsergebnissen konfrontiert. Das trifft z.B. für das vom Autor erstmals eingesehene Exzerpt von Max Nettlau zu, das dieser 1907 zu den Protokollbüchern des Londoner Arbeiterbildungsvereins angefertigt hatte. Fraglich erscheint jedoch, warum T.K. in diesem Kapitel die Hypothese einer Reise von Marx nach London Ende Februar/Anfang März 1848 aufstellt (S. 64ff.). Abgesehen davon, daß es dafür keinen quellenmäßigen Anhaltspunkt gibt, bleibt der unmittelbare Zusammenhang zur Edition der Erstausgabe unverständlich. Dies steht auch im Widerspruch zum Vorsatz in der Einleitung, den Editionsbericht »ganz und gar quellenorientiert« zu schreiben (S. 33).

In einem weiteren Abschnitt werden dann

die 26 überlieferten Druckvarianten der 23seitigen Erstausgabe vorgestellt. 15 Exemplare unterzog T.K. einer Autopsie. Weitere analysierte er auf der Grundlage von Kopien und Fragebögen. Andere wiederum konnten nicht eingesehen werden, da sie als Kapitalanlage unbekannt in Tresoren liegen und somit der Forschung nicht zugänglich sind.

Ausgehend insbesondere von Bert Andréas-bliographischen Arbeiten und den Untersuchungen von Wolfgang Meiser² wurden sieben charakteristische Unterscheidungsmerkmale der Druckvarianten herausgearbeitet und die einzelnen Exemplare in einer versuchten chronologischen Reihenfolge zugeordnet. Wo es gelang, die Provenienz und die ehemaligen Besitzer der Exemplare zu ermitteln, werden sie jeweils genannt. Der Vollständigkeit halber führt er fünf weitere Erstausgaben auf, deren Aussehen jedoch nicht bekannt ist — sicherlich als Orientierung für weitere Recherchen.

In einem nächsten Kapitel gibt T.K. eine zusammenfassende Übersicht über die autorisierten und nichtautorisierten Editionen zu Lebzeiten von Engels bis 1895. Die in allen diesen Ausgaben enthaltenen Druckfehler und Varianten werden mit Akribie aufgelistet. Eingeschlossen sind in dieser textkritischen Untersuchung sämtliche Selbstzitate und unter bestimmten Aspekten auch Übersetzungen, so z.B. Zitate aus dem »Manifest«, die sich in der von Samuel Moore und Edward Aveling angefertigten Übersetzung des Ersten Bandes des von Engels edierten Marxschen »Kapital« befinden (S. 103).

Mancher, der die auf 23 Seiten aufgelisteten 896 Fehler bzw. Varianten betrachtet, wird die Frage stellen, welchen Sinn diese sehr aufwendige Arbeit besitzt. Diese Analyse ist nicht nur Voraussetzung für die Textgrundlage einer Leseausgabe. Sie stellt zugleich — und das soll hier besonders hervorgehoben werden — eine wichtige Vorleistung für den Band I/6 der historisch-kritischen Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA³) dar, in dem das »Manifest« aufgenommen werden soll.

Von besonderem Interesse dürfte das Kapitel sein, in dem u.a. der illegale 30seitige Nachdruck beschrieben wird. Nachdem Herwig Förder bereits 1962 einen Neudruck um die Jahreswende 1850/51 vermutete³, konnte

Wolfgang Meiser die 30seitige Ausgabe 1989 als die lange gesuchte und in Köln von Hermann Becker illegal gedruckte Zweitausgabe identifizieren⁴. T.K. bestätigt durch eigene Analysen diesen Sachverhalt. Dennoch schwingt in seiner Formulierung ein Rest Zweifel (S. 156). Man sollte deshalb nach dem langen Weg zu dieser bedeutenden Entdeckung nicht den Aufwand scheuen, mit Methoden der analytischen Druckforschung eine weitere Bestätigung dafür in die Hand zu bekommen. Der Rezensent kennt diese aufwendige Arbeit aus seiner eigenen Forschung an der »Neuen Rheinischen Zeitung«. Die von T.K. für diese Analyse geforderte Anwendung des Hinman-Collators (S. 81) entfällt hier ohnehin, da dieser die Vorlage von zwei Dokumenten mit zeilen- und zeichenidentischem Text innerhalb einer Kolumne zur Voraussetzung hat. Im vorliegenden Fall können nur einzelne charakteristische Buchstaben, wie es auch im Editionsbericht angedeutet wird, oder bestenfalls einzelne Wörter, die sowohl in der 30seitigen Manifestausgabe als auch in den verschiedenen von Becker gedruckten Schriften einschließlich der von ihm herausgegebenen »Westdeutschen Zeitung« vorkommen, typographisch miteinander verglichen werden.

In den folgenden Kapiteln werden dann die Entstehungsgeschichte weiterer Ausgaben bis zur Londoner von 1890 und ihre Nachfolger sowie in verschiedenen Arbeiten, Zeitungen und Vorworten enthaltene Zitate vorgestellt und hinsichtlich Varianten und Fehlern im einzelnen aufgelistet.

Ein Kuriosum soll hier nur erwähnt werden: Die erste legal in Deutschland veröffentlichte Manifestausgabe, datiert von 1852, findet sich ausgerechnet in einem Polizeihandbuch! Als Anlage VIII wurde sie von den beiden berühmten-berühmten Polizeibeamten Wermuth und Stieber in ihrem Buch »Die Communisten-Verschörungen des neunzehnten Jahrhunderts« abgedruckt. T.K. bezeichnet es mit Recht als Ironie der Geschichte, daß wir manche Dokumente aus der Geschichte des Bundes der Kommunisten nur noch kennen, weil sie von Wermuth/Stieber veröffentlicht wurden.

Wer glaubt, angesichts der Spezifik dieser Materie eine stocktrockene Darlegung vorzufinden, wird angenehm überrascht: Die Arbeit ist spannend geschrieben. Sie wendet sich

nicht nur an wenige Spezialisten, sondern zugleich an Geschichtsinteressierte überhaupt, an alle, die erfahren möchten, ob das »Manifest« »einen eignen Lebenslauf gehabt«⁵ hat.

FRANÇOIS MELIS

- 1 Bert Andréas: Le Manifeste Communiste de Marx et Engels. Histoire et bibliographie 1848—1918, Milano 1963.
- 2 Wolfgang Meiser: Das »Manifest der Kommunistischen Partei« vom Februar 1848. Neue Forschungsergebnisse zur Druckgeschichte und Überlieferung, in: Marx-Engels-Jahrbuch 13, Berlin 1991, S. 118ff.
- 3 Herwig Förder: Die Nürnberger Gemeinde des Bundes der Kommunisten und die Verbreitung des »Manifestes der Kommunistischen Partei« im Frühjahr 1851, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Sonderheft, Berlin 1962, S. 185ff.
- 4 Wolfgang Meiser: Neue Erkenntnisse über die ersten »Manifest«-Ausgaben, in: Neues Deutschland. 14. März 1989; ders.: Das »Manifest...«, a.a.O., S. 123. Eine ausführliche Abhandlung zu der Thematik wird in absehbarer Zeit in den ME-GA-Studien erscheinen.
- 5 Friedrich Engels [Vorwort zur vierten deutschen Ausgabe (1890) des »Manifest der Kommunistischen Partei«], in: MEW, Bd. 22, S. 56.

Wolfgang Dümcke,
Fritz Vilmar (Hrsg.):
Kolonialisierung der DDR:
Kritische Analysen und Alternativen
des Einigungsprozesses,
Agenda-Verlag, Münster 1995,
359 S. (28,00 DM)

Zu den interessantesten und informativsten Schriften, die 1995 anlässlich des fünften Jahrestages der deutschen Vereinigung erschienen, gehört zweifellos »Kolonialisierung der DDR, Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses«, der beiden Politologen Wolfgang Dümcke (Ost) und Fritz Vilmar (West). Das Buch, eine kollektive Arbeit von fünf Wissenschaftlerinnen und 15 Wissenschaftlern zeichnet sich durch gründliche Recherchen, plastische Fallbeispiele und sorgfältigen Umgang mit statistischem Material aus. Es besteht aus drei Teilen — »Konservative Vereinnahmung — vertane Chancen«, »Kolonialisierung der Wirtschaft«, »Kolonialisierung der Menschen — Inbesitznahme der öffentlichen Meinung« — und soll als »Projekt wider die Fatalität des Einigungsprozesses« (S. 7) verstanden werden. Drei Thesen sind von zentraler Bedeutung.

Erstens wird die von Lothar de Maizière und anderen wiederholt gegebene Erklärung, der Einigungsvertrag sei »relativ anständig

gemeistert. Und mehr war zu dieser Zeit nicht zu erwarten« (Märkische Allgemeine 18.3.1995) bestritten. »Erstens: Sie haben den Auftrag nicht »relativ anständig« gemeistert, die politisch Verantwortlichen sind in dieser einzigartigen historischen Situation ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden. Zweitens: Es war durchaus mehr erreichbar, es gab Alternativen zur suizidartigen Angliederung des sozialen Organismus Ostdeutschlands an den der alten Bundesrepublik« (S. 7).

Zweitens wird der Vereinigungsprozeß charakterisiert als »Unterwerfung der Gesellschaft Ostdeutschlands (die sich durchaus auf einem Weg eigenständiger demokratischer Erneuerung befand) unter die politisch-ökonomische Herrschaft der westdeutschen Republik« (S. 7f.) und somit als »Kolonialisierung« (S. 8). Dieser Begriff wird definiert »als politische, ökonomische und kulturelle Dominanz eines gesellschaftlichen Systems über ein anderes« (S. 8).

Drittens ist »die harte Kritik, die mit diesem Sammelband an der konservativen Vereinigungspolitik geübt wird, ... nicht Ausdruck einer nostalgischen Verklärung der DDR-Gesellschaft. Autoren wie Herausgeber sehen zu den demokratischen Grundintentionen und -werten der westlichen Demokratien keine Alternative. Gerade deshalb hätte die deutsche Vereinigung demokratisch statt machtpolitisch gestaltet werden müssen« (S. 11).

Obwohl diese Schlußfolgerungen unterstreichen, daß die Studie eine demokratische Debatte unter Linken über »Eine alternative Deutschlandpolitik« (Fritz Vilmar, S. 106 - 115) und insbesondere »Eine alternative Wirtschaftspolitik — realisierbar, nicht realisiert« (Ralf Ehlert, S. 130 - 141) befördern könnte, fordern einseitige Betrachtungsweisen die Kritik von links heraus. Dies betrifft insbesondere wiederum drei Probleme:

Erstens bleibt unbeachtet, daß sich mit der Kolonialisierung Ostdeutschlands auch tiefgreifende Veränderungen in der Alt-BRD vollzogen haben und vollziehen. Daher bleibt die notwendige Auseinandersetzung mit der Hegemonie der konservativen Kräfte in diesem Land wesentlich beschränkt. So lassen die Herausgeber völlig außer acht, daß bereits 1983 von der sogenannten Deregulierungskommission bei der Bundesregierung mit

Hinblick auf die Europäische Union einschneidende Maßnahmen des Abbaus demokratischer und sozialer Rechte sowie des gesellschaftlichen Umbaus im Sinne direkterer Unterordnung unter die Reproduktionsbedürfnisse des Kapitals gefordert wurden. Deren Realisierung wurde nach erfolgtem DDR-Anschluß in Ostdeutschland eingeleitet, befördert in erster Linie durch die Massenerwerbslosigkeit. Ausgehend vom Osten greift über in den Westen, was ursprünglich für den Westen vorgesehen war, um Konkurrenzvorteile für deutsches bzw. deutsch dominiertes Kapital im westeuropäischen bzw. Weltmarkt zu sichern. Damit werden sämtliche soziale Gegensätze in Deutschland und insgesamt die globalen Probleme zugespitzt.

Zweitens scheint die Ausblendung von gesellschaftlich relevanten Fragestellungen mit der oben erwähnten Absage an das über-»die westlichen Demokratien«-Hinausdenken verbunden zu sein. Diese »Selbstbeschränkung« erklärt ebenfalls die weitgehende Ignoranz von Analysen, Positionen und Konzepten der PDS. Obwohl die Themen »Altschulden«, Treuhandanstalt, De-Industrialisierung Ostdeutschlands, ostdeutsche Interessen, De-Qualifizierung, alternative Wirtschaftskonzepte, Elitenaustausch usw. »PDS-Spezialitäten« sind, finden entsprechende Ausarbeitungen nicht einmal Erwähnung. Dies wird von Vilmar nur teilweise und wiederum einseitig als Defizit erkannt: »...ich [muß] auf eine Lücke in unserem Band verweisen: Die Rolle der SED/PDS im Kolonialisierungsprozeß wird nicht analysiert. Angesichts der hochirrationalen Verteufelungsversuche, denen diese postkommunistische Partei ausgesetzt ist, wäre eine rationale Analyse um so wünschenswerter gewesen« (S. 76).

Drittens werden von den Autorinnen und Autoren selbst aufgespürte Fragen insofern marginalisiert als sie vor allem der oben thematisierten Selbstbeschränkung widersprechen. So bleiben für Linke besonders interessante Überlegungen und Probleme nach scheinbar eher zufälliger Erwähnung ohne Erörterung. Das betrifft z.B.:

Die Äußerungen von Wolfgang Dümcke bezüglich der nicht erfüllten Ansprüche des Staatssozialismus: »Das ambivalente Verhältnis staatssozialistischer Gesellschaften zwi-

schen konservativen gesellschaftlichen — vor allem repressiven politischen — Strukturen auf der einen Seite und über diese Gesellschaft hinausgehenden Intentionen auf der anderen Seite stellt eine wesentliche Herausforderung dar, der es sich erst noch zu stellen gilt« (S. 38). Oder seine Entgegnung im Gespräch mit Vilmar: »Ich will ... nur darauf verweisen, daß man bei diesen Errungenschaften (der DDR — J. D.) — dazu gehören auch die Kindereinrichtungen — zweierlei sehen muß; zum einen Ziele, die auf die Selbstverwirklichung des Individuums gerichtet waren, und zum anderen die Aktivierung von Ressourcen, um den Wettlauf mit dem Westen bestehen zu können. Zu diesen Ressourcen gehörte auch die Erschließung von Arbeitskräfte reserven in der sogenannten ›nicht berufstätigen Bevölkerung‹. Traditionell galt das vor allem für die Frauen« (S. 330);

den Beitrag von Jenny Niederstadt »Vereinigung zu Lasten der ostdeutschen Frauen« (S. 255-254), in dem es heißt: »Die Vorstellungen über die Emanzipation der Frau waren mit dem allgemeinen marxistischen Entwicklungskonzept — die Befreiung des Menschen durch die Teilnahme an der gesellschaftlichen Produktion — identisch. Daher schien auch die Einbeziehung der Frauen in die Erwerbsarbeit neben der rechtlichen Gleichstellung die hinreichende Garantie für ihre Emanzipation zu sein« (S. 257). Es dürften nicht die Fehler der DDR-Frauenpolitik wiederholt werden. »Es geht nicht um die Emanzipation der Frau, sondern um die Emanzipation der Geschlechter« (S. 270). Diesen Gedanken verbindet sie mit Konzepten zur Überwindung der Massenerwerbslosigkeit, wobei die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung überwunden, bezahlte und unbezahlte Arbeit zwischen Frau und Mann gerecht verteilt und Regeln geschaffen werden sollen, die es Eltern erlauben, Beruf und Familie miteinander zu verbinden (vgl. S. 271f.);

den interessanten Gedanken von Henry Lohmar, das Modell des Runden Tisches als eine »praktikable alternative Politikform ..., die gerade im Zeitalter grassierender Politikverdrossenheit mehr als nur eine Übergangslösung auf dem Weg zur Demokratie darstellt«, zu beachten (vgl. S. 63). Ebenso anregend ist die Überlegung von Steffen Gut-

ermann: »Vielleicht könnten in einer organisations- und strömungsübergreifenden Diskussion Wege aus der vermeintlichen ›Krise der Linken‹ gefunden werden, Mißverständnisse, substantielle Unterschiede und Gemeinsamkeiten geklärt werden. Natürlich läge es im Interesse der ›Linken‹ insgesamt und ihrer einzelnen Kräfte, wenn das gegenwärtige Potential in einem gemeinsamen Projekt wirksam werden könnte. Ob dies gelingt, hängt wohl auch in großem Maße von der Annäherung in der Analyse der gegenwärtigen Situation ab« (S. 104).

Ungeachtet dessen, daß die Darlegungen immer wieder die Frage nach Vereinfachungen, insbesondere hinsichtlich einer ausgeprägten Staatsfixiertheit, aufwerfen, sollte ist eine Reihe von Aussagen sehr bedenkenswert. Das betrifft vor allem die bereits erwähnten Konzepte von Vilmar und Ehlert, die auf dem schon 1991 vom zuständigen SPD-Fachauschuß verabschiedeten und von der Parteiführung diskreditierten Dokument »Eine alternative Deutschlandpolitik« basieren. Auf diese soll jedoch hier nicht weiter eingegangen werden, weil die unterbreiteten Vorschläge bereits Gegenstand veröffentlichter Analysen und Positionspapiere waren. Dagegen wird die vorgestellte Kolonialisierungsthese nochmals aufgegriffen:

»...die Zerstörung einer ›einheimischen‹ Wirtschaftsstruktur, die Ausbeutung der vorhandenen ökonomischen Ressourcen, die soziale Liquidation nicht nur der politischen Elite, sondern auch der Intelligenz eines Landes sowie die Zerstörung der gewachsenen — wie auch immer problematischen — Identität einer Bevölkerung, so hat sich in der Tat in der ehemaligen DDR im präzisen Sinn des Begriffs ein Kolonialisierungsprozeß vollzogen« (S. 13). Wäre diese Identität wirklich, wie Dümcke und Vilmar behaupten, einfach zerstört worden, gäbe es nicht diese Unterschiede in Denk- und Verhaltensweisen zwischen Ost und West. Dümcke widerspricht sich selber, indem er den gesellschaftlichen Vereinigungsprozeß als »Dauerkrise« (S. 23) beschreibt.

Auch scheint er die Ausführungen von Markus L. Müller über »Identitätsprobleme der Menschen in der DDR seit 1989/90« (S. 209-241) nicht hinreichend zur Kenntnis genom-

men zu haben. Aus diesen kann keinesfalls die Schlußfolgerung über eine einfache Identitätszerstörung bei den Ostdeutschen gezogen werden. Interessant ist u. a. der Hinweis auf eine Umfrage des Instituts für Demoskopie: Während im November 1990 46 Prozent der Befragten den DDR-Beitritt als »Kolonialisierung« empfanden, waren es im Oktober 1991 53 Prozent (S. 214). Doch auch Müller läßt zumindest unterbelichtet, daß dennoch und warum die Ostdeutschen heute mehrheitlich die Gewinne aus dem Einigungsprozeß höher als die Verluste bewerten.

Trotzdem kann das hier vielleicht zu Unrecht so arg kritisierte Buch zur Lektüre nur empfohlen werden. Seine Streitbarkeit spricht dafür und unterstreicht nochmals die Chance, die sich für Linke aus der Diskussion ergeben kann.

JUDITH DELLHEIM

Frank Beckenbach,
Hans Diefenbacher (Hrsg.):
Zwischen Entropie
und Selbstorganisation.
Perspektiven einer ökologischen
Ökonomie,
Metropolis-Verlag Marburg 1994,
395 S.

Hans G. Nutzinger (Hrsg.):
Nachhaltige Wirtschaftsweise
und Energieversorgung,
Metropolis-Verlag Marburg 1995,
256 S.

Seit der Veröffentlichung des Brundtland-Berichtes »Unsere gemeinsame Zukunft« vor acht Jahren ist der Begriff der »nachhaltigen Entwicklung« nicht nur in wissenschaftlichen Zirkeln sondern auch in der Politik oder bei sozialen Bewegungen mehr und mehr in Mode gekommen. Die ökologischen Vordenker H.C. Binswanger und H.G. Nutzinger (Schöpfer des Begriffs »qualitatives Wachstum«) beklagen inzwischen allerdings, daß »nachhaltige Entwicklung« nunmehr zu einer Allerweltsfloskel verkommen ist, die oft unscharf und mehrdeutig verwandt wird. Im Gegensatz

zu jenen Kritikern, die deshalb einen völlig neuen Begriff fordern, der dem Streben nach einer Welt mit weniger Armut, Umweltschäden und Gewalt Ausdruck verleiht, versuchen die Autoren der vorliegenden beiden Bücher für den Nachhaltigkeitsbegriff eine solide theoretische Basis und praktische Ausformung zu finden.

Theoretische Bausteine für eine Strategie tatsächlich nachhaltiger Entwicklung sind vor allem die Konzepte zu »Selbstorganisation« und »Entropie« bzw. zur Erhaltung des »Naturkapitals«. Das Konzept »Selbstorganisation« steht nach Beckenbach/Diefenbacher gegenwärtig für den Versuch, aus unterschiedlichen Anwendungskontexten (Kybernetik, Informationstheorie, biologische Systemtheorie, Evolutionsbiologie, Ökologie, Ungleichgewichtsthermodynamik u.a.) stammende Erklärungsansätze systemischer Ordnung auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. »Im Unterschied zu traditionellen sozialwissenschaftlichen Ordnungserklärungen ist das Konzept der Selbstorganisation nicht auf die Behandlung von Gleichgewichtslagen oder Situationen in der Nähe des Gleichgewichts beschränkt, sondern fragt auch nach der Vielfalt der system-endogen herstellbaren Ordnungsmuster, die ausgehend von einer Lage fernab vom Gleichgewicht möglich sind« (Beckenbach/Diefenbacher, S. 14). dabei lassen sich unter den Oberbegriff »Selbstorganisation« u.a. Ansätze wie die Chaostheorie, die Katastrophentheorie und die Synergetik subsumieren.

Nach Fortschritten in der Analogisierung und (formal-mathematischen) Verallgemeinerung geht es in der jetzigen Expansions- und Popularisierungsphase um die Suche neuer Anwendungsfelder vor allem in den Sozialwissenschaften. Die »Selbstorganisations«-Konzepte werden weltanschaulich und kosmologisch qualifiziert und »als Antworten für die beobachtbaren Probleme moderner Gesellschaften angesehen. Auf diese Weise werden Grenzen des westlichen Rationalismus und menschlicher Machbarkeit und ökologische Zivilisationsrisiken ganz explizit thematisiert... In ihrer analytisch orientierten Anwendung auf die Probleme von Ökologie und Ökonomie lassen die Konzepte der Selbstorganisation erwarten, daß die ökologische Um-

welt selbst als systemischer Zusammenhang behandelt werden kann und nicht einfach nur als Gut oder Ressource wie in der traditionellen Umweltökonomie...« (Beckenbach/Diefenbacher, S. 15).

Die »Alternative« zu »Selbstorganisation« wäre Fremdbestimmung, zentralistische Steuerung nach umweltschädigenden linear-monotonen Vorgaben, wäre die ständige Bestrafung der Abweichung von einer fragwürdigen Norm. Die Menschheit kann jedoch nur überleben wenn Selbstorganisation, Diversitäten jeglicher Art, in Verbindung mit Kreativität und Toleranz gefördert und honoriert werden. Nur scheinbar ist dies ein Plädoyer für Individualismus, Chaos und Anarchie. Denn es geht um »eingeschränkte Selbstorganisation« und »kontrollierte Instabilität«. Die thermodynamischen Grenzen oder die Lebensräume und Interessen anderer Menschen und anderer Arten dürfen nicht wesentlich verletzt und die thermodynamischen Kosten müssen so niedrig wie möglich gehalten werden (vgl. Beckenbach/Diefenbacher, S. 43).

Die Thermodynamik betont insbesondere drei für eine ökologisch tragfähige Entwicklung wichtige Aspekte. Erstens verdeutlicht sie die Abhängigkeit des Wirtschaftens von stofflich-energetischen Voraussetzungen wie auch die Rückwirkung ökonomischer Aktivitäten auf das ökologische System. Zweitens kann sie als Konzept dienen, um die Problembereiche Ressourcenerschöpfung und Umweltverschmutzung zusammenzuführen. Drittens wird durch die Anwendung des Entropie-Konzepts die Irreversibilität von ökonomischen Prozessen deutlich. Die Möglichkeit irreversibler ökologischer Schäden hat zur Folge, daß im Konzept einer tragfähigen Entwicklung eine Reduzierung des natürlichen Kapitalbestandes trotz der Möglichkeit des technischen Fortschritts oder einer Erhöhung des reduzierbaren Kapitalbestandes sehr kritisch beurteilt wird (vgl. Nutzinger, S. 96).

Übrigens sind die meisten dieser Fakten bereits mehr als ein Jahrhundert bekannt. Die herrschaftsstützende Wirtschaftswissenschaft bezog sich allerdings nur unreflektiert und eklektizistisch auf jene Erkenntnisse der Physik (überwiegend aus dem 19. Jh.!), die naturvergessen für exponentielles Wachstum und Kapitalakkumulation argumentativ eingesetzt

werden konnten. Vor einem solchen Herangehen warnten bemerkenswerterweise bereits frühzeitig die theoretischen Gegenspieler Karl Marx und John Stuart Mill (vgl. Beckenbach/Diefenbacher, S. 202; Nutzinger, S. 19).

Die weltwirtschaftliche Dynamik ist bekanntlich unvermeidlich mit einer Steigerung der Entropie verbunden – ergibt sich daraus nun zwangsläufig ein entropischer Tod? Diese Tendenz wird zum einen durch die Weiterentwicklung der Technologie relativiert. Die Menge der benötigten Stoffe und Energieträger kann reduziert werden. Zum anderen stellt die Erde ein offenes System dar, in dem die einstrahlende Sonnenenergie die Entropieproduktion durch das ökonomische System mehr oder weniger ausgleichen kann (vgl. Nutzinger, S. 96). In jedem Fall bleibt aber die Ökonomie ein offenes Subsystem innerhalb des Übersystems Biosphäre.

Ausführlich werden in beiden Büchern die noch offenen wissenschaftlichen Fragen der Entropie- bzw. Naturkapitalk Diskussion dargestellt. Insbesondere wird hier deutlich, daß Forderungen nach dem Erhalt des Naturkapitals aufgrund der Heterogenität des Ressourcenbestandes (erschöpfbare und erneuerbare Ressourcen, irreversible und reversible Effekte) und der vielfältigen Verflechtungen und Wechselwirkungen zwischen einzelnen Komponenten nur schwer operationalisierbar sind (vgl. Nutzinger, S. 26, 136, 201). Trotzdem lassen sich schon heute »Regeln« für eine quasi-nachhaltige Ressourcennutzung aufstellen:

Erstens darf die Abbaurate erneuerbarer Ressourcen die Rate ihrer natürlichen oder menschlich beeinflussten Regeneration nicht übersteigen. Zweitens darf der Ausstoß von Schadstoffen die Aufnahmefähigkeit des ökologischen Systems nicht übersteigen. Drittens muß die Nutzung der nichterneuerbaren Ressourcen durch eine entsprechende Zunahme an erneuerbaren Ressourcen, die für denselben Zweck eingesetzt werden können, kompensiert werden. Viertens die realisierten ökonomischen Renten aus dem Einsatz erschöpfbarer Ressourcen müssen für die Entwicklung von Technologien eingesetzt werden, die ausschließlich oder vorrangig auf erneuerbare Ressourcen zurückgreifen (vgl. Nutzinger, S. 252).

Erfolgreich kann jedoch der Übergang zu einem nachhaltigen Entwicklungstyp nur sein, wenn die Menschen in den Industrieländern zu einschneidenden Änderungen ihres Lebensstils und zum substantiellen Verzicht zugunsten der Menschen in der »Dritte Welt« bereit sind. Hoffnungen, allein durch eine Effizienzsteigerung aus der Entwicklungssackgasse herauszukommen, sind unrealistisch.

Vor diesem Hintergrund wird von den Autoren die Inkonsequenz des Brundtland-Berichts kritisiert, der zwar die drohenden globalen Katastrophen realistisch beschreibt, aber als Ausweg nur unrealistische Wachstumsszenarien, nichtfundierte Pläne zur Geburtenregelung und vage Hoffnungen auf technologische Durchbrüche und menschliche Vernunft anbietet. Gerade am Konzept der Mobilisierbarkeit von »Langzeitverantwortlichkeit« müssen unter den Bedingungen eines kapitalistischen Wirtschaftssystems erhebliche Zweifel angemeldet werden. Wie V. Radke in Auswertung von psychologischen Experimenten gezeigt hat, handeln viele Menschen nach dem Prinzip der »Überbewertung des aktuellen Motivs«. Zukunft wird als Fortschreibung der Gegenwart gedacht. »Der intuitive Umgang mit nichtlinearen Wachstumsprozessen und die Antizipation struktureller Brüche bereiten dagegen ernstzunehmende Probleme« (Nutzinger, S. 218). Deshalb überwiegen im Alltagsverhalten Orientierungen auf Reparaturkonzepte und Durchwursteln. Dieses Handeln bleibt notwendig der Gegenwart verhaftet, Fern- und Nebenwirkungen des eigenen Handelns bleiben unberücksichtigt oder werden bewußt verdrängt (vgl. Nutzinger, S. 219).

Für erfolgversprechender hält Radke den Nachweise, daß die Erhaltung der Umwelt auch im Eigeninteresse der Gegenwartsgeneration liegt. Dies kann zum Beispiel dadurch erreicht werden, daß bereits heute merkliche Umweltschädigungen bewußt gemacht und ihr Verursachungszusammenhänge verdeutlicht werden. Dabei spielen auch mögliche akute Bedrohungsszenarien eine wichtige Rolle. »Die Gegenwartsgeneration muß, ist sie nicht zu verantwortungsvollem Umgang mit der natürlichen Umwelt bereit, damit rechnen, selbst die Umweltkatastrophe zu erleben« (Nutzinger, S. 244).

Angeichts dessen, daß die externen Kosten zum Beispiel der Klimakatastrophe kaum realistisch bestimmt werden können, daß irreversible Schäden eintreten, die mit Geld nicht entschädigt werden können, mutet der Streit um die besten Instrumente der ökologischen Reform einigermaßen verfehlt an (vgl. Nutzinger, S. 178). »Nachhaltigkeit ist ... nicht in erster Linie ein Effizienzproblem, sondern vielmehr ein intergeneratives Verteilungsproblem. Entscheidend ist nicht, ob monetär bewertet wird, sondern mit welchem Maße an Sorge um zukünftige Generationen dies geschieht. Nachhaltigkeit wird erst dadurch erreichbar, daß bereits im Vorfeld einer monetären Bewertung natürlicher Ressourcen der Grundsatz intergenerativer Gerechtigkeit zur Geltung gebracht wird« (Nutzinger, S. 247). Wo es keine überzeugenden Gründe für eine optimistische Politik mit hohen Risiken gibt - so Nutzinger und Radke - sollte stattdessen eine risikoarme vorsichtige »pessimistische Strategie« verfolgt werden.

Nur scheinbar sind Öko-Romantiker und radikale Fundamentalökologen mit rigoroser Ablehnung von kleinen Schritten und allmählichen Anpassungsprozessen dem dringenden Erfordernis nachhaltiger Entwicklung besonders nahe. »Extremhaltungen führen in der Praxis zum selben Ergebnis: Man tut nichts, entweder weil man glaubt, daß es nichts zu tun gibt, oder weil man denkt, daß man doch nichts tun kann« (Nutzinger, S. 228). Auch wenn soziale Fragen in den vorliegenden Büchern - aufgrund von Platzmangel nur am Rande Berücksichtigung finden konnten - wünschen sich die Autoren beim jetzigen Stand der Forschungen vor allem eine breite integrative Diskussion zum Thema Nachhaltigkeit im gesamten wissenschaftlichen Spektrum. Ohne den ständigen Druck ökologisch-sozialer Bewegungen auf tatsächliche Veränderungen wird aber auch dies - so ist zu befürchten - nicht ausreichen.

REINHARD GRIENIG

Krisis. beiträge zur kritik der warengesellschaft 1995, Heft 16/17

Globale Finanzkrise und Renaissance des Antisemitismus - so lauten die Schwerpunkte der neuesten Publikation der Nürnberger Krisis-Gruppe.

Seit 10 Jahren versuchen die Leute um den bekannten Publizisten Robert Kurz, abseits akademischen Mainstreams und bewegungslinken Diskurses, eine Position zu entwickeln, die den überholten Arbeiterbewegungs-Markismus theoretisch überwindet, jedoch nicht - wie ansonsten derzeit üblich - in eine Heimkehr in der Schoß der immerwährenden, alleinseligmachenden kapitalistischen Gesellschaft mündet. Die Erneuerung einer radikalen Gesellschaftskritik ist nach ihrer Ansicht nur möglich mit der Zielstellung einer Überwindung des modernen Ware-Geld-Systems und der damit zusammenhängenden politischen Sphäre. Empirische Krisenanalyse des Systems der kapitalistischen Warenproduktion sind dabei ebenso Bestandteile ihrer Arbeit, wie Kritik des modernen Arbeits-Fetischismus, Faschismusforschung, Analyse der Geschlechterverhältnisse sowie die Suche nach Gesellschaftsalternativen jenseits von warenproduzierender Logik und staatlichem Zwang.

Für das Schwerpunktthema dieser Doppelnummer von *Krisis* war die vorhandene theoretische Lücke ebenso Anlaß wie die gegenwärtige brisante Lage auf den Finanzmärkten und das drohende Ende der in dieser Ausgabe als »Kasinokapitalismus« charakterisierten Periode.

In dem einleitenden Artikel »Die Himmelfahrt des Geldes« schildert Robert Kurz die Entwicklung des Kapitals und der Kreditvergabe als untrennbarer Bestandteil der kapitalistischen Industriegesellschaft bis zum Ausklang der fordistischen Ära Ende der sechziger Jahre unseres Jahrhunderts. Mit dem Steckenbleiben der fordistischen Expansion und der zunehmenden Freisetzung von immer mehr Arbeitskräften aus dem Industriesektor (was freilich territorial höchst unterschiedlich verlief) gelangte nach Ansicht des Autors in den achtziger Jahren die kapitalistische Re-

produktionsfähigkeit an ihre absolute Grenze. Die Folge wäre in den neunziger Jahren ein enthemmter »Kasinokapitalismus«: eine Abkoppelung der Finanzmärkte von der schrumpfenden Wertschöpfung. Der rein spekulative Boom beruhe auf einer gigantischen – und immer größer werdenden – Seifenblase »fiktiven Kapitals«, und es sei tatsächlich nur eine Frage der Zeit, wann diese platze und ein Entwertungsschock die tatsächlichen Verhältnisse wieder zum Vorschein brächte. Da sowohl die Mengen substanzlosen Geldes die reale Reproduktion mittlerweile bei weitem übersteige als auch Privatwirtschaft und Staatsfinanzen per Kreditvergabe untrennbar ineinander verwoben seien, würde dieser Entwertungsschock auch die Finanzierungsfähigkeit des Staates irreversibel treffen.

An mehreren aktuellen Beispielen schildert Kurz sehr drastisch erste Anzeichen einer nach seiner Ansicht heranreifenden weltweiten Finanzcrashs. In welcher Form dieser sich auch immer abspielen würde – als eine gigantische Hyperinflation oder einer gewaltsamen Entschuldung des Staates – das Ergebnis wäre nach Kurzens Ansicht in jedem Fall der Zusammenbruch der gegenwärtigen warenproduzierenden Gesellschaft. Ob es im Ergebnis eines weltweiten Kollapses gelingen könnte, neue gesellschaftliche Zusammenhänge jenseits der Ware-Geld-Beziehung zu entwickeln oder ob das Ergebnis lediglich ein Rückfall in barbarische Verhältnisse wäre, läßt Kurz jedoch offen.

Ernst Lohoff beschreibt – quasi als Ergänzung zu Kurz – in einem zweiten Artikel »Die harte Landung des Dollar« den Aufstieg und Fall der Weltwährung Dollar. Grundlage dieses Aufstieges war nach seiner Darstellung die Aufgabe der weltweiten Konvertibilität des Goldes – weitgehend als Folge der Kriegsökonomie der führenden Industriestaaten 1914-18. Im Zuge des Abkommens von Bretton Woods, wo 44 Länder im Juni 1944 ein Abkommen über die Ausgestaltung ihrer Währungsverhältnisse nach Abschluß des Zweiten Weltkrieges trafen, konnte sich der Dollar – damals noch goldkonvertierbar – als faktisches Weltgeld durchsetzen. Der Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods erfolgte sehr schnell – endgültig mit der Aufgabe der Goldkonvertibilität des Dollar im Jahre

1971. Da eine Neuorganisation des internationalen Währungssystems nie zustande kam, erfolgte (faktisch als Notbehelf) die Einführung eines Systems fester Wechselkurse – gekoppelt an den Dollar. Das Resultat dieses seitdem permanenten Notbehelfes sei – gemäß Lohoff – sowohl der andauernde Verfall des Dollars als auch seine Ehe mit der globalen Spekulation. Der sich anbahnende weltweite Finanz-Gau könne weder durch eine weitere Stützung des Dollar, noch durch seine Ablösung als Quasi-Weltgeld mehr aufgehalten werden. Denn die Existenz eines Weltgeldes sei mit der Existenz eines Weltmarktes vom Grundsatz her unvereinbar.

Mit der »politischen Ökonomie des Antisemitismus« beschäftigt sich Robert Kurz in dem letzten Artikel dieser Ausgabe. Mit den ersten Finanzcrashs als Vorboten eines weltweiten Zusammenbruchs des Wirtschafts- und Finanzsystems würden verschiedene, mehr oder weniger offen antisemitische Sekten und politische Strömungen eine Renaissance erleben. Gemeinsamer Faktor solcher Ideologien sei zumeist nicht eine Kritik des Kapitalismus als warenproduzierende Gesellschaft, sondern der mangelnden Tauschgerechtigkeit im Kapitalismus. Statt einer Kritik der Warenproduktion und des Geldes als allgemeiner Ware erfolge eine Kritik des Geldes als Quelle von Zins und Wucher. In den als ideologischen Überbau derartiger Sekten fungierenden Geldutopien würde mittels verschiedener Taschenspielertricks versucht, dem Geld als allgemeines Äquivalent die ihm innewohnenden Eigenschaften abzulisten. Offen antisemitisch würde die aus diesen Theorien resultierende Unterscheidung in schaffendes und raffendes Kapital.

Der gegenwärtige Trend hin zu obskuren Weltverbesserungssekten und -vereinen resultiert – gemäß Kurz – nicht nur aus dem ideologischen Zusammenbruch des überlebten Arbeiterbewegungsmarxismus (der eigenartige Sprünge in nicht wenigen Biographien hervorbrachte und verschiedene gewesene Anhänger in den absonderlichsten politischen Lagern hinterließ). Den Boden für diese Strömung würde auch die allgemeine Stimmungslage bereiten, die für beginnende Zusammenbrüche von als immerwährend stabil angenommener Banken und Wirtschaftsimperien

nicht die inneren Gesetze dieser warenproduzierenden Gesellschaft, sondern den gewissenlosen Spekulanten verantwortlich macht, der sich in diesem einen Fall wirtschaftlich verkalkuliert oder an der Börse verzockt hat. Der Spekulant ist – nach Kurz – das neue, alte Feindbild der politischen Ökonomie des Antisemitismus.

In dem größten Teil dieses Artikels beschäftigt sich Kurz sehr intensiv mit der Lehre von Silvio Gesell – dem derzeitigen theoretischen Guru (nicht nur) eines großen Teils der Anarchisten. Mittels eines administrativen Tricks (Entwertung umlaufender Banknoten – sog. Schwundgeld) sollte sowohl die Wirtschaft angekurbelt als auch das Übel des »zinstragenden Kapitals« beseitigt werden. Daß damit die Grundlagen (und auch die Widersprüche) der warenproduzierenden Gesellschaft keineswegs angetastet, sondern im Gegenteil neoliberal verschärft würden, höre man in diesen Kreisen nicht gern. Abgesehen davon hätte eine solche »Reform« des Ware-Geld-Systems in der Gegenwart noch weniger Aussicht auf Erfolg, als vor 60 Jahren die Vorschläge des Ökonomen J. M. Keynes (der übrigens starke Anleihen bei Gesell aufgenommen hatte).

Von der Ideologie der Gesellianer (und ähnlicher Sekten) bleibt also nur der pure, irrationale Haß auf das »zinstragende Kapital« und damit – so Kurz – die »Politische Ökonomie des Antisemitismus«. Und gerade in der Zeit einer heranreifenden internationalen Großkrise berge diese falsche, irrealer Alternative eine höchst reale Gefahr zu Ausbrüchen barbarischer Denk- und Handlungsmuster.

GERD BEDSZENT

Donald Filtzer:

Die Chruschtschow-Ära.

Aus dem Englischen von Theodor Bergmann,

Internationale Einführungsreihe

(Hrsg. von Richard Schwarz), Band 2,

Decaton Verlag Mainz 1995,

104 S. (17,80 DM)

Dies ist ein Studienbuch der besten Sorte. Man spürt es auf jeder Seite: Donald Filtzer, Dozent für europäische und slawische Ge-

schichte an zwei Londoner Universitäten, hat es für seine Studenten geschrieben. Sie – die Anderswo- und Nachgeborenen – sollen begreifen, wie das war mit dem Sozialismus der fünfziger und sechziger Jahre in der Sowjetunion – und mit seinem Platz in Europa und in der Welt. Und weil auf solche Weise adressiert, erreicht der Text eine Distanz zum Thema, die auch dem »aufarbeitungs«-gebeutelten Raum- und Zeitgenossen des Sozialismus vielfachen neuen Einblick in erfahrene Geschichte gewährt.

Filtzer schreibt straff, übersichtlich und spannend, und er bedient sich bester Quellen. 84 Titel nennt die Bibliographie, und die meisten davon werden auch tatsächlich mehrfach zitiert. Bekannte Arbeiten der Medwedjews sind darunter und von Isaac Deutscher und Fjodor Burlazkij und etlichen westeuropäischen UdSSR-Spezialisten, aber auch Dissertationen, die in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren an sowjetischen Universitäten und Hochschulen verteidigt worden sind und mit ihren Themenstellungen gut zu den Kapitelüberschriften des Filtzer-Buches passen: die Ereignisse von 1953; die Entstalinisierung; politische und soziale Reformen; Landwirtschaft; Industrie; die Reorganisation der kommunistischen Partei.

Filtzers Fazit: »Chruschtschows Erfahrung führt uns zu einer noch grundlegenden Frage. Konnte das stalinistische System reformiert werden und doch intakt bleiben? Sicher glaubte Gorbatschow, daß es möglich sei, daß aber die Reformen kühner zu sein hätten und konsequenter durchgeführt werden müßten. ... Das Sowjetsystem, nicht reformiert, war dazu verurteilt, weiter in einem Zustand fast ständiger Krise zu dümpeln. Jede sinnvolle Reform würde jedoch das System und mit ihm seine Reformer hinweggefegt haben.« –

Ins Deutsche gebracht hat den Filtzer-Text einer, dem aufklärerisches Lehren und Suchen nach der gesellschaftlichen Alternative seit vielen Jahrzehnten oberste Berufung ist: Theodor Bergmann. Theodor Bergmann wird am 7. März 80 Jahre alt. »UTOPIE kreativ« gratuliert aufs herzlichste!

WOLFRAM ADOLPHI

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden.

Da wir nicht über festangestellte Redaktionsmitarbeiter und insbesondere nicht über Schreibkräfte verfügen, sollten Manuskripte an uns auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingeklärt werden.

Wir bitten vorzugshalber darum, die Textverarbeitungssysteme »Word« (für DOS, WINDOWS oder MACINTOSH) oder »Word-Perfect« bzw. »Works« (für DOS oder WINDOWS) zu verwenden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir unsere AutorInnen, wenn irgend möglich, Tabulatoren zu verwenden.

Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15

Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1:5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert - aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette - beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichten, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der AutorIn(nen)/HerausgeberIn(nen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten.

Mit der Veröffentlichung eines Beitrages geht das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung auf die Zeitschrift über. Hiervon unberührt bleiben die Urheberrechte.

Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigelegt wurde.

Die Redaktion

Impressum

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,
MARION KUNZE, ARNOLD SCHÖLZEL,
JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.)

Herausgeber.:

Förderverein Konkrete Utopien e.V. unter Vorsitz
von GUNTHER KOHLMEY und HELMUT STEINER
Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Geschäftsführerin: RUTH KAMPA
Verlagsleiterin: MONIKA NOACK
Satz: MARION KUNZE

Redaktionsadresse:

Weydingerstraße 14-16,
10178 Berlin (Tel.: 030-24009-561)
Druck: Tribüne Druck GmbH,
Am Treptower Park 28, 12435 Berlin
Vertrieb: ASGmbH, Körnerstr. 26a,
13156 Berlin (Tel.: 030-4764527)
Einzelverkaufspreis: DM 7,50
Jahresabonnement (incl. Versand):
DM 80,00 (Inland), DM 98,00 (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): DM 120,00